Über das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern Seite 13 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 5 vom 30. Januar 1981 | 14. Jahrgang | 1 DM



Behinderte protestierten bei der Eröffnungsveranstaltung zum „Jahr der Behinderten" in Dortmund gegen die Heuchelei der Politiker. Bundespräsident Carstens kam nicht zu Wort. „Carstens, schmeiß die Rede weg, das Geschwätz hat doch keinen Zweck, geh doch lieber wandern!"; „große Feier, kleine Taten — Behinderte werden ver(b)raten" — diese und andere Parolen hallten ihm entgegen. Die Bühne wurde besetzt, Behinderte ketteten ihre Rollstühle aneinander. Für 1981 kündigten Behinderteninitiativen eigene Aktionen an.

Der neue Bundeshaushalt wurde dem Bundestag vorgelegt

Matthöfer beschleunigt Aufrüstung und Sozialabbau

BONN.— Der nun offiziell dem Bundestag zur Verabschiedung vorgelegte Haushaltsentwurf der Bundesregierung erfüllt die düstersten Erwartungen, die man nach den Berichten über die Koalitionsabsprachen hegen mußte. Eine ungeheure Beschleunigung der Aufrüstung, die insgesamt 61,5 Milliarden Mark kosten soll, über ein Viertel aller Staatsausgaben, und verschärfter Abbau sozialer Errungenschaften sind die Hauptmerkmale dieses Haushalts.

Daß die jeweiligen Bonner Haushalte Umverteilungen der Gelder zugunsten der Großkapitalisten des Landes sind, ist immer wieder deutlich geworden. Noch nie allerdings so krass wie in diesem Jahr und noch nie mit einem so eindeutigen Zungenschlag.

Finanzminister Matthöfer erklärte bei seiner Begrüßungsrede für diesen Haushalt, man müsse „umdenken". Steigendes Einkommen und sichere Arbeitsplätze seien heute nicht mehr möglich. Und auch staatliche Hilfe, etwa durch die von Gewerkschaften geforderten neuen Konjunkturprogramme, seien kein Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Krise, nur die private Initiative der Unternehmer könne dies leisten.

Keine „Sicherung der Arbeitsplätze" mehr und keine „sicheren Einkommen", die Versprechungen sind weggewischt. Die Drohung wird bemäntelt mit großen Erwägungen über die Weltlage. In diesem Zusammenhang sollte man an die Meldung erinnern, daß die Deutsche Bank 1980 ihr Rekordgewinnjahr hatte.

Für die Werktätigen gibt es nur Kürzungen: 1,5 Milliarden im Wohnungsbau weniger, die Mieten werden noch mehr steigen. 700 Millionen, die einst für die Hilfe an Behinderte gedacht waren, gehen jetzt für Apels Tornado-Flotte drauf. In der Bildungspolitik ein Kahlschlag.

Zu den offiziell ausgewiesenen 42 Milliarden, die Kriegsminister Apel ausgeben darf, kommen noch weitere 19,5 Milliarden, die unter allen möglichen Posten verteilt sind. So sind beim Auswärtigen Amt über eine Milliarde Mark an Verteidigungshilfen untergebracht, eine weitere runde Milliarde unter allgemeiner Finanzverwaltung, über 1,3 Milliarden betragen die Stationierungskosten anderer NATO-Armeen, für militärische Forschung sind rund 220 Millionen vorgesehen. Immerhin noch eine halbe Million gibt das Justizministerium zur Vorbereitung der Wehrgerichtsbarkeit im Kriegsfalle aus.

Laut Beschluß des Deutschen Bundestags gehört auch die gesamte Berlin-Hilfe in Höhe von fast 10 Milliarden Mark zu den Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik, da dies die Frontstadtrolle festigt.

Rechnet man schließlich noch den Anteil an den Schuldzinsen der Bundesregierung ein, der durch die Aufrüstung entstand, kommen zu den 61,5 noch einmal über 13,5 Milliarden Mark hinzu, die sich die Banken aus dem Rüstungsgeschäft verdienen.

So besteht also der Inhalt von Matthöfers „Umdenken"-Forderung darin, Opfer der Werktätigen für die Profite der Monopole und ihre Kriegsvorbereitungen zu verlangen. Der Haushalt ist eine Kampfansage an die Werktätigen, deren Auswirkungen mit aller Kraft bekämpft werden müssen.

Lohnrunde Eisen- und Stahlindustrie

Sieben Prozent sind viel zu wenig!

Reallohnsicherung erfordert mindestens 8 Prozent mehr Lohn

ESSEN.— Nur sieben Prozent fordert die IG Metall für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Dies beschloß am Freitag vergangener Woche die Tarifkommission. Selbst die volle Durchsetzung dieser Forderung würde für die Stahlwerker eine Reallohnsenkung bedeuten.

Der erste Kommentar des Unternehmerverbandes zu dieser Forderung: Zwar sei damit der wirtschaftlichen Lage der Stahlindustrie noch nicht ausreichend Rechnung getragen; aber dies sei immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Bedarf es eigentlich noch eines zusätzlichen Kommentars bei einer solchen Wertung durch die Stahlbarone?!

Selbst wenn man die bürgerliche Statistik zugrunde legt, kommt man zu dem Ergebnis, daß eine Lohnerhöhung um sieben Prozent die steigenden Lebenshaltungskosten nicht auffangen kann. Die Arbeiterkammer Bremen legte kürzlich eine Modellrechnung vor, aus der sich ergibt, daß bei einer für 1981 angenommenen Preissteigerungsrate um fünf Prozent wegen der steigenden Abzüge vom Bruttolohn eine Lohnerhöhung um fünf Prozent immer noch die Reallöhne um 1,6 Prozent sinken lassen würde.

Rechnet man hinzu, daß bereits im vergangenen Jahr die Reallöhne um mehr als ein Prozent gesunken sind (die Bremer Arbeiterkammer errechnete ein Minus von 1,1 Prozent), so ergibt sich klar, daß unter acht Prozent an einen Ausgleich für die steigenden Lebenshaltungskosten gar nicht zu denken ist.

Interne Weisung Apels

Öffentliche Vereidigungen vorerst abgesetzt!

Militaristen toben

BONN.— In einer Anweisung an die Offiziere der Bundeswehr haben der Kriegsminister Apel und der Generalinspekteur Wust diese gemeinsam aufgefordert, in nächster Zeit von öffentlichen Rekrutenvereidigungen abzusehen.

Dies ist ein erster Erfolg der breiten und zahlreichen Aktionen, die gegen diese militaristischen Spektakel im ganzen Land durchgeführt wurden und breite Kreise vor allem Jugendlicher mobilisierten.

Dies geht sogar aus den Bundeswehranweisungen selbst direkt hervor, denn dieser Widerstand wird dort zitiert. Mit „Rücksicht auf die Diskussion in der Öffentlichkeit über die militärische Tradition der Bundeswehr" werden die Offiziere gebeten, in nächster Zeit von diesen Schauspielen abzusehen.

Daß die Bundeswehrführung natürlich keine Rücksichten auf irgendwelche Diskussionen nimmt, solange dies Diskussionen bleiben, ist wohl jedem klar, der das eigene „Traditionsverständnis" der Bundeswehrgenerale kennt. Schließlich war erst vor wenigen Tagen der Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Wust, selbst auf der Beerdigung des Kriegsverbrechers Dönitz. Zwar, entsprechend der eigenen Anweisung, ohne Uniform, aber anteilnehmend.

Protestiert haben gegen diese Entscheidung auf vorläufige Absetzung, die Militaristen der verschiedenen Bundeswehrverbände, der Traditionsverbände und der CSU/CDU-Opposition. Deren Sprecher Weiskirch nannte Apels Verfügung eine „Kapitulation vor der versammelten Linken".

Das Abkommen von Gdańsk soll durchgesetzt werden

Erneut Streiks in Polen

Drohungen der revisionistischen Partei

WARSZAWA.— Erneut kam es am Freitag und Samstag der letzten Woche zu einer von der Gewerkschaft „Solidarität" organisierten Streikbewegung. Daran beteiligten sich vor allem die Arbeiter aus Warszawa und Gdańsk, die schon bei der Streikwelle im Herbst die größten Aktivitäten entwickelt hatten.

Bei dieser neuen Auseinandersetzung geht es um die Durchführung des 21-Punkte-Abkommens von Gdańsk, wo zu den Punkten sieben bis einundzwanzig unterschiedliche Regelungen und Zusagen gemacht wurden. Punkt 21 war dabei die Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung der Fünftagewoche.

Schon vor zwei Wochen hatte es zum Samstag eine größere Streikbewegung gegeben, da die Regierung die damaligen allgemeinen Zusagen ganz eng auslegt und nur jeden zweiten Samstag frei geben will. Die Arbeiter haben mit diesen Aktionen abermals ihre Forderung bekräftigt. Dabei war das Ausmaß der Streiks in der letzten Woche wesentlich größer als zwei Wochen zuvor.

Die Regierung drohte allen Arbeitern, die sich an solchen Streiks beteiligen würden, mit Lohnabzug und Registrierung. Sie versucht damit offensichtlich, auf jene Teile der Gewerkschaft einzuwirken, die sich entsprechend dem Appell des Papstes von Rom besonders „gemäßigt" zeigen wollen, wie es in der internen Auseinandersetzung innerhalb von „Solidarität" offensichtlich auch der Vatikan-Pilger Lech Walesa tat.



Die Arbeiter lassen sich das Streiken nicht verbieten.

Kommentar der Woche

„Geisel"-Empfang in Frankfurt und Wiesbaden. Das war eine mit perfekter amerikanischer Regie inszenierte Haßorgie gegen den revolutionären Iran, der „Gottes eigenes Land", wie sich die USA gern selbst nennen, so tief „gedemütigt" hatte. Das Fernsehen brachte uns dieses Spektakel per Sondersendung ins Haus: Hysterische Sprechchöre, mit denen Amerikas neue Stärke gefeiert wurde; die auf Plakate gemalte Forderung, jetzt doch endlich dem Ayatollah Khomeiny den amerikanischen Militärstiefel aufs Genick zu setzen.

Schlimm genug, daß sich dieser chauvinistische Taumel ausgerechnet auf dem Boden unseres Landes abspielte. Noch schlimmer: Bundeskanzler Schmidt gab dem Spektakel auch noch die höchsten Bonner Weihen, indem er persönlich zum „Geisel"-Empfang eilte. Und er hatte für die entlassenen Spione aus der Teheraner US-Botschaft nicht nur einen warmen Händedruck, sondern auch noch ein sinniges Geschenk. Nachbildungen der sogenannten Freiheitsglocke aus Westberlin (einer Reliquie des kalten Kriegs) mit einem handsignierten Kärtchen dabei: „Den tapferen Männern und Frauen der US-Botschaft."

Schmidt und die „Geiseln"

Man muß wohl schon im Dienst des amerikanischen Imperialismus „tapfer" an konterrevolutionären Komplotten im Iran gebastelt haben, um von unserem Kanzler solcher Aufmerksamkeit für würdig befunden zu werden. Wir können uns jedenfalls nicht daran erinnern, daß Schmidt beispielsweise den Schauplatz des faschistischen Massakers in München mit seinem Besuch bedacht, oder daß er die Überlebenden dieses furchtbaren Anschlags in den Krankenhäusern aufgesucht hätte. Aber das waren eben nur einfache deutsche Werktätige, und keine amerikanischen Helden...

Schmidts Teilnahme an dem chauvinistischen „Geisel"-Spektakel ist ein deutlicher Kniefall vor dem neuen US-Präsidenten Reagan und der von ihm betriebenen aggressiven Kursänderung in der Politik der Vereinigten Staaten. Unvermittelt kam dieser Kniefall allerdings nicht.

Wir haben ja in den letzten Wochen schon erlebt, mit welch zäher Beharrlichkeit sich der westdeutsche Kanzler beim neuen Mann in Washington angeschleimt hat. Die ganze demokratisch und friedliebend eingestellte Menschheit hat das Programm des extremen Reaktionärs Ronald Reagan als eine tödliche Bedrohung empfunden, als Kampfansage, der man sich stellen muß. Helmut Schmidt dagegen nannte eben dieses Programm „eine gute Basis für eine Zusammenarbeit."

Zusammenarbeit wobei? Man weiß ja inzwischen sehr genau, was Reagan von seinen „NATO"-Parntern fordert: Beteiligung an dem größten Aufrüstungsvorhaben aller Zeiten; Abbruch der sogenannten Entspannungspolitik und Einleitung eines aggressiven Kurses gegenüber der östlichen Supermacht; „internationale Arbeitsteilung" bei dem von Washington betriebenen Plan, den Nahen Osten und andere Teile der Welt vollends unter ihren Militärstiefel zu bekommen.

Eine gute Basis für die Zusammenarbeit? Nicht mit uns! Da kann Schmidt in noch so hohen Tönen das Lob des Ronald Reagan singen, ihn einen „verläßlichen und aufrichtigen Freund" oder sonstwas nennen. Wir haben den Schmidt-Freund Carter nicht geschluckt und wir werden das bei Reagan erst recht nicht tun. Und der Kanzler sollte sich daran erinnern, daß schon jeder seiner Kniefälle vor Carter in unserem Land Proteste und massiven Widerstand ausgelöst hat. Man denke nur an die Kampagne gegen den Olympia-Boykott oder den anhaltenden Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß.

Und jetzt, wo mit Reagan ein Mann im Weißen Haus sitzt, der die Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Supermacht in beispiellosem Tempo vorantreibt — jetzt sollte es anders sein? Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß Schmidt erhebliche Schwierigkeiten haben wird, eine Basis für die gute Zusammenarbeit mit den Kriegstreibern in Washington unter den westdeutschen Werktätigen, oder auch nur in seiner eigenen Partei zu finden.

Angesichts der gefährlichen Drohung, die der Regierungswechsel in Washington mit sich gebracht hat, wird die jetzt schon relativ stark entwickelte Friedensbewegung in unserem Land weiter an Kraft gewinnen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kommt ein VOGEL geflogen...

Flugblatt der KPD Westberlin zur Senatskrise

Der aus Bonn eingeflogene Exjustizminister Vogel hat im Westberliner Parlament die Mehrheit für den von ihm gebildeten Senat bekommen (in dem jetzt übrigens nur noch ganze zwei Berliner sitzen); die Regierungskrise ist damit jedoch noch längst nicht gelöst. Die KPD-Sektion Westberlin nahm zu den Ursachen der Krise und zu den jetzt für die fortschrittlichen Kräfte in der Stadt anstehenden Aufgaben in einem Flugblatt Stellung, das wir im folgenden veröffentlichen.

Ob Stobbe oder Vogel, das Programm lautet unverändert: Den Gürtel enger schnallen. Seit den Bundestagswahlen zurren Schmidt und Genscher den Gürtel immer fester. Loch um Loch. Hätte Strauß es besser gekonnt? Sie wünschen eine Lohnpause herbei. Sie streichen die Sozialausgaben zusammen, schaffen die Sparprämien ab. Sie erhöhen die Rentenbeiträge und die Abgaben für die Arbeitslosenversicherung. Und die Preise steigen nicht nur beim Benzin.

Die Herren Schmidt und Genscher tun sich schwer bei ihrem Auftrag, die Unternehmerprofite zu sichern. Denn die Krise verschärft sich rapide. Das Heer der Arbeitslosen wächst und die Kaufkraft der Arbeitenden sinkt. Die Kosten zur Bewältigung der Krise sollen wir tragen. Es ist immer dasselbe Lied.

Und nun die Senatskrise in Westberlin. Warum gerade hier? Weil's in Westberlin im Moment noch einen Zacken schärfer ist. AEG entläßt, KWU will dicht machen. 80 000 auf der Suche nach einer Wohnung. 24 000 auf den Wartelisten der Kitas. Nur um einige Daten herauszugreifen. Es entsteht Unzufriedenheit und Unruhe unter den Werktätigen. Sie unterstützen den Warnstreik der Erzieher gegen die geplante Überfüllung der Kitas. 15 000 gehen auf die Straße gegen die Wohnungsmisere.

Und wie reagiert der Senat darauf? Schöne Worte allein helfen nicht mehr! Er leitet Disziplinarverfahren ein, ordnet brutale Polizeieinsätze an, läßt Menschen verhaften. Ein besonderes Westberliner Sparprogramm wird beschlossen: Kein Lehrer wird mehr eingestellt, das Unterrichtsmaterial bis zu einem Drittel gekürzt. Einstellungsstop im gesamten öffentlichen Dienst, selbst Abgänge werden nicht mehr ersetzt. Bauprojekte werden gestoppt. 341 Millionen will der Senat einsparen.

An die Unternehmer rollt der Rubel allerdings weiter. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen? Ganz im Gegenteil! Die Subventionen dienen der Arbeitsplatzvernichtung, der rücksichtslosen Rationalisierung! Auch mit Bürgschaften ist der Senat nicht kleinlich. Während 125 Millionen von unseren Steuergeldern herhalten müssen, sonnt sich Herr Garski auf den Bahamas. Kein Wunder, daß der Bürger sauer ist. Mußte die Sache denn auch ans Tageslicht kommen?



Demonstration von ca. 12 000 Menschen in Westberlin

Gegen den Vormarsch der Reaktion

Die CDU wittert Morgenluft. Ein gefundenes Fressen. Könnte in Westberlin gelingen, was in Bonn vor drei Monaten gescheitert ist? *„Wir von der CDU sind doch viel besser in der Lage, das Krisenprogramm durchzuziehen. Bei uns in der CDU gibt es keine Linken, waren auch nie eine Arbeiterpartei. Wir von der CDU sind entschieden für höhere Unternehmergewinne! Wir sind gegen den Nulltarif in den Kitas und entschlossene Verfechter des weißen Kreises. Das Sparprogramm der SPD/FDP reicht noch lange nicht aus. Aufräumen würden wir mit jeglicher Opposition. Ordnung muß sein!"*

Ein düsteres Programm für die Werktätigen. Das Programm der finstersten Reaktion, der Siemens und Konsorten. Es ist der Wolf im Schafspelz. *„Neuwahlen sind die sauberste Lösung"*, tönt es. *„Wie demokratisch ist doch ein Volksentscheid!"*

Dabei hat die CDU gerade mit dafür gesorgt, daß der Volksentscheid aus der Westberliner Verfassung gestrichen wurde. Nur für die Wahlen gibt es das noch.

Und weiter entrüstet sie sich: *„Wie unmoralisch und verwerflich ist doch der Westberliner Senatsfilz, wie konnte es nur zum Garski-Skandal kommen?"* Dabei hat CDU-Lorenz höchst persönlich für 8 000 Mark jährlich Herrn Garski mit der Senatsfilzokratie bekannt gemacht. Pure Demagogie!

Für ein breites, linkes Bündnis

Neuwahlen, damit die CDU an die Regierung kommt? Welcher Werktätige kann das ernsthaft wollen? Dieser Vormarsch der Reaktion muß gestoppt werden. So wie Strauß im Oktober in Bonn gestoppt wurde. Wie können wir das erreichen? Nicht durch die Wahl der SPD als kleineres Übel zum alleralleletzten Mal. Denn sie hat sich gerade als großes Übel erwiesen.

Wir brauchen ein Programm für die Werktätigen. Die Herstellung eines Bündnisses der antifaschistisch-demokratischen Menschen, der Zusammenschluß der Linken kann uns den Ausweg weisen. Nur ein solches breites Bündnis hat die Chance, den Ruck nach rechts zu verhindern.

Die ersten Diskussionen haben schon stattgefunden. Weiter auf diesem richtigen Weg.

Schluß mit der „Türkeihilfe"!

Widerstand wächst auch im SPD-Lager

BONN.— Auch in den Reihen der für die Finanzierung der faschistischen Junta verantwortlichen SPD und ihrer Anhängerschaft wächst der Widerstand gegen die Bonner Beteiligung an Folter und Völkermord. Den Widerstand innerhalb der SPD-Fraktion organisieren — und zwar „rechtzeitiger und wirksamer" als im vergangenen Jahr — will der Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik.

Coppik gehört ebenso wie Klaus Thüsing der „Altêrnativen Türkeihilfe" an. In einer Pressekonferenz unterstrich er, daß die Menschenrechtsverletzungen unter der Junta nicht zurückgegangen sind, sondern im Gegenteil zugenommen haben und immer weiter zunehmen. Die vom Auswärtigen Amt befürwortete Fortsetzung der Hilfe mit der Begründung, die Zahl der Terroranschläge sei seit dem Putsch zurückgegangen, bezeichnete er als „hart an der Grenze des Zynismus". „Es darf keine weitere Militär- und Wirtschaftshilfe mehr für die Türkei geben, unter welchem Vorwand auch immer", betonte Coppik. Er rechnet fest damit, daß sich in diesem Jahr mehr Parlamentarier am Protest gegen die Türkeihilfe beteiligen als 1980. Im letzten Jahr hatten sich 27 SPD-Abgeordnete einer Entschließungsinitiative angeschlossen, die dann im Bundestag zum Scheitern gebracht worden war.

Auch Helga Schuchhardt von der FDP stellte sich inzwischen hinter die Aktionen gegen die Türkeihilfe. Die Jungsozialisten forderten ebenfalls die Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe an die Türkei. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Corterier, hatte bereits zuvor erklärt, seine Fraktion habe die Bundesregierung gebeten, über das Thema der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ausführlich zu berichten.

In einer Presseerklärung solidarisierten sich „Die Falken" mit dem Hungerstreik gegen Folter und Mord in der Türkei und unterstützten die Forderungen der Streikenden. Auch sie fordern die Einstellung „jeglicher Form der Militärhilfe". Die Hungerstreikaktionen gehen unterdessen weiter. Ein Sprecher der Streikenden forderte die Regierung dringend auf, eine Reaktion auf ihre Forderungen vorzunehmen, da sie „an der Grenze ihrer physischen Leistungsfähigkeit angelangt" sind.

Auch die Unterstützung der Hungerstreikenden hält an. In Hamburg demonstrierten 2 000 Menschen (siehe Bericht auf S. 8!), in Frankfurt 500, in Ulm 300. In Köln trafen sich über 100 Vertreter verschiedener deutscher, türkischer und kurdischer Organisationen zu einer „Aktionskonferenz". Sie riefen zur Teilnahme an einer Demonstration am 31. Januar auf. Die türkische Botschaft in Bonn aber erklärte frech, die antifaschistische Aufklärungskampagne sei eine systematische Verleumdungskampagne zur Verbreitung von Falschmeldungen über die Türkei! Die türkischen Faschisten in Bonn beweisen damit aber nur ihre Furcht vor der Kraft des Widerstandes. Dieser weitet sich immer weiter aus und wird sicher weitergehen, bis die Türkei befreit ist!

Berichtigung

In Nr. 1/81 berichtete der RM über die Friedensdemonstration des Jugendhearings in Westberlin am 13. Dezember und schrieb, diese Demonstration wäre „auf Initiative unserer Partei beschlossen worden."

Wie uns die Leitung der Sektion Westberlin unserer Partei mitteilte, entspricht das nicht den Tatsachen. Die Genossen der KPD hatten innerhalb der Westberliner Friedenskoordination (eine gemeinsame Initiative verschiedener politischer, gewerkschaftlicher und kirchlicher Organisationen) den Vorschlag gemacht, eine Demonstration durchzuführen. Unsere Genossen legten dabei vor allem darauf Wert, daß eine solche Demonstration von der Friedenskoordination insgesamt getragen würde.

Der Vorschlag der KPD konnte sich zunächst nicht durchsetzen. Das Jugendhearing hat dann, ohne mit den anderen Organisationen der Friedenskoordination vorher darüber zu sprechen, eine eigene Demonstration beschlossen, zu deren Teilnahme dann die anderen aufgefordert wurden. Die KPD hat sich dieser Demonstration angeschlossen, obwohl sie nach wie vor der Ansicht war, es wäre richtiger gewesen, für eine von der gesamten Friedenskoordination getragene Demonstration zu kämpfen.

Hausbesetzungen in zahlreichen Großstädten

Polizeiüberfälle und Massenverhaftungen sollen Spekulanten schützen

Wohnungsnot wird immer drängender

Die Bewegung zur Besetzung von Häusern, die als Spekulationsobjekte dienen, breitet sich immer mehr aus. Nach Westberlin gab es innerhalb weniger Wochen Aktionen in Nürnberg, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Aachen, Detmold, Göttingen, Erlangen und Fürth. Dabei drehte es sich in allen Fällen entweder um Altbauten, die durch Instandsetzung in guten Wohnraum verwandelt werden können, oder in Räume, die Gruppen als kulturelle Zentren oder Begegnungsstätten gedient hatten. Die Antwort auf diese Aktionen lief überall nach demselben Muster ab: Eine große Hetzkampagne in der Presse und massive Polizeiaufgebote in vielfacher Überzahl, die wahllos knüppelten und verhafteten.

Allein in den ersten beiden Wochen dieses Jahres wurden bei solchen Polizeiüberfällen mehr als 200 Menschen verhaftet, stundenlang ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten und mehrere wurden auch mißhandelt. Besonders übel war dabei die Kampagne in Nürnberg, wo Polizei und Presse schamlos einen Überfall auf den Hausbesitzer, der ihnen wie bestellt kam, ausnutzten, um die Hausbesetzer als tatverdächtige Kriminelle zu verfolgen und anschließend noch eine Flächenrazzia in Wohngemeinschaften zu organisieren. Die Übergriffe der Polizei führten auch zu einem Protest einer Reihe von Nürnberger Anwälten, die gegen die Behandlung des Rechtsanwalts der Hausbesetzer protestierten. Rund 700 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen Spekulation und Polizeiüberfälle.

In Düsseldorf wurde eine Demonstration von rund 600 Teilnehmern mehrmals von der Polizei überfallen. Aber überall setzten die Hausbesetzer, verschiedenster Gruppierungen, die sich zum Kampf um Wohnraum zusammengeschlossen hatten, trotz Polizeiterror und Pressehetze ihre Aktionen fort. In den ersten beiden Wochen dieses Jahres demonstrierten rund 7000 Menschen in verschiedenen Städten gegen die Wohnungsnot und ihre Verantwortlichen.

Und es steht auch zu erwarten, daß diese Entwicklung fortgesetzt wird. Heute sind es vor allem Jugendliche, die noch Raum für Wohngemeinschaften suchen, die Stätten der Begegnungen haben wollen, die da aktiv werden. Aber schon jetzt ist klar, daß die Sympathie für diese Aktionen unter den Werktätigen sehr groß ist, denn auch sie sind ja betroffen, denn sie sind es ja gerade, die die horrenden Mieten bezahlen müssen.

Deshalb versucht man heute alles, um diese Bewegung einzudämmen, die Aktiven einzuschüchtern, die Menschen gegen sie aufzuhetzen. Wenn ein Spekulant, oder auch ein „seriöses" Wohnungsbauunternehmen ganze Häuser, ganze Straßenzüge abreißen läßt, Menschen vertreibt, wenn Werktätige und Jugendliche immer höhere Mieten bezahlen sollen, so ist das nach Kapitalistenlogik ganz in Ordnung, so ist das normal. Über den Schaden, der hier angerichtet wird, redet man nicht. Wehe aber, es geht eine Fensterscheibe zu Bruch! Und erst recht tobt die ganze Presse los, wenn sich irgendjemand nicht verprügeln läßt. Wenn die Polizei im Auftrag dieser ganzen Garskis, Kaußens und der großen Unternehmen, sowie auf Befehl der diesen verbundenen „Stadtväter" losschlägt, dann tut sie dies zum Gemeinwohl. Der Spekulanten und Stadträte.

Und es ist nicht umsonst, daß hier von der Seite der Bonner Parteien und der Unternehmer der Bürgerkrieg geprobt wird. Sie kennen ja ihre eigenen Pläne sehr genau, sie wissen, was noch alles auf die Menschen in den Großstädten zukommen wird. Da muß der Widerstand, der sich jetzt schon entwickelt, bei diesem „Vorgeschmack" der ganzen Sache, niedergemacht werden. Da wird die Maske abgelegt, und selbst die ach so kritischen „Spiegel"-Artikel werden da zu einem einzigen Ruf nach höheren Mieten.

Umso bemerkenswerter ist es, daß sich diese Bewegung weiter ausbreitet, nicht nur in nahezu alle Großstädte hinein, sondern auch zunehmend solche Kreise erfaßt, die bisher nicht in irgendeiner Weise politisch aktiv waren.

Aus: „Roter Rebell", Nr. 1 /81

Was lange gärt, wird endlich Wut

Ein Kommentar zur Jugendbewegung

Lange Zeit hieß es, die Jugend heute sei zu brav, zu angepaßt, eine Generation von Duckmäusern wächst heran.

Jetzt auf einmal ist es anders. Zu rebellisch sind wir. Gar schon chaotisch, ja kriminell.

Ausgelöst wurde das durch Vorgänge, für die heute schon Städtenamen stehen: Zürich und Amsterdam, oder bei uns Freiburg, Bremen, Hannover, Hamburg, Westberlin und Göttingen.

Die gesamte Presse, alle „Verantwortlichen" in diesem Staat überlegen, woher dieser „Sinneswandel" kommt. Sogar große psychologische Untersuchungen werden angestellt.

Dabei ist die Ursache doch so leicht zu finden. Es ist die Lage der Jugend in diesem Land. Die Zustände sind es, die fast allen fortschrittlichen Jugendlichen bis zum Gehtnichtmehr stinken.

Die Verseuchung der Umwelt, der Atom- oder Überwachungsstaat. Der Griff eines Erzreaktionärs wie Strauß zur Macht. Die Arbeitsplatz- und Lehrstellensituation. Die katastrophale Wohnsituation, die Raffgier der Banken und Baukonzerne. Der Militarismus und die Kriegstreiberei, die schon wieder an Deutschlands finsterste Stunden erinnern läßt.

Und da gibt es Protest, Widerstand, Aktionen. Spontaner Protest — sicherlich —, oft nur die reine Wut. Aber das ist gut, es ist besser, als nur die Faust in der Tasche zu haben.

In einer solchen spontanen Bewegung gibt es natürlich die verschiedensten politischen Ansichten und Richtungen. Es gibt auch Differenzen. So glauben wir Kommunisten nicht, daß gerade Plünderungen die Kampffront für die Ziele der Jugendlichen erweitern werden. Auch andere Aktionen und Kampfformen dienen nicht immer unseren Zielen.

Die Konfrontation mit der Polizei allein zum Beispiel, heißt noch lange nicht konsequenter Klassenkampf. Klar, da wo die Polizei uns aus den Häusern vertreiben will, wo ein Jugendheim geräumt wird, wo ein Streik niedergeknüppelt wird —, da wehren wir uns. Aber Keilerei mit der Polizei darf kein Selbstzweck sein. Zu oft waren, wie etwa in Bremen, Provokateure dabei, als plötzlich aus Massenmanifestationen blutige Straßenschlachten wurden, die zum Vorwand zu übelster Hetze dienten.

Aber darüber müssen wir unter **uns** diskutieren. Dabei werden wir auch nicht vergessen, daß Jugendliche in Westdeutschland noch lange nicht so oft Scheiben eingeschlagen haben, wie Bullen auf Menschen eingeschlagen haben.

Worüber wir aber nicht diskutieren, ist die These von der kriminellen, terroristischen oder chaotischen Jugendbewegung.

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Reichtum en Masse! Aber für wen? Für eine Handvoll Millionäre! Die meisten von uns haben nichts davon. Im Gegenteil — viele sind arbeitslos, haben schlechte Wohnungen, sehen braune Tendenzen und Kriegsgefahr wachsen. Immer weniger als bisher nehmen das alles so hin. Und wehren sich! Jugendliche greifen das Alte, das Überkommene, die Unterdrückung und Ausbeutung, den Zwang, nach dem Willen der Herrschenden zu leben, an.

Wenn die Jugend in diesem Land keine Zukunft mehr sieht, hat sie ein recht darauf, diejenigen zu bekämpfen, die ihr eine lebenswerte Zukunft verwehren.

Wir Kommunisten haben unsere Meinung zum Weg und Ziel des Kampfes. Wir wollen den Sozialismus. Eine Gesellschaft, in der die Arbeiter, diejenigen, die alle Werte schaffen, das Sagen haben. Wo die bürgerliche Staatsmaschinerie zerschlagen ist, wo das Volk selbst bestimmt. Und heute treten wir mit jedem gemeinsam gegen jeden Mißstand an, den uns die jetzige Gesellschaftsordnung beschert.

Aber spalten lassen wir uns nicht. Etwa in einen „vernünftigen" Teil, und einen „unvernünftigen", weil „gewaltsamen" Teil. Wie wir für eine bessere Welt kämpfen, diskutieren **wir**. Dazu brauchen wir nicht die Ratschläge der Herrschenden, nicht die Analysen des „Spiegel", da beeindruckt uns nicht Springers Hetze.

Alle die Leute, die in ruhigen Zeiten hämisch von der „angepaßten Generation", den „Duckmäusern und Anpassern" geredet haben, haben ganz plötzlich, nach ein paarmal Putz auf den Straßen, die Hosen voll, und schreien: Hilfe — Verbrecher, Chaoten!

Mensch Leute, merkt ihr's? Wir sind auf dem Vormarsch! '81 fängt gut an.

Seminare der Roten Garde — anmelden!

Antimilitaristischer Kampf

Jetzt steht endlich der Termin fest. Das Seminar zur Bundeswehrarbeit findet am 14. und 15. Februar in Bottrop statt. Folgende Themen stehen auf dem Programm:

— Ihr werdet über Eure Rechte beim Bund informiert
— Was kann man als Gewerkschafter alles beim Bund machen?
— Mit welchen Aktionsformen kann man beim Bund was erreichen?
— Soldaten und die Friedensbewegung
— Sozialismus — was haben die Soldaten damit zu tun?

Eingeladen sind nicht nur Soldaten, Reservisten und Leute, denen der Barras droht, sondern auch interessierte Kollegen und natürlich auch Mädchen (wichtig).

Zur Zeit laufen auch Gespräche mit holländischen und dänischen Soldatengewerkschaftsgruppen. Vielleicht klappt es ja, daß ein paar Vertreter von ihnen auf dem Seminar dabei sind.

Anmeldungen an: Peter Bach, Postfach 30/0172, 5090 Leverkusen 3.

Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Einladung zum Wochenend-Seminar der Roten Garde/Rheinland vom 6. bis 8. Februar 1981.

Thema: **Wir heizen Bossen und Bonzen ein — unsere Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft.**

Auf diesem Seminar wollen wir vier Arbeitsgruppen bilden zu den Bereichen Metall, Druck, Chemie und Öffentlicher Dienst. In diesen Gruppen können Erfahrungen ausgetauscht und Fragen besprochen werden, wie zum Beispiel, was können wir in unserer DGB-Jugendgruppe machen, lohnt es sich, betriebliche Gewerkschaftsjugendgruppen aufzubauen, wie kann man einem lahmen Jugendsekretär oder Jugendvertreter Dampf machen, was sagen wir zur Tarifrunde usw.

Für alle gibt's dann noch eine Diskussionsrunde mit **Thomas Scheffer** zum Thema: DGB-Apparat — wo ist der braune Fleck auf der Weste? Ein bißchen dazu, wie der DGB entstanden ist und worüber der DGB **nicht** spricht.

Außerdem brandaktuell: Ein Jugenddelegierter berichtet vom RGO-Kongreß.

In Vorbereitung: Mal wieder 'ne richtige Fete und eine Radtour am Rhein für Unentwegte.

Zu diesem Seminar, das in einer Jugendherberge in der Nähe von Düsseldorf stattfindet, möchten wir auch Freunde und Genossen der angrenzenden Landesverbände herzlich einladen.

Nähere Informationen und verbindliche Anmeldungen (bis spätestens 2.2.81) bei Rosenow, Ludwigstr. 21, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211 / 212769.

Das Bundeskabinett billigt neuen Gesetzentwurf

Bildungsminister folgt Unternehmerwillen

Jubel bei der CDU

BONN.— In einem Entwurf zur Förderung der Berufsbildung, einem Gesetz, das das im Dezember 1980 vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Ausbildungsplatzförderungsgesetz ersetzen soll, erfüllt Minister Schmude alle Forderungen der Unternehmerverbände und der CDU.

Hauptstreitpunkt zwischen Regierung und Unternehmerverbänden war dabei eine Maßnahme, die niemals zum Tragen kam. Nämlich eine Bestimmung darüber, daß die Unternehmer eine finanzielle Abgabe zu leisten hätten für den Fall, daß sie nicht genügend Lehrstellen bereitstellen würden.

Obwohl mehrmals in den Jahren der Gültigkeit des Gesetzes die Voraussetzungen selbst nach der offiziellen Statistik gegeben waren, um diese Abgabe zu verlangen, da die Zahl der Lehrstellen immer mehr sank, wurde sie nie erhoben. Aber diese Haltung der SPD paßte den Unternehmerverbänden immer noch nicht. Es hätte ja passieren können, daß eines Tages ein zu großer Druck nach Vollzug des Gesetzes entstehen würde, und dann müßten sie vielleicht doch bezahlen. Dabei betonten sie, es ginge ihnen nicht ums Geld, sondern ums Prinzip. Und das stimmt auch insoweit es ihnen darum geht, daß in diesem Staat keine Gesetze gegen Unternehmer gemacht werden dürfen, selbst wenn sie nur auf dem Papier stehen.

Deshalb riefen sie das Bundesverfassungsgericht an, das für seine Haltung im Dienste des Großkapitals seit langem bekannt ist, und die CDU organisierte die begleitende politische Kampagne.

So entspricht jetzt dieser neue Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett bereits gebilligt hat, diesen Forderungen voll und ganz. Jegliche finanzielle Erwägung im Zusammenhang mit Lehrstellenbeschaffung ist jetzt weggefallen, jegliches Mittel das gegen die Unternehmer eingesetzt werden könnte. Großen Jubel rief dies nur bei der CDU hervor, die Unternehmerverbände selbst reagierten gelassen. Kritik dagegen kam aus den Gewerkschaften und auch aus Ortsgruppen der SPD.

Bildungsminister Schmude, smarter Nachwuchsmann der großen Macher, der er sein will, umschiffte diese Klippen großartig. Er sei heute selbst gar nicht mehr an einer Abgabe interessiert (glaubt man ihm sofort und nicht erst seit heute), weil sich das Problem ja auch ohne ihre Anwendung sichtbar gelöst hätte.

Es hat sich gelöst, sagt er. Es gibt wohl keine Jugendlichen ohne Lehrstellen mehr? Natürlich, das war sogar in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen, das Bundesarbeitsamt hat eine Reihe von Tricks auf Lager, um diese Zahlen zu beschönigen. Aber selbst in der offiziellen Statistik tauchen sie ja noch auf, die arbeitslosen Schulabgänger. Während so also die SPD voll auf Kurs der Unternehmer geht, scheint das Problem des Herrn Schmude zu sein, daß er nicht mehr so recht mitkriegt, was es da unten alles so gibt, und wer alles noch eine Lehrstelle sucht — das muß ihm offensichtlich drastischer als bisher klargemacht werden.

30. Januar — „Tag der Mitbestimmung"

Statt Verteidigung des „Sozialen Friedens" mehr Arbeiterrechte für den Kampf durchsetzen!

Die IG-Metall-Führung hat den 30. Januar zum „Tag der Mitbestimmung" erklärt. Die Verwaltungsstellen der IG Metall wurden aufgefordert, an diesem Tag bundesweit Veranstaltungen zum Thema Montanmitbestimmung durchzuführen. Die örtlichen Bundestagsabgeordneten sollen dabei aufgefordert werden, sich für den Erhalt und den Ausbau der Montanmitbestimmung einzusetzen.

Anlaß ist der Angriff der Mannesmann-Bosse auf die Montanmitbestimmung und der zu diesem Problem von der Bonner Regierung vorgelegte Gesetzentwurf. Dieser Gesetzentwurf schiebt dem Angriff der Konzernherren (Mannesmann ist nur der Vorreiter) keinen Riegel vor, sondern ermöglicht es den Kapitalisten, in sechs Jahren die Montanmitbestimmung zu Grabe zu tragen (vgl. auch RM Nr. 50/80 S. 4). Der 30. Januar als Datum für die Kampagne wird damit begründet, daß vor genau 30 Jahren, am 30. Januar 1951, die Montanmitbestimmung zwischen der damaligen DGB-Führung und den Unternehmern vereinbart worden ist.

Wie stehen wir Kommunisten zu dieser Initiative der IGM-Bonzen? Welche Aufgaben verbinden sich für die klassenbewußten und revolutionären Gewerkschafter mit diesem „Tag der Mitbestimmung"? Wir unterstützen als Kommunisten auch in dieser Frage den Standpunkt der RGO. Die RGO hat vor kurzem, auf dem 2. RGO-Kongreß, eine wichtige Entschließung zur Frage „Mitbestimmung in den Aufsichtsräten" gefaßt. Die RGO teilte uns mit, daß sie für den 30. Januar ein Flugblatt herausgibt, das bei den Veranstaltungen der IG Metall verteilt werden soll. Freundlicherweise stellte uns der RGO-Vorstand das Flugblatt für einen Vorabdruck im „Roten Morgen" zur Verfügung. Nebenstehend veröffentlichen wir es auszugsweise. Gleichzeitig rufen wir unsere Genossen auf, sich an den Veranstaltungen der IG Metall zu beteiligen, dort die Fragen hineinzutragen, wie sie auch in dem RGO-Flugblatt zum Problem der Mitbestimmung zu Recht aufgeworfen werden. Denn eines ist klar: Die IGM-Bonzen wollen dem Protest der Arbeiter gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung eine falsche Stoßrichtung geben. Sie rufen zur Verteidigung der Montanmitbestimmung als einem Werkzeug der Sozialpartnerschaft und der „Bewahrung des sozialen Friedens" auf.

Demgegenüber müssen wir die Frage stellen: Was hat denn die Montanmitbestimmung den Arbeitern im Bergbau und in der Stahlindustrie gebracht? Hat sie etwa die Vernichtung Hunderttausender von Arbeitsplätzen in diesen beiden Industriezweigen verhindert? Hat sie geholfen, das verbrecherische Zechenkillen zu stoppen? Nützt sie jetzt den Hoesch-Arbeitern im Kampf gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und für die Durchsetzung der Forderung „Stahlwerk jetzt!"?

Die Antwort auf den Unternehmerangriff gegen die Montanmitbestimmung müssen Kampfaktionen im Betrieb und auf der Straße sein. Aber nicht im wesentlichen zur Verteidigung der Montanmitbestimmung, sondern so, wie es die RGO vorschlägt: Zur Durchsetzung von größeren Rechten der Arbeiter und Gewerkschaften im Betrieb für den Kampf gegen die Unternehmer!

Auszüge aus dem Flugblatt der RGO zum „Tag der Mitbestimmung"

„Der IGM-Vorsitzende Loderer begründete den Kampftag damti, daß das Mitbestimmungsgesetz von 1951 das Ergebnis des rückhaltlosen Einsatzes der Arbeitnehmer beim Wiederaufbau der Betriebe nach dem Krieg und für ihr Recht auf Arbeit, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und für Demokratie auch hinter den Werkstoren sei.

Es ist wahr: Ein großer Teil der Kollegen hat damals mit diesen Hoffnungen für die Verwirklichung der Montanmitbestimmung gekämpft. Doch heute müssen sie erkennen, daß sich ihre Erwartungen, die sie an die Mitbestimmung knüpften, in keiner Beziehung anerkannte Tatsache, daß von Demokratie hinter den Werkstoren heute keine Rede sein kann. (...)

(...) Der 2. RGO-Kongreß, der am 10. und 11. Januar in Frankfurt tagte, hat sich unter anderem auch mit der Frage der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten eingehend beschäftigt. Die 169 Delegierten aus 39 Ortsgruppen der RGO kamen dabei im Wesentlichen zu der folgenden Einschätzung, die wir hiermit den interessierten Gewerkschaftskollegen zur Diskussion unterbreiten möchten:

Die Mitbestimmungskonzeption ist eine Sackgasse

(...) Die Mitbestimmungskonzeption hat sich offensichtlich nicht nur als unfähig erwiesen, Massenentlassungen und Stillegungen zu verhindern, sondern hat darüberhinaus auch noch wesentlich zur Entwaffnung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften beigetragen.

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Leitung der Betriebe nach den Grundsätzen kapitalistischer Rentabilität ist ein extremer Ausdruck der Sozialpartnerschaftsideologie. Die Rentabilität im Sinne des unternehmerischen Gewinns ist keineswegs ein gemeinsames Interesse zwischen Unternehmern auf der einen und Arbeitern auf der anderen Seite. Darum bietet die Mitwirkung an der Unternehmensleitung den Gewerkschaften auch keine Möglichkeiten, tatsächlich die Interessen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen.

Die Mitbestimmungskonzeption steht so der Auffassung entgegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter und Angestellten konsequent im Klassenkampf gegen die Kapitalisten — also unbeeinflußt von Rentabilitätsgesichtspunkten — zu vertreten haben.(...)

Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit?

(...) Nichts deutet darauf hin, daß das eine realistische Perspektive ist. Alles spricht dafür, daß das Illusionen ohne jede Grundlage sind. Gerade die Klage der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz und der Angriff auf die Montanmitbestimmung sollten uns gezeigt haben, daß die Unternehmer nicht im Traum daran denken, ein Stück ihrer Macht zu unseren Gunsten aufzugeben.

Die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel brechen — das kann nur eine große politische Bewegung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften erzwingen. Wenn aber die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften zu einem solchen politischen Angriff auf das kapitalistische Wirtschaftssystem aufbrechen, werden Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten für den Ausgang dieses Kampfes keine Bedeutung haben — keine positive jedenfalls. (...)

Wichtige Informationen für den Kampf?

(...) Die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, lassen dergleichen positive Auswirkungen der Präsenz von Gewerkschaftsvertretern in den Aufsichtsräten leider vermissen. Tatsache ist es auch, daß eine solche Weitergabe von Informationen an die örtlichen und betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen keineswegs bereits verankertes Recht ist, sondern überwiegend gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen würde.

Es ist nicht einzusehen, warum im Rahmen des notwendigen Kampfes für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte der ungehinderte Zugang des Betriebsrats zu allen wichtigen Informationen schwerer durchsetzbar sein soll als die Änderung jener gesetzlichen Bestimmungen,die für die Aufsichtsräte bindend sind. (...)

Für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben!

Die Antwort auf die Angriffe der Unternehmer kann sicher nicht im Wesentlichen die Verteidigung der Montanmitbestimmung sein. Dem ‚Herr-im-Hause-Standpunkt' der Unternehmer muß vielmehr ein entschlossener Kampf für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und für den Ausbau der gewerkschaftlichen Rechte und Stellungen in den Betrieben entgegengestellt werden. (...)

2. RGO-Kongreß + + +2. RGO-Kongreß + + +2. RGO-Kongreß + + + 2. RGO-K

Gespräch mit Farie Salicaj

„Wir haben enge Verbindungen zur RGO"

In seiner letzten Ausgabe berichtete der „Rote Morgen" ausführlich über den 2. ordentlichen Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition. Ein hervorstechender Aspekt dieses Kongresses war die Teilnahme von Delegationen revolutionärer gewerkschaftlicher Organisationen aus dem Ausland. Dies entspricht dem Verständnis der RGO vom Kampf der Arbeiter als einem internationalen Klassenkampf der Arbeiter aller Länder gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die Befreiung der Arbeiter von der Herrschaft des Kapitals. Neben Vertretern der revolutionären Gewerkschaftsbewegung aus einer Reihe kapitalistischer Länder nahm auch eine Delegation des Zentralrates des Albanischen Gewerkschaftsverbandes an dem Kongreß teil. Die Leiterin dieser Delegation, die Genossin Farie Salicaj, Sekretärin des Zentralrates des Albanischen Gewerkschaftsverbandes, hat uns nach der Dortmunder Abschlußveranstaltung zum Kongreß ein Interview gegeben, das nebenstehend abgedruckt ist. Aus aktuellem Anlaß, weil nämlich die IG Metall den 30. Januar zum „Kampftag für die Mitbestimmung" erklärt hat, haben wir unsere ursprüngliche Absicht aufgegeben, diese Seite unserer Zeitung ganz dem 2. RGO-Kongreß zu widmen. Wir werden aber in den kommenden Wochen weiter über die Ergebnisse des Kongresses berichten. So werden wir Auszüge aus der Rede des RGO-Vorsitzenden Thomas Scheffer in der Dortmunder Westfalenhalle veröffentlichen. Ebenso auch Auszüge aus den wichtigsten Entschließungen und Resolutionen, die der Kongreß verabschiedet hat.



Farie Salicaj auf der Abschlußveranstaltung des 2. RGO-Kongresses in Dortmund

Nach der Großveranstaltung zum Abschluß des 2. RGO-Kongresses hatte der „Rote Morgen" die Gelegenheit, ein kurzes Gespräch mit Farie Salica, der Sekretärin des Generalrats des Albanischen Gewerkschaftsverbandes und Leiterin der albanischen Delegation auf dem Kongreß zu führen.

RM: Welche Eindrücke haben Sie auf dem Kongreß und überhaupt während Ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik empfangen?

F.S.: Unser Besuch in Westdeutschland ist ein Zeichen für die engen Verbindungen, die zwischen unseren beiden gewerkschaftlichen Organisationen bestehen. So wie es auch zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien in unseren Ländern Beziehungen gibt, die von Solidarität geprägt sind. Für uns war es eine große Ehre, daß wir an diesem Kongreß der RGO teilnehmen konnten.

Während unseres Aufenthalts haben wir nicht nur auf dem Kongreß selbst viel über die Arbeit der RGO erfahren, die in den letzten Jahren eine gute Entwicklung genommen hat. Wir haben Treffen mit revolutionären Gewerkschaftern in Hamburg, Dortmund und anderen Städten gehabt. Dabei haben wir natürlich auch konkrete Erfahrungen über die Lage der westdeutschen Arbeiterklasse sammeln können, vor allem über ihre Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung, die sich in der letzten Zeit verstärkt haben.

Während des Kongresses und seiner Abschlußveranstaltung konnten wir die große Einheit in den Reihen der RGO spüren. Es hat eine breite und lebhafte Debatte der Delegierten über die wichtigen Fragen, die behandelt wurden, gegeben. Die Resolutionen und Beschlüsse, die den Kurs für die künftige Arbeit festlegen, wurden jedoch nahezu einstimmig verabschiedet. Eine kämpferische Einheit prägte auch die Abschlußveranstaltung. Und das bezieht sich nicht nur auf die anwesenden deutschen Arbeiter. Durch die Teilnahme der ausländischen Delegationen wurde auch die große Kraft des proletarischen Internationalismus betont. Alle Redner hoben hervor, daß die Arbeiterklasse überall auf der Welt eine mächtige Kraft ist, die gegen den Imperialismus und das Kapital, für Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus kämpft.

RM: Die albanische Delegation kommt ja aus einem Land, in dem die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Und das bedeutet doch auch, daß sich dort viele Probleme, mit denen die Arbeiter hier konfrontiert sind, ganz anders stellen. Ein Beispiel dafür wäre etwa die Rationalisierung.

F.S.: Die Delegation des albanischen Gewerkschaftsverbandes hat in die vielfältigen Diskussionen mit den Kollegen der RGO ihre eigenen Erfahrungen eingebracht. Das sind Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus, bei der kommunistischen Erziehung der Menschen, wo unser Verband ein wichtiger Hebel der Partei ist. Unsere Gastgeber in Westdeutschland haben uns sehr viel über die Welle der Rationalisierung erzählt, die durch dieses Land geht. Es gibt bei den werktätigen Menschen hier eine große Angst um die Erhaltung der Arbeitsplätze.



Die Genossen der albanischen Delegation auf dem 2. RGO-Kongreß in Frankfurt

Ganz anders bei uns in Albanien. Es gibt bei uns natürlich auch eine Rationalisierung, sogar eine sehr stürmische Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Aber das dient eben nicht dem Profit einzelner Kapitalisten, sondern der Steigerung des Lebensniveaus der Massen. Deshalb sind auch die Arbeiter selbst daran interessiert. Und es ist eine wichtige Aufgabe unseres Gewerkschaftsverbands, die schöpferischen Fähigkeiten der werktätigen Massen zu entfalten und ihr wissenschaftlich-technisches Niveau ständig weiter zu entwickeln, zum Beispiel durch die Ausbildung oder die Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs.

Und selbstverständlich hat bei uns die Rationalisierung niemals das Ergebnis, die werktätigen Menschen arbeitslos zu machen. Sie fördert nicht nur die Produktionsprozesse in den bestehenden Werken, sondern setzt auch Arbeitskräfte frei für neue Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus. Die Arbeitslosigkeit kennt unser sozialistisches Albanien ebensowenig wie all die anderen Gebrechen des Kapitalismus.

Arbeiterkammer Bremen: 5 Prozent ist Reallohnabbau

Ohne Streik ist diesmal Lohnsicherung nicht drin!

SPD-Bonzen fordern Lohnopfer der Arbeiter und Angestellten

BREMEN. — Selbst bei einer Erhöhung der Tariflöhne um 5 Prozent in der jetzigen Lohnrunde würden die Reallöhne noch erheblich sinken. Das wurde jetzt von der Arbeiterkammer Bremen nachgewiesen. Angesichts der provokatorischen Haltung der Unternehmerverbände verdeutlicht dies, daß ohne Streik in dieser Tarifrunde nicht einmal die jetzigen Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten verteidigt werden können.

Die Arbeiterkammer Bremen legte in der vergangenen Woche eine Modellrechnung vor, anhand derer konkret nachgewiesen wird, daß auch eine Lohnerhöhung von 5 Prozent bei weitem nicht ausreicht, um die jetzigen Reallöhne zu sichern, geschweige denn eine echte Lohnerhöhung zu erzielen. Dabei hat die Arbeiterkammer für 1981 eine Teuerungsrate von 5,0 Prozent angenommen, was mit größter Wahrscheinlichkeit noch erheblich zu tief gegriffen ist.

Aus den Berechnungen der Arbeiterkammer ergibt sich, daß bei einer Tariferhöhung um 3,0 Prozent ein Abbau der Reallöhne um 3,3 Prozent herauskommen würde. Auch bei einer Tariferhöhung um 5 Prozent würden die Reallöhne nach den Berechnungen der Kammer noch um 1,6 Prozent sinken. Die Kammer hat in ihrer Modellrechnung unter anderem nachgewiesen, daß trotz der Lohnsteuerentlastung, die 1981 wirksam wird, die Gesamtabzüge vom Lohn weiterhin stärker anwachsen als die Bruttolöhne.

Ferner ist die Arbeiterkammer zu dem Ergebnis gekommen, daß bereits im Jahre 1980 die Reallöhne nicht — wie offiziell immer behauptet wird — gestiegen, sondern um 1,1 Prozent gesunken sind. Hierbei ist die Kammer von der amtlichen Teuerungsrate ausgegangen, die bekanntlich das wahre Ausmaß der Erhöhung der Lebenshaltungskosten verharmlost.

Aus alledem ergibt sich eindeutig, daß die 8-Prozent-Forderung der IG Metall ohne Abstriche durchgesetzt werden muß, wenn der Lebensstandard der Arbeiter und kleinen Angestellten nicht sinken soll. 8 Prozent bringen noch nicht einmal eine leichte Erhöhung der Reallöhne. Deshalb darf in diesem Jahr nicht zugelassen werden, daß die Gewerkschaftsführung die Ausgangsforderung nur als eine vorläufige Größe behandelt, bei der schon von vorneherein ein sogenannter Verhandlungsspielraum einkalkuliert wird. Das Ziel der Tarifbewegung muß jetzt heißen: Durchsetzung der 8 Prozent sowie der geforderten Sockelbeträge ohne irgendwelche Abstriche!

Es ist allerdings klar, daß dieses Ziel nur durch harten und konsequenten Kampf zu erreichen ist. Ohne Streik ist an die Durchsetzung der 8 Prozent, an die Verteidigung der Reallöhne gar nicht zu denken. Das hat die unverfrorene und provokatorische Haltung der Metallunternehmer in der ersten Verhandlungsrunde gezeigt. Bis zur Stunde haben sie noch nicht die geringsten Anstalten gemacht, von ihrem völlig indiskutablen Hohnangebot von 2,5 Prozent abzugehen.

Zudem erhalten die Kapitalisten in dieser Lohnrunde auch von seiten der SPD-Führung (insbesondere der SPD-Politiker in Regierungsämtern) eine ganz unverhüllte Unterstützung für ihre Lohnraubpolitik. Am Dienstag letzter Woche meldete sich zum Beispiel erneut Bundesbankpräsident Pöhl (SPD) zu Wort. Er erklärte, in diesem Jahr könne es *„keine Erhöhung der Realeinkommen“* geben. Dies sei ein *„zumutbares Opfer für die Beschäftigten“*.

Dabei ist natürlich klar, daß Pöhl de fakto von Reallohnsenkung spricht, wenn er „keine Erhöhung der Realeinkommen“ sagt. Die unverschämten Sprüche dieser Herren, die öffentlich Wasser predigen, während sie (gar nicht einmal heimlich) Sekt saufen, sollten uns Anlaß sein, die Kollegen verstärkt über die Hintergründe der diesjährigen Lohnrunde aufzuklären und zur Verteidigung ihrer Interessen zu mobilisieren.



3 000 Menschen demonstrierten in dem niederbayerischen Städtchen Landau gegen die Stillegung zweier Zweigwerke des Grundig-Konzerns. Die beiden Werke, die in Landau und Ascha ansässig sind, beschäftigen gegenwärtig 1050 Menschen. Die betroffene Region ist bereits von extrem hoher Arbeitslosigkeit geprägt.

Demonstration gegen Stillegungen bei Grundig

3 000 marschierten durch Landau

Über 1 000 Arbeitsplätze in Landau und Ascha bedroht

LANDAU.— In den niederbayerischen Gemeinden Landau und Ascha will der Grundigkonzern zum 31. Juli dieses Jahres seine dort ansässigen beiden Zweigwerke stillegen. Am vorletzten Samstag zogen aus Protest dagegen 3 000 Menschen in einem Demonstrationszug durch Landau.

Grundig vernichtet dadurch in dem ohnedies schon von drükkender Arbeitslosigkeit geprägten strukturschwachen Gebiet über 1 000 Arbeitsplätze. Erst vor einem Jahr waren in Landau durch die Schließung eines Traktorenwerkes 400 Arbeitsplätze verlorgengegangen. Deshalb hat sich in Landau und Ascha nun ein Bürgerkomitee zur Rettung der Arbeitsplätze gebildet, das gemeinsam mit der IG Metall zu der Demonstration aufgerufen hatte. Auch wurden bisher bereits knapp 47 000 Unterschriften gegen die Stillegungen gesammelt.

An der Demonstration beteiligten sich nicht nur die Belegschaften der beiden betroffenen Zweigwerke sondern auch Teile der Bevölkerung und Delegationen aus fast allen Grundig-Betrieben. Jedoch weder der massive Protest der Arbeiter noch das in dieser Gegend bereits herrschende soziale Elend konnten den Konzernherren Konsul Max Grundig in seiner Profitstrategie beirren. Er will einen Teil der Produktion seines Konzerns in sogenannte „Billiglohnländer“ verlagern, um auf diese Weise noch höhere Profite scheffeln zu können. Auch in seinen Grundig-Werken in Frankreich will er 1 000 Arbeitsplätze vernichten.

Die Demonstration vom 17. Januar war ein Schritt zu jenen Maßnahmen, die notwendig sind, um gegenüber der Profitgier von Grundig die sozialen Lebensinteressen der Arbeiter und anderen betroffenen Werktätigen der Region durchzusetzen. Wenn die Kollegen in den beiden Werken zu ihrer entscheidenden Waffe, dem Streik, greifen, wenn sie sich an dem Beispiel der Kollegen von Pongs in Aachen und Enka in Kassel orientieren, wo die Betriebe besetzt wurden, dann ist es durchaus möglich, dem Herrn Konsul einen Strich durch die schmutzige Rechnung zu machen.

Allerdings versuchen die IGM-Bonzen, genau diesen Schritt der Belegschaften in Landau und Ascha zu verhindern. Das zeigte sich zum Beispiel auf der Protestkundgebung im Anschluß an die Demonstration in der Ruhstorfer Holzlandhalle. Dort sprach als Hauptredner der IGM-Bezirksleiter Eduard Schleinkofer. Von konkreten Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der geplanten Stillegungen sprach er nicht. Stattdessen propagierte er eine „Mitbestimmung“ nach dem Montan-Modell.

Als ob nicht trotz Montan-Mitbestimmung in der Stahlindustrie gegenwärtig ein radikaler Arbeitsplatzvernichtungs-Feldzug liefe! Als ob nicht auch in Dortmund der soziale Ausverkauf einer ganzen Region durch die geplante Vernichtung der Rohstahlproduktion bei Hoesch begonnen hätte!

Was die Arbeiter von solchen Bonzen wie Schleinkofer zu erwarten haben, läßt sich daran ablesen, daß er am Ende seiner Ausführungen nicht etwa den Erhalt der bedrohten Werke und Arbeitsplätze zum Ziel der IG Metall erklärte, sondern die Hinauszögerung der Stillegungen auf den 31. Dezember 1981. Der Kampf kann also auch in Landau und Ascha nicht im Vertrauen auf die Bonzen, sondern nur durch die Initiative der Kollegen von unter her weitergetrieben werden.

Betriebsratswahlen

Bundesregierung mobilisiert Achtgroschenjungs

Verstärkter Einsatz von Spitzeln angekündigt

BONN.— Der Verfassungsschutz soll jetzt verstärkt Spitzel in den Betrieben anwerben, um — wie es heißt — die *„Aktivitäten kommunistischer Gruppen in den Betrieben zu erforschen“*. Dies berichtete vor kurzem die Springer-Zeitung „Welt“.

Wie die „Welt“ in ihrer Ausgabe vom Montag vergangener Woche berichtete, hat Bundesinnenminister Baum über dieses Projekt einzelne Länderinnenministerien sowie die Bonner CDU-Führung unterrichtet. Die „Welt“ schreibt weiter, es sollten die *„V-Leute des Verfassungsschutzes, wenn sie erfolgreich sein sollen, in den Betrieben angeworben werden und zugleich Einblicke in die Vorgänge und Strategien der kommunistischen Gliederungen haben“*.

Das Springer-Blatt wußte auch zu berichten, daß die CDU-Führung einschließlich des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, *„dabei keine Absage“* erteilt hätten. Nun wundert dies natürlich niemanden. Es verdeutlicht jedoch die Arbeiterfeindlichkeit des Herrn Blüm, der sich unverschämterweise als DGB-Gewerkschafter aufspielt.

Es ist ganz klar, daß die Initiative des Bonner Innenministers im Zusammenhang mit der Betriebsratswahl 1981 steht, deren aktive Vorbereitungsphase (Aufstellung der Kandidaten und Listen und Einberufung der Wahlvorstände) inzwischen angelaufen ist. Klar ist auch, daß sich die Bespitzelung nicht nur gegen Kommunisten bzw. kommunistische Betriebszellen richtet, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse und insbesondere gegen alle oppositionellen, klassenkämpferischen Gewerkschafter.

Wenn Axel Springer Baums Initiative sogleich an die große Glocke hängen läßt, so hat dies unter anderem den Zweck, ein Klima der Einschüchterung bei den Belegschaften zu erzeugen, um dadurch die Kandidatur von klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen zu erschweren.

Vor einiger Zeit bereits drangen die Spitzelpraktiken des Bonner Staates in den Betrieben an die Öffentlichkeit. Baum mußte zugeben, daß 1978, im Jahr der letzten Betriebsratswahl, in mindestens 922 Großunternehmen die persönlichen Daten aller Betriebsräte durch den Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit den Konzernleitungen „überprüft“ worden waren. Ferner wurde bekannt, daß die Daten der Betriebsräte und Betriebsratskandidaten in das „Nadis“-Datensystem eingefüttert wurden, um dadurch „Erkenntnisse“ über ihre politische Haltung zu gewinnen.

In allen DGB-Gewerkschaften sind diese Praktiken auf massiven Protest gestoßen. Kein Gewerkschaftstag, auf dem nicht Protestresolutionen dagegen vorgelegen hätten. Es zeigt nur zu deutlich den Klassencharakter dieses Staates, daß jetzt die Bespitzelung der Arbeiterklasse verstärkt und immer offener betrieben wird. Achtgroschenjungs sind die erbärmlichen Kreaturen der Minister bei der Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung!

In diesem Zusammenhang ist es übrigens notwendig, erneut auf den gewerkschaftspolitischen Skandal hinzuweisen, daß die ÖTV-Bonzen gewerkschaftliche Fachgruppen für Mitglieder des Verfassungsschutzes in der ÖTV organisiert haben. Kluncker und Co. wollen Verfassungsschutzagenten als „Kollegen“ bzw. „Gewerkschafter“ salonfähig machen!

Alarmierend ist auch die Tatsache, daß inzwischen bereits eine Woche ins Land gegangen ist, ohne daß von den DGB-Führern auch nur ein Wörtchen des Protestes über die skandalösen Umtriebe des Bonner Innenministers gekommen wäre.

Stillegung bei Enka-Kassel inzwischen beschlossen

Enka-Belegschaft wurde verschaukelt

KASSEL. — Ende Dezember hatten die Kollegen des Kasseler Chemiefaserwerks der Enka AG nach zehntägiger Dauer ihre spektakuläre Besetzungsaktion abgebrochen. Mitte Januar folgte die Quittung der Konzernherren: Sie faßten jetzt ganz offiziell den Beschluß, daß das Werk mit seinen 840 Beschäftigten stillgelegt wird.

Um die beabsichtigte Stillegung zu verhindern, hatte die Belegschaft das Werk besetzt, dabei allerdings die Produktion weitergeführt. Daraufhin schaltete sich der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) persönlich ein. Mit der Behauptung, er habe vom Konzernvorstand die Zusage erhalten, daß erst im März über das Schicksal des Werkes entschieden werden solle, brachte er die Belegschaft dazu, den Kampf abzubrechen.

Die angebliche Zusage entpuppte sich als schmutziger Trick. Jetzt hoffen die Herren, daß in der Belegschaft Resignation die Oberhand gewinnt. Aber noch ist es keineswegs zu spät! Börners hektische Bemühungen während der Besetzung zeigen, wie groß die Angst der Kapitalisten und ihrer politischen Sachwalter vor solchen Aktionen ist. Heute stehen viele Belegschaften in einer ähnlichen Situation wie die Enka-Kollegen. Was, wenn Besetzungsaktionen einzelner Belegschaften als Signal wirken und sich ausbreiten?

Das wäre für die Bourgeoisie, wie wenn ein Staudamm bricht. Die von den DGB-Bonzen betriebene Sabotage an einem konsequenten, kompromißlos geführten Kampf der Arbeiterklasse für die Verteidigung der Arbeitsplätze wäre durchbrochen. Ein Alptraum für die Bosse und Bonzen!

Die DGB-Bonzen hatten sich während der Besetzung zwar heuchlerisch mit der Enka-Belegschaft solidarisiert. Aber ihre wirkliche Haltung ist es, die Arbeiter von derartigen Aktionen abzuhalten. Das zeigt zum Beispiel die Berichterstattung der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ (WDA) über den Fall Enka.

Der Stillegungsbeschluß wird dort praktisch gerechtfertigt, indem des langen und des breiten die „Sorgen“ der Enka-Kapitalisten ausgebreitet und über ihre angeblichen Verluste gejammert wird. Unter der Überschrift: „Die Logik der Verluste“ wird der Rationalisierungsfeldzug, dem in den bundesdeutschen Enka-Werken insgesamt 2000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen, als „betriebswirtschaftlich notwendig“ hingestellt.

In diesem Artikel zitiert WDA zum Schluß zustimmend den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden des Enka-Werkes Karl Sturm. Sturm schlägt den Enka-Bossen vor, sie sollten doch *„Produktionen vom 3 000-Mann-Werk in Emden nach Kassel verlegen und die Arbeitsplätze dort einsparen, weil es da noch Ersatz-Arbeitsplätze gibt.“* Statt Verteidigung der Arbeitsplätze bedeutet dies: Spaltung der Konzernbelegschaft und Anerkennung des Rationalisierungsterrors der Enka-Kapitalisten.

Lebensgefährliche Illusionen

Eine notwendige Auseinandersetzung in der Friedensbewegung

Beispiele dafür, wie Friedenskampf nicht aussehen darf, wenn man die Menschen nicht wehrlos den Kriegstreibern ausliefern will, liefert zur Zeit am laufenden Band die DKP in ihren Aktionen und auch in ihrer Zeitung „UZ".

Diese Partei, die sich kommunistisch nennt, greift fast alle irgendwie gegen die Aufrüstung gerichteten Äußerungen auf und unterstützt sie, wobei von einer Bewertung danach, ob sie für den lebenswichtigen Kampf zur Verhinderung des konkret drohenden Weltkrieges dienlich sind oder auf falschen Auffassungen beruhen, keine Rede sein kann. Stattdessen schürt die DKP selbst gefährliche Illusionen, nicht nur über die angebliche Friedfertigkeit der aggressiven imperialistischen Sowjetunion, sondern auch über den Charakter der westdeutschen Aggressionsarmee und des westdeutschen imperialistischen Staates überhaupt.

Einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten legt sie auf die Unterstützung der Beschlüsse der „Krefelder Konferenz", zu der wir im RM 48/80 schon Stellung genommen haben. Diese vom revisionistischen Gedankengut der DKP wesentlich beeinflußte Konferenz kam unter anderem der verlogenen Propaganda der Bonner Regierung entgegen, indem sie forderte, die Bundesregierung solle „(...) im Bündnis künftig eine Haltung einnehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen nuklearen Wettrüstens zu sein." Hier wird zum einen verschleiert, daß die Regierung ein solcher Wegbereiter tatsächlich seit langem ist, und zum anderen wird der Verbleib der BRD in der NATO vorausgesetzt. Womöglich soll die auch noch in eine Friedenskraft umgewandelt werden?

Bei einer solchen Einstellung ist es selbstverständlich, daß die DKP auch die Bundeswehr nicht als Ganzes, als Einrichtung des Staates zur imperialistischen Erweiterung des Einflusses der herrschenden Kapitalistenklasse und als Instrument zur Unterdrückung der Werktätigen im eigenen Land bekämpft. Zumindest kann man, so die DKP, sie durch „Diskussionen" und „Einflußnahme" in eine demokratische Institution umwandeln! Die DKP will uns ernsthaft weismachen, die herrschende Klasse würde dann für die Zukunft auf eine bewaffnete Macht zur Sicherung ihrer Herrschaft verzichten!

Diese Haltung wurde schon deutlich bei den Protesten gegen die Rekrutenvereidigungen, wo die DKP sich **nur** gegen das militaristische **Beiwerk** der öffentlichen Jubelfeiern wandte.

Am 13. Januar erschien in der „UZ" ein Artikel unter der Überschrift **„Für eine fortschrittliche Tradition in der Bundeswehr"**. Hier wird dann ein „Demokratischer Traditionserlaß" dokumentiert, der 1977 von dem „Arbeitskreis Demokratischer Soldaten", (der unter Einfluß der DKP steht), veröffentlicht wurde.

Hierin stellen die Verfasser sich gegen die Pflege militaristischer Traditionen in der Bundeswehr und fordern stattdessen durch die Bundeswehr die Pflege demokratischer Traditionen des Kampfes gegen Militarismus, Faschismus und Kriegstreiberei.

Sie beschreiben, daß die Bundeswehr „(...) aufgebaut und geprägt worden ist von Offizieren, die schon zur Zeit des Hitler-Faschismus aktiv waren." „Mit ihnen wurden Leitbilder und Traditionen übernommen (...) die des Rassismus, der Friedensfeindlichkeit, der Verachtung anderer Völker."

Was hier allerdings nicht erwähnt wird, ist, daß sich hier nicht faschistische Offiziere ihre Privatarmee aufgebaut haben, sondern daß sie berufen wurden, weil sie die notwendigen Voraussetzungen boten für den Aufbau einer Armee, wie sie die deutschen Kapitalisten und die NATO-Strategen brauchten und brauchen.

Die Bundeswehr „umfunktionieren"?

Es ist sicher notwendig, gegen die Förderung des Faschismus und Chauvinismus in der Bundeswehr zu kämpfen, dagegen, daß die Soldaten dort zu willigen Werkzeugen für einen neuen Krieg erzogen werden. Es gehört auch zu der von unseren Genossen betriebenen Zersetzungsarbeit, die dieses Kriegsinstrument für die Bourgeoisie untauglich machen soll. Man muß gegen die Verehrung von Nazi-Offizieren durch Kasernenbenennungen usw. vorgehen. Im politischen Unterricht, bei der Ausbildung muß man auftreten gegen die militaristische Verhetzung der Soldaten. Das alles und noch mehr gehört zum demokratischen Kampf, der auch in der Bundeswehr von den fortschrittlichen Soldaten geführt wird. Das alles erschwert es den Militaristen, die Jugend unseres Volkes für ihre Ziele zu mißbrauchen.

Was man sich aber davon nicht versprechen darf, ist, die Bundeswehr dadurch insgesamt „umzudrehen", ihren Charakter zu verändern, sie in eine demokratische Institution zu verwandeln. Auch noch so aktiver Einsatz wird die Herrschenden nicht dazu bewegen, uns ihr Machtinstrument einfach zu überlassen, damit wir es für unsere Interessen einsetzen können.

Darauf aber laufen die Vorstellungen des „Traditionserlasses" hinaus. Das ist auch gemeint, wenn es heißt: „Die Tradition und auch der politische Stellenwert der Bundeswehr werden sich nur durch aktives Eintreten von Demokraten innerhalb und außerhalb der Armee verändern."

Es wird im weiteren das idyllische Bild einer Bundeswehr gemalt, die die Soldaten im Geist des antifaschistischen Widerstandes erzieht, als Instrument der Friedenssicherung wirkt, Friedenslieder singt und engen Kontakt zu antifaschistischen Organisationen hält.



Demonstration der Friedensinitiative in Berlin.

Ein schöner Traum! Und: „Wie verwirklichen wir diese Vorstellungen?" „Wir sind uns darüber im klaren, daß diese neuen Traditionsinhalte nicht ohne Widerstand und Widerspruch in der Bundeswehr verwirklicht werden. Aber die Diskussion um die Tradition und einen neuen Traditionserlaß darf nicht der Bundeswehrführung und hohen Offiziere überlassen werden." Sie soll vielmehr in der „ganzen Gesellschaft" geführt und durch „öffentlichkeitswirksame Aktionen" unterstützt werden.

Und wenn wir ordentlich diskutieren und viele Menschen die genannten Vorstellungen befürworten — dann ist es plötzlich endgültig aus mit dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus, denn er hat ja kein Instrument mehr.

Der DKP muß gesagt werden: Eine Politik, die sich auf derartige pazifistische Auffassungen stützt, hat nicht nur mit kommunistischer Politik nichts gemein. Sie hat auch nichts gemein mit dem Kampf für eine demokratische Friedensbewegung, die sich das Ziel setzt, heute den Kriegstreibern in Ost und West in den Arm zu fallen und sie an der Entfachung des Weltbrandes zu hindern. Sie hat nichts gemein mit der Entfaltung einer nationalen Friedensbewegung, die es erreichen könnte, Westdeutschland aus einem Konflikt der Supermächte herauszuhalten, wie sie unsere Partei anstrebt.

Dieses Ziel ist erreichbar durch eine Massenbewegung, der Kampf dafür ist Klassenkampf. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er die richtigen Losungen in den Mittelpunkt stellt, wie es der Friedensplan der KPD tut, vor allem die Forderung nach Austritt aus der NATO und Neutralisierung der BRD — Losungen, die bei der DKP eben nicht zu finden sind.

Aber diese Verhinderung des konkret drohenden Krieges beseitigt nicht das grundsätzliche Problem. Eine Regierung der Bundesrepublik, die zum Austritt aus der NATO und zu einer Neutralitätspolitik gezwungen würde, wäre immer noch die Regierung eines kapitalistischen, eines imperialistischen Staates, und es bleibt die Aufgabe, sie eines Tages durch die sozialistische Revolution zu stürzen. Das wird eine gewalttätige Angelegenheit sein und nicht eine „Diskussionsrunde"!

Wer Pazifismus predigt, ist kein Kommunist. Nur die Waffen in den Händen des Volkes, eingesetzt gegen den Gewaltapparat der herrschenden Klasse, zu dem untrennbar die Bundeswehr gehört, werden uns eine Welt ohne Kriege bescheren. Ihre Waffen einmal dazu zu benutzen, dazu wollen wir Kommunisten die Werktätigen in der Bundeswehr bringen. Diese Auffassungen werden wir nie verschweigen.

Wir belassen es allerdings nicht wie gewisse kleinbürgerliche Sektierer bei der Propaganda des bewaffneten Aufstandes, sondern kämpfen mit aller Kraft und zusammen mit allen Kriegsgegnern gleich welcher Weltanschauung für die Erhaltung des Friedens für unser Volk und unser Land, hier und heute.

Der Widerstand wächst

Zweifellos ist es eine gute Sache, daß sich heute immer mehr Protest gegen den militaristischen Rummel, gegen die Rüstungsanstrengungen der Bundesregierung und ihre Treueschwüre gegenüber dem amerikanischen Kriegstreiber Reagan regt. Die Frage, wie der Kampf dagegen richtig zu führen ist, muß innerhalb dieser Bewegung ausgetragen werden; gemeinsam gemachte Erfahrungen werden dabei helfen. Daß dabei eine klare und offene Sprache notwendig ist, versteht sich im Interesse der Sache von selbst.

Die KPD verteidigt auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Wir sprechen diesem Staat das Recht ab, Jugendliche zum Waffendienst zu zwingen!

Apel weg!

Tiefe Besorgnis hat ja inzwischen den Bonner Kriegsminister Apel erfaßt, weil die Ablehnung seines stramm militaristischen Kurses so deutlich und massiv zum Ausdruck kam, gerade als er mit seinen öffentlichen Jubelveranstaltungen die Volksverbundenheit der Truppe demonstrieren wollte. Er warnte öffentlich vor der „Zunahme einer pazifistischen Stimmung" — womit er generell die Ablehnung der Aufrüstung und Kriegshetze meint. Damit hat er allerdings die Widersprüche auch in den Reihen der eigenen Partei und ihrer Anhängerschaft nur noch weiter verschärft. „Beschämend für jeden aufrechten Sozialdemokraten!" so bezeichneten die Jusos das Auftreten des Ministers, der „mehr und mehr zu einer Belastung für die Glaubwürdigekit der SPD" werde. Die Jusos in Rheinland-Pfalz fordern seinen Rücktritt! Das muß man mit allem Nachdruck unterstützen!

Überall den Friedensplan diskutieren

Daß unsere Partei zum gemeinsamen Friedenskampf mit allen antimilitaristischen Kräften bereit ist, haben wir und besonders unsere Jugendorganisation, die Rote Garde, mit vielfältigen Aktionen bei den zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen gegen die Gelöbnisse ebenso bewiesen, wie durch unsere Mitarbeit in der „Berliner Friedenskoordination" und bei vielen anderen Angelegenheiten. **Wir sehen es als unsere Aufgabe an, allen Kriegsgegnern unseren Friedensplan nahezubringen und an allen Orten der Bundesrepublik und in Westberlin verstärkt in die Diskussion über seine Forderungen einzusteigen.**

Nach der Fusion MBB/VFW

Ein gigantischer Rüstungs- und Luftfahrtkonzern

MÜNCHEN.— Auf der Aufsichtsratssitzung bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) wurden am 16.1. die Weichen für die weitere Arbeit des Konzerns gestellt, der Ende letzten Jahres mit den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) fusioniert hatte, indem er deren sämtliche Geschäftsanteile erwarb.

Mit dieser Fusion ist ein nationaler Luft- und Raumfahrt- und Rüstungskonzern entstanden, der sich „mit allen vergleichbaren Unternehmungen im internationalen Maßstab messen kann", wie Unternehmer und Politiker stolz verkünden. Tatsächlich ist die Bundesregierung eine treibende Kraft bei dieser Entwicklung gewesen. Sie gehört zu den imperialistischen Ambitionen des Bonner Staates.


Panzerabwehrhubschrauber PAH 1

Das ganze Projekt, die Produktion selbst offensichtlicher Fehlproduktionen wie bei VFW-Flugzeugen, besonders aber der Bau des europäischen (besonders deutsch-französischen) Airbus, konnte nur laufen aufgrund staatlicher Investitionen und Kreditbürgschaften in Milliardenhöhe. (Investitionen etwa 2 Milliarden, Bürgschaften fast 3 Milliarden). Inzwischen hat sich die Airbus-Industrie, finanziell immer noch ein Zuschußgeschäft, zum zweitgrößten Hersteller von Passagierflugzeugen entwickelt und schiebt sich immer näher an Boeing heran. Aufsichtsratsvorsitzender bei Airbus ist Franz Josef Strauß. Zweitgrößter Anteilseigner bei MBB ist der Freistaat Bayern, die größten Anteile halten Siemens und Thyssen vor allem über die „Fides-Gruppe". Krupp — früher größter Anteilseigner bei VFW — erhielt etwa 10 Prozent nach der Fusion.

Der stellvertretende Geschäftsleiter bei MBB, Sepp Hort, sagte bereits 1979: „Es wird immmer wichtiger, daß wir Deutschen mit einer Stimme sprechen können, wenn man nämlich an die Entwicklung des Airbus-Programms, eines neuen taktischen Kampfflugzeugs und an andere Großprojekte denkt." Strauß war einer der glühendsten Befürworter der Fusion. Und die Bonner Regierung ließ auch bereits 1979 erklären: „... wir haben deutlich gemacht, daß wir erwarten, daß angesichts der Hilfe, die wir diesen Firmen geben, diesem Wunsch auch Rechnung getragen wird." Damals wurde als erster Schritt das niederländische Unternehmen Fokker von VFW getrennt und die Vereinigung der deutschen Unternehmen in die Wege geleitet.

MBB baut nicht nur Flugzeuge (sie ist auch am Tornado beteiligt), sondern auch Kampfhubschrauber, Panzerabwehrhubschrauber, Panzerabwehrwaffen, den Flugabwehrraketenpanzer Roland usw.

Wie alle Unternehmen dieser Bedeutung, besonders wenn sie an der Rüstungsproduktion beteiligt sind, braucht sich der neue Konzern keine Sorgen um die Abnahme seiner Produkte zu machen. Über 80 Prozent aller Bestellungen kommt von öffentlichen Auftraggebern.

Wiederaufnahmeverfahren im Reichstagsbrandprozeß (I)

„Das Gericht ist der bewußten Rechtsbeugung schuldig“

Freispruch für Marinus van der Lubbe

Am 15. Dezember 1980 erging in der „Wiederaufnahmesache Marinus van der Lubbe“ vor der 10. Strafkammer des Landgerichts Berlin ein bemerkenswerter Beschluß: *„Das durch den Beschluß des Landgerichts Berlin am 21. April 1967 bereits abgeänderte Urteil des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom 23. Dezember 1933 wird unter Freisprechung des Marinus van der Lubbe aufgehoben.*“ Erstmals erkannte ein bundesdeutsches Gericht an, daß das Urteil im Reichstagsbrandprozeß *„auf politischen Gründen beruht“*, daß in ihm *„nationalsozialistische Gedankengänge wirksam geworden“* sind und es deshalb als faschistisches Gesinnungsurteil in seiner Gesamtheit durch und durch unrechtmäßig ist.

Der Reichstagsbrandprozeß, gegen die Kommunisten Dimitroff, Taneff, Popoff und Torgler sowie den genannten van der Lubbe, eine von der Hitlerpartei inszenierte Provokation, bei der sie den Lumpenproletarier van der Lubbe als Werkzeug mißbrauchte, spielt eine zentrale Rolle beim Kampf der Nazis um die alleinige Macht und die Ausschaltung besonders des kommunistischen Widerstandes. Dieser der KPD angehängte Brand bildete den Auftakt zu den unerhörten Terrormaßnahmen der Faschisten.

Eine aktuelle Geschichtslektion

Wir wollen in diesem Artikel auf die Hintergründe und Auswirkungen des Westberliner Urteils eingehen, weil immer noch von einflußreichen Kreisen versucht wird, die Wahrheit über den Reichstagsbrand zu vertuschen und vor allem die Verantwortung der Nationalsozialisten zu leugnen. An dem Versuch, die Nazis in dieser Hinsicht reinzuwaschen, sind auch einflußreiche Presseorgane wie „Frankfurter Rundschau“ oder „Spiegel“ beteiligt. Für die Kommunisten, die antifaschistische deutsche Öffentlichkeit und im Ausland sogar für manche bürgerliche Medien war die Aussage des Westberliner Gerichts allerdings seit nunmehr über 46 Jahren klar.

Darüber hinaus ergeben sich aus der richtigen Beurteilung der faschistischen Justiz heute wichtige antifaschistische Kampfforderungen. Denn: Manch einer der Justizverbrecher lebt noch unter uns!

Es hat wahrlich lange gedauert, bis sich ein westdeutsches Gericht bereitfand, Berufskollegen aus der NS-Zeit die Rechtmäßigkeit ihres Tuns abzusprechen. Im Fall van der Lubbe laufen Verfahren schon seit 1955. Die erste Forderung des Bruders Johannes M. van der Lubbe, das Urteil nach dem Wiedergutmachungsgesetz von 1951 aufzuheben, wurde abgelehnt, weil die gesetzlich festgelegten Fristen verstrichen waren. Ein zweiter Vorstoß erfolgte, nachdem die Fristenregelung 1965 durch das Bundesentschädigungsgesetz aufgehoben wurde.

Danach wurde das Urteil des Nazi-Gerichtes allerdings nicht vollständig revidiert, sondern nur in eine achtjährige Haftstrafe umgewandelt, der Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte für den Toten rückgängig gemacht. Gegen eine Beschwerde des Generalbundesanwaltes bestätigte das Westberliner Kammergericht 1968 diesen Beschluß. In seiner Begründung übernahmen die Richter fast wörtlich Formulierungen aus dem faschistischen Urteil von 1933 und bescheinigten dem Leipziger Reichsgericht „sorgfältige Arbeit“, erkannten die Furcht vor einem „möglicherweise geplanten kommunistischen Aufstand“, der durch den Brand eingeleitet werden sollte, als begründet an und erklärten, es stehe fest, daß das Gericht keine „politische Zweckjustiz“ geübt oder „rechtsstaatliche Grundsätze verletzt“ habe!



Der brennende Reichstag

Heute allerdings sei man geneigt, „eine Alleintäterschaft des Betroffenen zu bejahen“. (Entgegen dem Versuch der Nazis, die KPD für die Tat verantwortlich zu machen.) — Auf diese Behauptung, die keinem anderen Zweck dient, als wenigstens den Schatten eines Verdachtes auf der KPD zu belassen, während die Faschisten auf jeden Fall freigesprochen werden, kommen wir noch zurück.

Im Urteil des Landgerichts Berlin vom Dezember 1980 wird nun die Beschwerdeschrift des Oberstaatsanwalts vollinhaltlich übernommen. Es wird darin im besonderen betont:

„Die Urteilsausführungen zum Vorwurf des Hochverrats (...) und der aufrührerischen Brandstiftung (...) zeigen, daß das Reichsgericht als Objekt des Angriffs nicht die Weimarer Reichsverfassung angesehen hat, sondern die nationalsozialistische Machtergreifung.“ Und: „Der Strafausspruch (Todesstrafe) stützt sich auf die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 und das Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 29. März 1933. Daß diese Vorschriften und das ihnen zugrundeliegende Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 der Sicherung der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Festigung des NS-Regimes (...) diente, steht gleichfalls außer Zweifel.“

Hier sei kurz an die Bedeutung der angeführten Gesetzmaßnahmen erinnert: Bereits am Tage nach dem Reichstagsbrand wurde, offensichtlich schon bereitliegend, das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ verabschiedet, das den politischen Ausnahmezustand für Deutschland verkündete, der bekantermaßen in der Zeit der faschistischen Herrschaft nie mehr aufgehoben wurde. Alle demokratischen Grundrechte, die in der Weimarer Verfassung noch geschrieben standen, wurden außer Kraft gesetzt. Göring selbst formulierte die Beweggründe wo: Es gehe nicht darum, Gerechtigkeit zu üben sondern „zu vernichten und auszurotten“. „Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, die kommunistische Gefahr zu überwinden und den Kommunismus auszurotten aus unserem Volke.“ (Rundfunkrede am 1.3.33)

Diese „Reichstagsbrandverordnung“ bestimmte auch die Todesstrafe für „Hochverrat“ und einige Gewalttaten, darunter Brandstiftung. Mit dem genannten Gesetz vom 29.3.33 wurden diese Bestimmungen für rückwirkend wirksam erklärt, so daß sie auch für Taten gelten konnten, die „zwischen dem 31. Januar und dem 28. Februar 1933 begangen“ wurden. Die Absicht war klar: Die beabsichtigte Hinrichtung aller Angeklagten im Reichstagsbrandprozeß sollte so einen Anstrich von Rechtmäßigkeit erhalten. — Dieser Trick schlägt selbst konservativer bürgerlicher Rechtsauffassung ins Gesicht.

Das neue Berliner Urteil **stellt klar fest, daß das Reichsgericht sich der „bewußten Rechtsbeugung“ schuldig gemacht hat.**

Als weiteres Beispiel dafür wird genannt, daß es dem international erhobenen Vorwurf nicht nachgegangen sei, daß „die Nationalsozialisten selbst am Reichstagsbrand maßgeblich beteiligt oder sogar dessen Urheber gewesen“ seien. Die Verdachtsmomente dafür aber **„müßten sich geradezu aufdrängen“.**

Ergänzend argumentiert das Urteil, daß auch eine tatsächliche Verantwortung van der Lubbes für die Brandstiftung keine Grundlage für eine Verurteilung darstellen könnte, weil eine solche Tat heute als Widerstandshandlung gewertet werden müßte — schließlich war der Reichstag seines Anspruches, Interessenvertretung des deutschen Volkes zu sein, offensichtlich beraubt. Das Urteil trifft also keine Aussage über den Grad der tatsächlichen Beteiligung des Holländers an der Brandstiftung.

Im Prozeß selbst aber hat Georgi Dimitroff die Beteiligung der Nazis und die direkte Verantwortlichkeit Görings herausgestellt. Er wies nicht nur die völlige Unschuld der Kommunisten an der Brandstiftung zwingend nach. Er blieb auch nicht dabei stehen, den Beweis zu führen, daß die Nazis die einzigen Nutznießer des Brandes waren, der eine unglaubliche Hetze folgte, um die bevorstehende Wahl am 5. März 1933 zu beeinflussen. Bei dieser Wahl wollten die Nazis die absolute Mehrheit gewinnen. Sie hatten feststellen müssen, daß der Höhepunkt ihres Masseneinflusses bereits überschritten war — die Novemberwahlen 1932 brachten ihnen einen Verlust von fast zwei Millionen Stimmen, während der Einfluß der KPD ständig stieg. Innerhalb des Regierungsbündnisses mit der Deutschnationalen Volkspartei gab es Differenzen über die Form der Diktatur. Bereits in der Nacht zum 28. Februar wurden 4000 Kommunisten verhaftet. Die Listen dafür lagen schon bereit. Eine legale Wahlpropaganda der KPD gab es nicht mehr, der Druck auf die Wähler war ungeheuer. Dennoch erreichte Hitler die absolute Mehrheit nicht. Daraufhin ließ er die KPD-Reichstagsfraktion auflösen und ihre restlichen Mitglieder auch verhaften, sofern sie nicht fliehen konnten.

Marinus van der Lubbe

Diese Funktion des Brandes stellte Dimitroff klar heraus. Aber er brachte auch den Beweis, daß die Nazis selbst den größten Teil des umfangreichen Brandes gelegt hatten — was für eine Einzelperson gar nicht möglich war —, wobei er sich auf allzu offenherzige Aussagen Görings stützen konnte. Zu Marinus van der Lubbe, der als angeblicher Kommunist (er hatte der KP Hollands angehört, die er später heftig bekämpfte, während er auch öffentlich seiner Sympathie für den Faschismus Ausdruck zu geben begann) den Beweis einer „Verschwörung“ liefern und den Pappkameraden darstellen sollte, auf den man sich einschoß, sagte Dimitroff:

Wer ist van der Lubbe?

„Der Oberstaatsanwalt Werner sagte hier, van der Lubbe sei Kommunist. Er sagte weiter, daß er, selbst wenn er nicht Kommunist ist, seine Sache doch im Interesse der Kommunistischen Partei und in Verbindung mit ihr machte. Das ist eine falsche Behauptung. Was ist van der Lubbe? Ein Kommunist? — Keineswegs. Ein Anarchist? — Nein! Er ist ein deklassierter Arbeiter, ein rebellischer Lumpenproletarier, eine mißbrauchte Kreatur, der gegen die Arbeiterklasse ausgespielt wurde. Nein, er ist kein Kommunist! Kein Anarchist! Kein Kommunist in der ganzen Welt, kein Anarchist wird sich vor Gericht so halten wie van der Lubbe. Die wirklichen Anarchisten begehen sinnlose Sachen, aber vor Gericht stehen sie Antwort und erklären ihre Ziele. Wenn irgendein Kommunist etwas dergleichen täte, so würde er nicht schweigen, wenn Unschuldige auf der Anklagebank sitzen. Nein, Lubbe ist kein Kommunist, kein Anarchist, er ist ein mißbrauchtes Werkzeug des Faschismus.“

So verhält es sich mit Marinus van der Lubbe.



Das zerstörte Reichstagsgebäude von innen

Veranstaltung der KPD

Aktiv für den Frieden kämpfen. Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD. Am Freitag, den 13.2.1981 um 19.00 Uhr im Haus der Jugend, Terrassensaal. Frankfurt-Sachsenhausen, Deutschherrnufer.

Demonstration

Die KPD-Ortsgruppe Mannheim ruft alle Freunde und Genossen auf, die Demonstration der VOLKSFRONT anläßlich des 30. Januars, dem Kampftag gegen Reaktion und Faschismus, zu unterstützen. Demonstration Mannheim am 31.1.1981. Beginn auf dem Neuen Meßplatz um 10.30 Uhr.

Antifaschistische Veranstaltung zum Kieler „Asche-Prozeß“

Aus Anlaß des 30. Januars, 48. Jahrestag der Machtergreifung der Hitler-Faschisten findet auf Initiative des „Arbeitskreises Asche-Prozeß“ und unterstützt von mehreren antifaschistischen Organisationen eine Veranstaltung statt unter dem Titel

Nie wieder Faschismus — NIE!

Das Hauptreferat hält die französische Antifaschistin

Beate Klarsfeld

3. Februar 1981 um 19.30 Uhr im „Legienhof“ (Gewerkschaftshaus Legienstraße)

Von Deutschland nach Deutschland —

Staatenlos

Korrespondenz aus Hamburg

Liebe Genossen,

zu Eurem Artikel „Diskussion um Staatsangehörigkeit" im „Roten Morgen" vom 16.1. habe ich eine kleine Ergänzung. Ihr schriebt, die Bundesregierung vertrete den Standpunkt: „es gebe eine ‚deutsche Staatsbürgerschaft', die für alle in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 lebenden Deutschen auch heute noch gelte. Und faktisch ist diese ‚deutsche Staatsbürgerschaft' identisch mit der der BRD".

Sicher ist dem so in 99,9 Prozent aller Fälle. Doch es gibt Ausnahmen. Und solch eine Ausnahme bin ich. Am 24. Juni 1959 erhielt ich ein Einschreiben der „Freien und Hansestadt Hamburg" in dem es hieß:

„Sehr geehrte Frau Aust! Nach hier vorliegenden Unterlagen haben Sie im Jahre 1956 Ihren Wohnsitz aus der sowjetischen Besatzungszone nach Hamburg verlegt. Sie sind zwar für die Hansestadt Hamburg gemeldet und haben damit einen Personalausweis erhalten. **Dieser Schritt reicht jedoch nicht aus, um Sie zum Bürger der Bundesrepublik Deutschland werden zu lassen."**

Vorausgegangen war dem folgendes. Anfang 1956 hatte ich, wegen vorausgegangener Heirat 1954, mein Mann wohnte in Hamburg, meinen Wohnsitz legal von Ostberlin nach Hamburg verlegt. Das heißt, ich hatte mich in der DDR ordnungsgemäß abgemeldet, meinen Personalausweis abgegeben, in Hamburg angemeldet und einen Personalausweis erhalten. Ich zog zu meinem Mann und nahm Arbeit auf. So weit, so gut, sollte man meinen.

Das dem nicht so war, erfuhr ich einige Wochen später. Ich erhielt von einem Amt für Heimatvertriebene und Flüchtlinge eine Aufforderung, mich zwecks eines „Notaufnahmeverfahrens" nach Uelzen zu begeben.

Offensichtlich brauchte man Flüchtlinge aus der DDR. Da ich weder Heimatvertriebene noch Flüchtling war, lehnte ich dieses Ansinnen ab. Daraufhin erhielt ich eine Art Spionagebogen zum Ausfüllen: wie lange in FdJ, in SED, welcher Verwandter in Volkspolizei, NVA, welcher Rang, wo stationiert usw. usf. Ich warf ihn in den Papierkorb. Das Ergebnis obiges Schreiben.

Seitdem bin ich wohl staatenlos. Kein Bürger der Bundesrepublik, kein Bürger der DDR. Ehrlicherweise sollte die Bundesregierung sagen: Es gibt eine deutsche Staatsbürgerschaft, die identisch ist mit der BRD, für alle in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 lebenden Deutschen außer solchen, die sich zum Kommunismus bekennen, die Marxisten-Leninisten sind. Womit man die DDR dann eingemeindet hätte. Denn auch dort sind heute leider Marxisten-Leninisten eine kleine Minderheit.

Waltraud Aust

2000 demonstrierten für die Hungerstreikenden

Leserbrief aus Hamburg

Liebe Genossen,

Am Samstag, den 17.1.81, fand in Hamburg eine Demonstration zur Unterstützung der Forderungen der am Hungerstreik beteiligten türkischen und deutschen Kollegen statt.

Diese Demonstration war der vorläufige Höhepunkt des Kampfes gegen Folter und Mord in der Türkei und zugleich eine Anklage an die Bundesregierung, die das faschistische Militärregime mit Waffen und Geld unterstützt.

An der Demonstration beteiligten sich knapp 2000 vor allem türkische, aber auch viele deutsche Kollegen. Aufgerufen dazu hatten die Hungerstreikenden, die türkischen Arbeitervereine, verschiedene Organisationen der Hamburger Linken sowie die KPD und auch die VOLKSFRONT. Die SPD und die FDP unterstützten die Demonstration zumindest durch zur Verfügung gestellte Lautsprecherwagen, auch wenn von ihren Mitgliedern kaum etwas zu sehen war. Verschiedene Bezirksverbände der SPD hatten sich mit den Forderungen der Hungerstreikenden solidarisiert.

Der Demonstrationszug mit den türkischen Kollegen an der Spitze marschierte durch die Innenstadt und zog dann weiter zum türkischen Konsulat, welches allerdings sehr weiträumig von der Polizei abgesperrt worden war. Die DKP zog es nach einer Zwischenkundgebung in der Innenstadt vor, nicht bis zum Konsulat mitzugehen — soweit reichte ihre Solidarität offenbar nicht mehr. Während der Demonstration wurden viele kämpferische Parolen gerufen wie „Tod dem Faschismus in der Türkei!", „NATO raus aus der Türkei!", „Die Militärs morden in der Türkei, die Bundesregierung hilft ihnen dabei!", „Hoch die internationale Solidarität" u.a.

Die Partei hatte mit einem eigenen Flugblatt in deutsch und türkisch zur Demonstration aufgerufen. Das Flugblatt wurde vorher vor wichtigen Betrieben und an Bahnhöfen verteilt.

Auf der Demonstration verkauften Genossen den „Roten Morgen" und verteilten die letzten Flugblätter.

In der Vorbereitung der Demonstration, der Erstellung des Flugblattes hat die Partei eng mit den Genossen der türkischen Bruderpartei zusammengearbeitet und auf der Demonstration selbst marschierte die Partei in einem Block mit unseren türkischen Genossen.

Die VOLKSFRONT hatte auch mit einem Flugblatt zur Demonstration aufgerufen und schloß sich mit eigenen Transparenten und Schi(ldern dem Block an.





Demonstration gegen Mord und Folter in der Türkei.

Demonstration für die Meinungsfreiheit

Volkskorrespondenz aus Osnabrück

Am 14. Januar demonstrierten in Osnabrück 600 Menschen für die Meinungsfreiheit und gegen die Versuche von Staatsanwaltschaft und Polizei, diese mit Gewalt zu unterbinden.

Der Anlaß waren die Polizeiaktionen gegen den ASTA der Universität, die sich gegen den Nachdruck von Anti-Papst-Satiren aus dem Magazin „Titanic" in der Studentenzeitung „Trabbel" richten. Gegen die Redakteure wird ermittelt wegen „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" und „Beschimpfung von Religionsgemeinschaften".

Bei verschiedenen ASTA-Mitgliedern wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, auch bei Mitgliedern der VOLKSFRONT. Sie wurden erkennungsdienstlich behandelt, ihre Eltern — deren Wohnungen auch durchwühlt wurden — von der Kripo ausgefragt.

Inzwischen gibt es Proteste gegen diese Vergewaltigung und Verfolgung der Meinungsfreiheit bis in die Kreise von SPD und FDP hinein.

Zu der Demonstration ist noch zu sagen, daß sie bei Sturm und Schnee stattgefunden hat, und daß deshalb die Teilnahme von 600 Menschen sehr gut ist.



Kundgebung vor dem Landgericht.

Todesschuß

Volkskorrespondenz aus Bremen

14. Januar 1981. Ich mache Hausarbeit und höre Radio Bremen. Da berichtet eine Moderatorin, daß der Staatsanwalt Jahnknecht gegen einen Toten ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes eingeleitet hat.

Was war passiert?

Im Herbst letzten Jahres wird die Polizei von einer Frau zu Hilfe gerufen. Ihr Mann leidet seit einiger Zeit an schweren psychischen Störungen und verhielt sich mal wieder sehr aggressiv. Die Frau hatte Angst.

Zwei junge Polizeibeamte erscheinen wenig später. Der kranke Mann hatte ein Messer in der Hand. Keiner kann mehr sagen, wie alles genau abgelaufen ist. Fakt ist, daß beide Polizeibeamte von Messerstichen verletzt wurden, einer tödlich. Der kranke Mann ist auch tot, von einer Polizeikugel ins Herz getroffen.

War es Notwehr?

Nun, damit haben wir ja so unsere Erfahrungen, was die Polizei alles unter Notwehr versteht. — Und warum wurde der Mann dann gleich getötet und nicht einfach kampfunfähig gemacht?

Nun, wie gesagt, keiner kann mehr so recht sagen, wie sich alles zugetragen hat. Aber ich habe da so meine Zweifel.

Den Rat, den man allen geben kann: ruft nicht die Polizei. Nicht in Familienstreitigkeiten, oder wenn ein psychisch Kranker sich wild gebärdet. Es ist nicht das erste Mal, daß in solchen Fällen diese Angelegenheiten durch Polizeikugeln erledigt wurden. Und nun noch das Ungeheuerliche, was wohl ziemlich einmalig in solchen Fällen sein dürfte.

Da hat dieser Staatsanwalt die Stirn, gegen diesen toten Mann, wegen Mordes zu ermitteln! Was soll der Mann dazu sagen? Er kann nichts mehr sagen, nichts zu seiner Verteidigung! Was sagt der Staatsanwalt dazu? „Es sei bekannt", so begann er zu lamentieren, „daß in der Bevölkerung die Meinung herrscht, die Polizei schieße zu schnell."

Ach?! Ach so, da muß also zur Rehabilitation der Polizei die Menschenwürde verletzt werden. Auch ein Toter ist da nicht unantastbar. Da gibt es kein Verfahren, weil er sich doch nicht mehr verteidigen kann, weil der Tote dann als Mörder bezeichnet werden kann. Unglaublich!

Außerdem gibt es da irgendeinen Paragraphen, der besagt, daß der Tod ein absolutes Hindernis für ein Verfahren ist. — Ja, laut Gesetz. Aber doch nicht für den Herrn Staatsanwalt Jahnknecht!

In der Sendung kam auch ein Jurist zu Wort, der das Vorgehen des Staatsanwaltes ablehnte und verurteilte. Ein Glück für uns, daß es noch solche Juristen gibt!



Die Sängerin Wilkie (Hanna Schygulla) auf dem Weg zum „Führer".

Massenstart in 100 Kinos

Kitsch mit Blut und Hakenkreuzen

Faßbinders Film „Lili Marleen"

„Lili Marleen" ist der Titel des populärsten Schlagers der Nazi-Zeit, einer sentimentalen Schnulze um einen Soldaten und sein Mädchen. Vom deutschen Wehrmachtssender Belgrad als Programmabschluß ausgestrahlt, wurden die Armeen der Hitler-Armee in ganz Europa allabendlich damit berieselt.

Um den Schlager und seine Sängerin Lale Andersen ist in der Nachkriegszeit eine Legende gerankt worden, die wissen will, daß jeden Abend — wenn „Lili Marleen" über den Äther kam — an allen Fronten die Waffen geschwiegen und die Soldaten auf beiden Seiten ergriffen vor den Radios gehockt hätten. Aus einer abfälligen Äußerung des Propaganda-Ministers Goebbels über den Schlager ist dann weiter konstruiert worden, die „Lili Marleen" wäre in Wahrheit ein fast schon subversives, antifaschistisches Lied gewesen, weil es so gar nicht in die Linie der Nazi-Schlachtgesänge paßte.

Der Sinn dieser Legendenbildung liegt auf der Hand: Hier soll die „unpolitische" Massenkultur der Nazidiktatur freigesprochen und ihren Produzenten nachträglich die Gloriole des Widerstands verliehen werden. Tatsächlich aber waren sich die Faschisten sehr wohl dessen bewußt, daß sie mit ihren vom Geist der Nazi-Barbarei durchtränkten Kriegsliedern oder Durchhaltefilmen nicht die breiten Massen erreichen konnten. Deshalb setzten sie bewußt auch scheinbar unpolitische Produkte des von ihnen kommandierten Propagandaapparates ein, mit denen die Massen über ihre wirkliche Lage hinweggetröstet und in irgendwelche Traumwelten entführt werden sollten.

Wenn man also schon die Schnulze „Lili Marleen" zum Gegenstand eines Films macht, so hätte gerade diese Legende aufgebrochen werden müssen. Faßbinder allerdings hat genau das Gegenteil getan. Er hat die Legende in schöne Bilder umgesetzt, die teilweise wie technisch brillant aufgeputzte Szenen aus den UFA-Filmen der Nazi-Zeit anmuten. So etwa, wenn er mit Glanz und Sinn für Effekte die Gala-Veranstaltungen der Nazis nachempfindet. Wie da Hanna Schygulla, Faßbinders Star, vor einem überdimensionalen Modell des Volksempfängers posiert oder vor einer riesigen Hakenkreuz-Fahne hinunter auf die Bühne des Berliner Sportpalastes schreitet, um die „Lili Marleen" zu trällern — das ist schon gekonnt. Die Show-Experten aus Goebbels Propaganda-Ministerium wären vor Neid erblaßt.

Auch für den Empfang der Sängerin Lale Andersen (im Film heißt sie Wilkie) beim „Führer" hat sich Faßbinder etwas besonderes einfallen lassen. Zuerst einmal wird der Zuschauer durch die einfühlsam aufgenommene bombastische Innenarchitektur der Reichskanzlei in die richtige Stimmung versetzt. Und als sich dann die Tür zum Allerheiligsten öffnet und Wilkie in das Gemach des „Führers" eintritt, bricht daraus ein gleißendes Sonnenlicht hervor.

Das alles wird ohne jede Distanz, ohne jeden Anflug von Ironie ins Bild gesetzt. Es erinnert fatal an die Parteitagsfilme der Nazi-Regisseurin Leni Riefenstahl. Noch schlimmer wird es, wenn Faßbinder den Krieg in sein Spektakel mit einbezieht. Da gibt es zunächst einmal die Soldaten, die in Unterständen oder U-Bootkammern mit tränenfeuchten Augen den Übertragungen der „Lili Marleen"-Schnulze lauschen, Szenen, die in ihrem rührseligen Kitsch kaum noch zu überbieten sind.

Und dann gibt es auch noch die sogenannte Wirklichkeit des Krieges. Die sieht dann so aus: Faßbinder inszeniert eine Parallelmontage mit schnellen Schnittfolgen. Man sieht die Sängerin Wilkie, die gerade ihr Lied beendet hat und mit Blumen aus dem Publikum überschüttet wird. Dazwischen sind Bilder von detonierenden Granaten, von zerfetzten, durch die Luft wirbelnden Menschenleibern geschnitten. Das sagt aber tatsächlich über die Grausamkeit des faschistischen Krieges nicht das Geringste aus. Es entsteht unter Faßbinders Regie vielmehr eine zynische Orgie von Schnulzenkitsch und Blut.

Der Film ist voll von solchen Perversionen. Erwähnt werden soll hier nur noch die Behandlung des antifaschistischen Widerstands, der in „Lili Marleen" zum Räuber-und-Gendarm-Spiel nach dem Muster von Fernsehkrimis degradiert wird und wo ausgerechnet Faßbinder selbst in seinem berühmten Gammellook mit Ledermantel und Sonnenbrille den Chef einer Widerstandsgruppe mimt.

Es nimmt nicht Wunder, daß dieses Machwerk von dem Strauß-Freund Luggi Waldleitner produziert wurde. Mit 10 Millionen Mark Entstehungskosten ist es der teuerste Film, der in der BRD je hergestellt worden ist. Nach amerikanischem Muster hat Waldleitner den Streifen in einem Massenstart mit 100 Kopien in die Kinos gedrückt. Und offenbar ist „Lili Marleen" auch von vornherein für einen Einsatz auf dem internationalen Makrt produziert worden. Bleibt nur zu hoffen, daß die Kalkulationen seiner Hersteller nicht aufgehen und „Lili Marleen" ein ebensolcher Reinfall wird wie Faßbinders Serie „Berlin Alexanderplatz".

Klaus Manns Roman „Mephisto"

Der Weg eines Karrieristen

1936 geschrieben — bis heute verboten.

Gegenwärtig hat eine besondere Form der „Auseinandersetzung" mit der faschistischen Vergangenheit Konjunktur. Es geht um die Frage, wie sich die während der Nazi-Zeit beliebten Künstler mit dem Faschismus arrangiert haben. Faßbinder hat sich der Biographie des Schlagerstars Lale Andersen angenommen und daraus den unerträglichen Film „Lili Marleen" gemacht (siehe Artikel auf dieser Seite). Der Theaterregisseur Peter Zadek hat das Schicksal des Schriftstellers Hans Fallada mit Szenen aus dessen Roman „Jeder stirbt für sich allein" und einer Porno-Show voller ausgesuchter Geschmacklosigkeiten zu einer Bühnenrevue verquirlt.

War es die gute Nase für den Trend? Oder war es Zufall? Just in diesen Wochen hat der Rowohlt-Verlag Klaus Manns Roman „Mephisto" herausgebracht, der das nämliche Thema behandelt: Die Karriere eines Künstlers im Dritten Reich. Daß dieses Buch aus dem Stand heraus in die Besteller-Liste vorgedrungen ist, muß aber nicht unbedingt allein auf den Trend zurückzuführen sein. Es hat mit dem „Mephisto" nämlich noch eine besondere Bewandnis. Dieser 1936 geschriebene Roman ist zwar in der DDR oder in der Schweiz längst veröffentlicht, in der Bundesrepublik aber nach wie vor verboten. Das Bundesverfassungsgericht höchstpersönlich hat in einem Urteil aus dem Jahre 1971 diesen Akt der Zensur bestätigt.

Anlaß für das Verbot war die Klage von Peter Gorski, dem Adoptivsohn und Erben des Schauspielers und Regisseurs Gustav Gründgens. Gorski wollte in Hendrik Höfgen, der Hauptperson von Manns Roman, Gründgens erkannt haben und fand dessen Ansehen darin herabgesetzt. Das reichte also schon hin für die Totalzensur des „Mephisto". Das Verbot besteht nach wie vor, und die Veröffentlichung des Buches durch Rowohlt ist somit illegal. Sicher hat der Verlag damit eine geschäftliche Kalkulation verbunden. Aber es ist gut, daß der „Mephisto" endlich auch in den Buchläden der BRD zu haben ist, schon deshalb, weil er sich von den oben genannten Machwerken grundlegend unterscheidet.

Klaus Mann ist ein Sohn des großen bürgerlichen Schriftstellers Thomas Mann. Wie sein Vater ging er nach der Machtergreifung der Nazis ins Exil, wo er an hervorragender Stelle in der antifaschistischen und Volksfrontbewegung aktiv war. Im Exil ist auch der „Mephisto" entstanden, einer der ersten deutschen Romane, die sich mit den Verhältnissen im faschistischen Deutschland beschäftigten. Er behandelt den Aufstieg eines Schauspielers als „Symbol eines durchaus komödiantischen, zutiefst unwahren Regimes." Der als Satire angelegte Roman beginnt mit der Darstellung eines großen Empfangs in der Berliner Oper, der die Hauptperson Hendrik Höfgen auf dem Höhepunkt ihrer Karriere als Intendant des Staatstheaters zeigt. Klaus Mann bezieht in die Darstellung auch die führenden Personen des Nazi-Regimes, wie Göring und Goebbels, selbst ein.

Es gelingt Klaus Mann sehr gut, die pompöse Verschwendungssucht, die Korruption und die intrigante Bösartigkeit der Nazi-Bonzen zu entlarven und sie der Lächerlichkeit preiszugeben. Er versteht es aber auch, durch Gesprächsfetzen und eingeschobene Kommentare beim Leser ständig das Bewußtsein wach zu halten, daß hier nicht nur erbärmliche Komödianten agieren, sondern auch Verbrecher größten Stils.

Von dem Empfang im Opernhaus wird zurückgeblendet auf den Beginn und die Entwicklung der Karriere des Hendrik Höfgen. Und zweifellos: Es ist der Lebensweg Gustav Gründgens, der hier in groben Zügen nachvollzogen wird. Wobei Klaus Mann aber nicht nur auf ihn, sondern — wie er selber sagte — auf einen bestimmten sozialen Typus zielte. Es ist der Künstler als Opportunist, der sich bedenkenlos den jeweiligen Verhältnissen anpaßt, der alle Menschen, die seinen Lebensweg kreuzen, nur unter dem Gesichtspunkt der Förderung seiner Karriere sehen kann.

Dabei ist Höfgen durchaus kein „unpolitischer" Künstler. Klaus Mann zeigt ihn als einen Mann, der in der Weimarer Republik zeitweilig — und in der Konsequenz allerdings unverbindlich — mit dem revolutionären Theater liebäugelt. Der genau weiß, was die Machtergreifung des Faschismus bedeutet, sich aber trotzdem mit vielfältigen Rechtfertigungsgründen mit ihm arrangiert und schließlich zum Hofnarren der Göring und Co. verkommt.

Den satirischen Ansatz hat Klaus Mann nicht durchhalten können. Das liegt in erster Linie an dem tiefen (und durchaus gesunden) Haß, den er seinem Gegenstand entgegenbringt und der die satirische Form immer wieder sprengt. Dieser Form entkleidet, wirkt dann allerdings die Gestaltung seiner Personen oft etwas vereinfacht. Das gilt zum Beispiel für die Darstellung der Familie von Höfgens Schwiegervater, dem Geheimrat Bruckner (in ihm kann man unschwer Thomas Mann erkennen, dessen Tochter Erika zeitweilig mit Gründgens verheiratet war). Die Bruckner-Familie in ihrem bürgerlichen Humanismus wird hier allzu widerspruchslos als Gegenwelt zu Höfgen und seinesgleichen aufgebaut, ohne daß herausgearbeitet worden wäre, daß auch dieser bürgerliche Humanismus trotz all seiner Verdienste vor dem Heraufkommen des Faschismus versagt hat.

Man spürt aber dennoch aus diesem Roman heraus, wie stark Klaus Mann von der Volksfront-Politik beeinflußt war. Nicht nur, daß er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen den Faschismus über alle sonstigen Differenzen hinweg herausstellt. Wenn er auch nicht den Kampf der Arbeiterklasse in seine Gestaltung mit einbezieht, so hat er doch als den mutigsten und kompromißlosesten Antifaschisten unter den Theaterleuten den kommunistischen Schauspieler Otto Ulrichs dargestellt und dadurch indirekt auch den opfervollen Kampf der Partei der Arbeiterklasse gewürdigt.

Trotz mancher Schwächen ist der „Mephisto" ein Buch, das man auch heute noch — oder heute gerade wieder — mit Gewinn lesen kann.

Klaus Mann: Mephisto, rororo 4821, 7,80 DM.



Empfang bei Göring. Ganz links Intendant Gründgens.

Tucholskys Bestes

„Deutschland, Deutschland über alles" ist ein Bilderbuch, eine Gemeinschaftsarbeit des Schriftstellers Kurt Tucholsky und des Graphikers John Heartfield. Der Rowohlt-Verlag hat dieses 1929 erschienene Buch in einem fotomechanischen Nachdruck als Taschenbuch herausgegeben.

Eine Unzahl von Fotografien hat John Heartfield für diesen Band zusammengesucht, manchmal hat er dem Material durch geschicktes Montieren den richtigen Pfiff gegeben. Tucholsky hat Texte dazu geschrieben, manchmal direkt als Kommentare zu den Bildern. Das Thema ist Deutschland. Die Republik von Weimar wird in all ihren Erscheinungen durchleuchtet. Und durchweg sind es die Schattenseiten, die Tucholsky mit seiner polemischen Feder, die bis heute ihresgleichen sucht, sichtbar macht: das Elend der werktätigen Massen etwa und dagegengestellt die satte Zufriedenheit des Bürgertums.

Mit Gedichten, Glossen und längeren Satiren geht Tucholsky dabei vor allem mit dem Militarismus und der Klassenjustiz ins Gericht, warnt er vor der faschistischen Gefahr. So entsteht zwar auf der einen Seite ein scharf ausgeleuchtetes Panorama der Weimarer Republik. Auf der anderen Seite aber sind die hier dargestellten Zustände und Charaktere durchaus immer noch von unmittelbarer Aktualität.

„Deutschland, Deutschland über alles" ist Tucholskys bestes und reifstes Werk. Es spiegelt deutlich die vollständige Enttäuschung seiner anfänglichen Illusionen in den Weimarer Staat und damit die bürgerliche Demokratie wider. Eine Enttäuschung, die sich jedoch nicht als weinerliche Resignation äußert, sondern ihren kämpferischen Ausdruck in einer aktiven Parteinahme für die Sache der Arbeiterklasse findet. (Wobei Tucholsky dann auch nicht mit beißender Polemik gegen die Führer der SPD spart). So ist es auch kein Zufall, daß dieses Buch damals nur in einem Verlag der KPD erscheinen konnte.

Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland über alles. rororo 4611. 7,80 DM.



Gegen Reagans Absicht, in El Salvador militärisch einzugreifen, demonstrierten am Dienstag 2 000 Menschen in Freiburg.

Reagans Amtsantritt

„Kopf hoch, Amerika!“

Daß der Ex-Hollywoodstar Reagan die Feiern anläßlich seines Amtsantritts zu einer Show machen würde, war von vornherein abgemacht. Was dann aber über Tage hinweg in Washington abrollte, war in jeder Hinsicht eine Provokation — und das nicht nur für die amerikanischen Werktätigen.

Einmalig selbst für US-Verhältnisse war die Prachtentfaltung, der Pomp, mit dem diese Feiern ausgestattet waren. Da erinnerte nichts mehr an den Amtsvorgänger Carter, der sich zu Beginn seiner Zeit als Präsident ja gerne volksnah und bescheiden gegeben hatte. Bei den insgesamt neun Bällen, auf denen sich Reagan und Frau feiern ließen, trugen das Präsidentenpaar und ihre großbürgerlichen Gäste ungeniert allen Reichtum und Luxus zur Schau. Die Durchführung der Feiern hat übrigens insgesamt die gewaltige Summe von umgerechnet 2,2 Millionen Mark gekostet.

Zur gleichen Zeit leben Millionen Menschen in den USA in Armut. Die amerikanischen Werktätigen haben in der letzten Zeit Jahr für Jahr Einbußen ihres Realeinkommens hinnehmen müssen. Die Arbeitslosenquote ist zu Beginn des Jahres auf 7,4 Prozent hochgeschnellt (allein in den ersten drei Monaten des Vorjahres verloren zusätzlich 1,7 Millionen Werktätige ihren Arbeitsplatz). Die Preissteigerungen galloppieren, mit 13 Prozent gegenwärtig haben sie die höchste Rate seit 60 Jahren.

Ronald Reagan aber entfaltete einen Pomp, den selbst bürgerliche Zeitungen mit dem von feudalen Herrschern vergangener Zeiten verglichen. Arrangiert wurden die Galaabende für das Ehepaar Reagan von dem Mafia-Mann Frank Sinatra, mit dem frühere Präsidenten nicht gerne zusammen gesehen werden wollten. Aber ein Ronald Reagan, der sich in seinem Wahlkampf auch von faschistischen und rassistischen Banden unterstützen ließ, hat offenbar auch keine Scheu, sich zum organisierten Gangstertum in den USA zu bekennen.

Es gab auch eine offizielle Hymne für die Amtseinführung. Sie wurde bezeichnender Weise von einem ehemaligen Staatssekretär aus dem Kriegsministerium komponiert und trägt den programmatischen Titel: „Kopf hoch, Amerika!“ Dieses Lied hat wohl alle Chancen, zum Schlachtgesang des neuen, von den reaktionärsten Elementen des Monopolkapitals angefachten amerikanischen Chauvinismus zu werden. Die USA werden darin mit einer „leuchtenden Stadt auf dem Hügel“ verglichen. Und jeder religiös geschulte Amerikaner weiß, daß damit das „neue Jerusalem“ gemeint ist, das zur Erlösung der Welt berufen ist.

Und genau das ist ja auch Reagans Standardthema. Er schlug es schon vor Jahren an, als er sagte: „In unsere Hände hat Gott das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt.“ In seiner Antrittsrede wurde er dann noch deutlicher: Die „Vorsehung“ habe Amerika zur stärksten Macht der Welt bestimmt. **Das kann einem schon kalte Schauer über den Rücken laufen lassen, wenn man bedenkt, daß sich 1933 ein anderer Führer ebenfalls auf die „Vorsehung“ berufen hat, die ihn zum Beglücker der Menschheit gemacht hätte.**

Reagan machte in seiner Rede denn auch klar, daß die USA unter seiner Führung sich nicht nur einfach als „Leuchtturm der Hoffnung“ für die ganze Welt empfinden solle. Sie müsse auch überall auf der Welt daran gehen, die armen vom Kommunismus und Terrorismus bedrohten Menschen zu befreien. Keine Halbherzigkeiten mehr, wie sie von Carter und auch von dessen Vorgängern am laufenden Band produziert wurden! Wie das zu verstehen ist, das haben Reagans Berater in den letzten Monaten in aller Deutlichkeit dargelegt: Man hätte sich nicht auf die sogenannte Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion einlassen dürfen; man hätte dem Sturz des Schah-Regimes im Iran nicht zusehen dürfen; während der Periode des OPEC-Ölboykotts hätten die Ölfelder militärisch besetzt werden müssen, usw. usf.

Reagan will das also alles anders machen. Als eines der ersten Vorhaben in seiner Amtszeit hat er die Ausarbeitung einer „Strategie gegen den Terrorismus“ angekündigt. Und er ist dabei, sich auch das Instrumentarium zu schaffen, mit dem er die „bedrängte Menschheit“ beglücken will. **Die diesjährigen Rüstungsausgaben werden die höchste Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr haben, die jemals in Friedenszeiten erreicht worden ist. Allein in den nächsten fünf Jahren werden sie die schier unglaubliche Summe von 1,5 Billionen umfassen. Wer sich darunter nichts vorstellen kann: Das sind 1 500 Milliarden Dollar.**

Und all die Panzer, Flugzeugträger und Bomber, die mit diesen Summen beschafft werden sollen, sind natürlich nicht dazu da, daß sie nur irgendwo herumstehen. Reagans Außenminister Haig hat ja kürzlich in aller Offenheit gesagt, es gebe „wichtigere Dinge, als in Frieden zu leben“. Nämlich — das sagte Haig allerdings nicht dazu — die ganze Welt unter die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus zu bringen. Und wenn das zum Krieg mit der anderen imperialistischen Supermacht führt? Na, wenn schon! Auch der Präsident persönlich, das hat er bei der Amtseinführung bestätigt, ist ein Mann, **der „nicht an den Frieden um jeden Preis glaubt“.**

Was es mit dem erwähnten Kampf gegen den „Terrorismus“ auf sich hat, der jetzt organisiert in Angriff genommen werden soll, so schwieg sich Reagan über dessen Inhalt noch aus. Man braucht aber wahrlich nicht viel Phantasie, sich diesen Kampf konkret auszumalen. Es genügt, sich die oben angeführten Äußerungen der Reagan-Leute über die „Fehler“ früherer Präsidenten ins Gedächtnis zu rufen. Oder Reagan selbst zu hören, der jetzt noch nachträglich dem Iran den Krieg erklärte, indem er die freigelassenen Spione aus der Teheraner US-Botschaft zu „Kriegsgefangenen“ erklärte.

Über den künftigen Kampf gegen den „Terrorismus“ wurden zudem auch schon die ersten Witzchen gemacht. Da trat etwa bei der Galaveranstaltung in Washington auch der „Komiker“ Bob Hope auf, der sich heute noch gerne an die guten alten Zeiten erinnert, wo er den Unterhalter für die amerikanischen Aggressionstruppen in Vietnam gemacht hat. Hope gab folgendes Witzchen zum besten: „Mit Johnson mußte man vorsichtig sein. Einmal habe ich etwas Falsches gesagt, da habe ich mich in Vietnam wiedergefunden. Wie ich höre, soll El Salvador ziemlich heiß sein.“ Reagan und Gattin bogen sich vor Lachen. Gestern in Vietnam, morgen werden die Ledernacken in El Salvador morden. Und das wird dann dem Umstand zu verdanken sein, daß Gott höchstpersönlich das Schicksal der bedrängten Juntas und Blutregime überall auf der Welt in die Hände von Ronald Reagan gelegt hat.

Bei seinem eigenen Volk hat sich der neue amerikanische Präsident auch schon mit einer kraftvollen Tat eingeführt. Kaum waren die rauschenden Ballnächte von Washington vorüber, verfügte Reagan als seine erste Amtshandlung einen generellen Einstellungsstopp für alle Bundesbehörden. Ausgenommen davon sind natürlich Soldaten aller Gattungen; die werden ja — siehe oben — noch gebraucht. Diese Aktion war jedoch erst der Anfang, jetzt soll es dem gesamten öffentlichen Dienst an den Kragen gehen. Denn was ein von der „Vorsehung“ zur Weltmacht bestimmtes Amerika nicht braucht, das sind Lehrer, Feuerwehrleute, Krankenhauspersonal und anderes mehr.

Reagans Wirtschaftsprogramm ist ja überhaupt sehr einfach und ähnelt in vielen Teilen dem, das bei uns Strauß für seinen Wahlkampf formuliert hatte: Er will weniger Staat und weniger Bürokratie und stattdessen den Kräften des Marktes wieder die völlige Entfaltungsfreiheit zurückgeben. Über konkrete Dinge hat sich Reagan in seinem Wahlkampf wohlweislich weitgehend ausgeschwiegen. **Sein Programm wird sich aber sehr bald als ein wohl auch in der Geschichte der USA einmaliger Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen entpuppen.** Denn „weniger Staat“, das bedeutet im Klartext nichts als das rigorose Zusammenstreichen aller staatlichen Ausgaben, die im Interesse der Werktätigen sind. Der Einstellungsstopp war schon ein Teil dieses Programms und eine geplante Kürzung der Ausgaben im Sozialbereich um 13 Milliarden Dollar hat Reagan immerhin schon selbst angekündigt.

Wohin der Karren läuft, das haben wiederum seine Berater deutlicher gesagt als der Präsident. Zwei Stimmen wollen wir hier zum Abschluß zitieren, die übrigens in Springers „Welt am Sonntag“ lobend hervorgehoben wurden.

Berater Martin Anderson: „Slums gibt es nur, weil die Mieten gestoppt sind.“

Berater Arthur Laffer: „Warum ist Kinderarbeit eigentlich verboten?“ Ja, warum eigentlich? Ein solches Verbot oder auch die administrativen Mietbegrenzungen — das ist wahrhaftig zuviel Staat. Und schließlich sollen doch auch die Kinder ihren bescheidenen Anteil daran haben dürfen, die USA wieder stark und mächtig zu machen, so wie die Vorsehung es will.

„Kopf hoch, Amerika!“

Meldungen

Grußadresse zum 5. Jahrestag der Sektion DDR

Zum 5. Jahrestag der Gründung der Sektion DDR unserer Partei schickte die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten eine Grußbotschaft, in der es unter anderem heißt:

„Wir, die wir Eure kontinuierliche und opfervolle Pionierarbeit verfolgt haben, beglückwünschen Euch zu den großen Ergebnissen, die Ihr erreicht habt und begrüßen Euren Kampf aus vollem Herzen.

Die kapitalistisch-revisionistische Welt erlebt eine tiefe Krise, aus der sie nie herauskommen wird. Sowohl in den kapitalistischen wie auch in den revisionistischen Ländern nehmen die Arbeiterklasse und die Völker den Klassenkampf auf gegen die Versuche der Bourgeoisie, die Lasten der Krise auf den Rücken der werktätigen Menschen abzuwälzen, gegen die Kriegsvorbereitungen und die Kräfte des Faschismus und der Reaktion.

Euer mutiger Kampf ist ein lebendiger Beweis dafür, daß sich das Proletariat der DDR niemals mit der verfaulten revisionistischen Diktatur, mit der Wiederherstellung des Kapitalismus ausgesöhnt hat, sondern daß es kämpfen wird mit dem Ziel, wieder einen wirklichen sozialistischen Staat aufzubauen, das deutsche Proletariat und die arbeitenden Massen im Osten und Westen in einem freien, unabhängigen und sozialistischen Deutschland unter der Diktatur des Proletariats wieder zu vereinigen.“

Bernadette Devlin ringt mit dem Tod

Als sehr ernst bezeichneten Ärzte in Belfast noch am Wochenende den Zustand der bekannten irischen Patriotin Bernadette Devlin. Sie war in der vergangenen Woche Opfer eines barbarischen Anschlags faschistischer Elemente geworden.

Die Terroristen hatten die Telefonleitung zum Haus der



Patriotin gekappt, die Tür mit Äxten eingeschlagen und vor den Augen ihrer Kinder das Feuer auf Bernadette Devlin und ihren Mann (er ist inzwischen außer Lebensgefahr) eröffnet. Die Polizei hat in Nordirland mittlerweile drei Verdächtige festgenommen, die den probritischen „Kommandos Rote Hand“ angehören, einer Terrorgruppe, die in engen Beziehungen mit den bekannteren faschistischen Banden „Ulster Defence Association“ und „Ulster Volunteer Force“ steht. Gemeinsames Ziel all dieser Gruppen ist, mit blutigem Mordterror den Widerstand der Werktätigen in Nordirland gegen das britische Besatzerregime zu unterdrücken.

Bernadette Devlin wurde 1968 als Sprecherin der Patrioten in Nordirland auch über die Grenzen ihrer Heimat hinaus bekannt. 1969 zog sie als jüngste Abgeordnete in das britische Unterhaus ein, wo sie sich der damals oppositionellen Labour-Fraktion anschloß, ohne allerdings auf eine Kritik an der proimperialistischen Nordirland-Politik von Labour zu verzichten. Im gleichen Jahr wurde sie von einem britischen Gericht wegen „Anstiftung zum Aufstandsversuch“ veruteilt und kam das erste Mal ins Gefängnis.

1972, nach dem von britischen Truppen in der nordirischen Stadt Londonderry angerichteten Massaker — ,3 Demonstranten wurden ermordet — griff sie den für das Blutbad verantwortlichen Innenminister an und schlug ihn ins Gesicht. Wegen der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration wurde sie im gleichen Jahr zum zweiten Mal verurteilt.

Offenbar aus Widerspruch zu bestimmten Aktionsformen der IRA hatte sich Bernadette Devlin längere Zeit aus öffentlichen Funktionen für die patriotische Bewegung zurückgezogen. In den letzten Wochen jedoch war sie wieder aktiv geworden, als Sprecherin des Unterstützungskomitees für die hungerstreikenden IRA-Gefangenen. Der Terroranschlag war offensichtlich die blutige Rache der Faschisten für diese Tätigkeit.

London kündigt Super-Rüstungshaushalt an

Der neue britische Kriegsminister Nott hat in einer programmatischen Rede vor dem Parlament angekündigt, daß sich seine Regierung den amerikanischen Forderungen nach einer Rüstungssteigerung von jährlich real drei Prozent uneingeschränkt beugen werde. Den Kriegshaushalt für das laufende Jahr bezifferte Nott auf die Rekordsumme von 12,25 Milliarden Pfund, das sind umgerechnet 59 Milliarden Mark. Damit liegt dieser Rüstungshaushalt um real acht Prozent über dem von der letzten Labour-Regierung verabschiedeten.

Nott kündigte außerdem an, daß die britische Regierung an den großen Rüstungsprogrammen (Trident-U-Boote, Tornado-Kampfflugzeuge, Challenger-Panzer) uneingeschränkt festhalten wolle. Die oppositionelle Labour-Fraktion beteiligte sich nicht an der Debatte im Unterhaus. Die Partei hatte auf ihrem letzten Kongreß deutliche Zugeständnisse an die starke britische Friedensbewegung gemacht, indem sie unter anderem die Forderungen nach einem Abzug aller amerikanischen Atomwaffen und nach einem Stopp des Trident-Programms übernahm.

US-Spione freigelassen

Reagan droht dem Iran

Von den Medien der ganzen westlichen Welt — vor allem natürlich denen der USA — wurde die Ankunft der freigelassenen Botschaftsangestellten in Frankfurt zum Anlaß für Haßorgien gegen den Iran genommen, wie man sie schon lange nicht mehr erlebt hat.

Reagan selbst heizte die chauvinistischen Haßausbrüche an, indem er die Freigelassenen als Kriegsgefangene bezeichnete, damit faktisch also dem Iran den Krieg erklärte. In Frankfurt waren zum Empfang amerikanische Besatzersoldaten in Zivil und in Uniform aufgeboten worden, die gleich die praktischen Konsequenzen aus den Drohungen ihres Präsidenten zogen. In Parolen und auf Hetzplakaten forderten sie die „Bestrafung" des Irans und den militärischen Schlag gegen die Teheraner Regierung.

Bei solcher Hetze durfte hierzulande natürlich auch die „BILD"-Zeitung nicht fehlen. Den Springer-Leuten stand mal wieder der Schaum vor dem Mund. Tagelang wurde mit reißerischen Schlagzeilen („Geiseln unvorstellbar gefoltert") antiiranische Stimmung geschürt. Am vergangenen Freitag endete die „Geisel"-Sonderseite der „BILD"-Zeitung dann mit der — als Volksmund getarnten — Aufforderung: **„Okay, die Geiseln sind da. Jetzt sollten wir die Gegend mit Atombomben pflastern."**

Angesichts dieser verbrecherischen Hetze zum Völkermord muß man sich noch einmal die wirklichen Tatsachen ins Gedächtnis rufen. Es sind doch die amerikanischen Imperialisten gewesen, die jahrzehntelang das ganze iranische Volk als Geisel genommen hatten. **Sie haben durch die Machenschaften ihres berüchtigten Geheimdienstes CIA den Massenmörder Pahlevi auf den Pfauenthron gesetzt und mit dessen Hilfe den Iran in ein riesiges Völkergefängnis verwandelt.** „Unvorstellbare Folterungen" — die gab es in den Gefängnissen des SAVAK, wo Tausende von Demokraten und Patrioten systematisch zu Tode gequält wurden. Von denen aber, die jetzt gegen Khomeiny hetzen, sind diese Verbrechen stets gebilligt worden.

Was die amerikanische Botschaft in Teheran betrifft, so hat der „Rote Morgen" in der Vergangenheit wiederholt eindeutige Beweise veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß sie tatsächlich das Spionagenest, die Verbrecherzentrale war, als die sie von den Iranern bezeichnet wird. Nicht nur, daß diese Botschaft in den Jahren der faschistischen Diktatur die wirkliche Kommandostelle im Iran war, von der aus auch der mörderische SAVAK angeleitet wurde. Sie war auch das Zentrum der vielfältigen Versuche, die sich entwickelnde iranische Revolution im Blut zu ersticken.

Zur Erinnerung nur zwei Fakten dazu: Im Januar 1979, auf dem Höhepunkt der revolutionären Erhebung, wurde der unmittelbare Untergebene des heutigen Außenministers Haig, der General Huyser, in die Teheraner Botschaft beordert. Selbst amerikanische Zeitungen haben inzwischen das Ziel der Huyser-Mission offen benannt: Innerhalb der zerfallenden iranischen Armee die US-treuen Elemente unter den Offizieren zu sammeln und sie zum militärischen Schlag gegen die Volksbewegung zu führen. **Und noch nach der Rückkehr Khomeinys in den Iran stellte Carters Sicherheitsberater Brzinzki dem Teheraner Botschafter Sullivan telefonisch den Befehl durch, Huysers Mission zu Ende zu führen und endlich den konterrevolutionären Putsch zu organisieren.**

Die iranische Regierung hat nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft die dort aufgefundenen Dokumente veröffentlicht, aus denen eindeutig hervorgeht, daß diese Botschaft über die hier angeführten Beispiele hinaus noch in unzählige andere Verschwörungen verwikkelt war (einschließlich des Versuchs, Khomeiny zu ermorden). Der Schlag gegen diese Spionagezentrale war also nur zu berechtigt. Und richtig ist auch, daß zumindest ein Teil der gefangen-gesetzten Botschaftsangehörigen — mit Geschäftsträger Laingen an der Spitze — durch ihre Teilnahme an den konterrevolutionären Komplotten Verbrechen am iranischen Volk begangen haben.

Die Teheraner Regierung hat dennoch darauf verzichtet, diesen Leuten den Prozeß zu machen. Sie hat stattdessen an Washington eine Reihe von Forderungen gestellt, die im vergangenen September von Khomeiny noch einmal präzisiert wurden: Eine Verpflichtung der USA, sich künftig nicht mehr in die inneren Verhältnisse des Iran einzumischen; die Rückgabe der in den USA eingefrorenen iranischen Guthaben; die Rückgabe der vom Schah gestohlenen Reichtümer des iranischen Volkes, die dieser bei seiner Flucht in die USA geschleppt habe; den Verzicht auf alle sich aus der Botschaftsbesetzung möglicherweise ergebenden amerikanischen Rechtsansprüche.

In den westlichen Medien sind diese berechtigten Forderungen unverschämterweise als Lösegeld bezeichnet worden. Und dabei handelt es sich doch um nichts anderes als um die Rückgabe von Werten, die dem Iran gehören. Was das mit algerischer Vermittlung ausgehandelte Abkommen betrifft, das dann zur Freilassung der Gefangenen geführt hat, so sind darin nicht einmal die hier genannten Forderungen erfüllt worden. Carter hat die Verpflichtung unterschrieben, daß sich die USA weder direkt noch indirekt, weder politisch noch militärisch in die inneren Angelegenheiten des Irans einmischen werden. Er hat auch die in den USA eingefrorenen iranischen Guthaben freigegeben. Die werden allerdings gegen die Forderungen amerikanischer Banken und Konzerne an den Iran aufgerechnet, so daß noch nicht klar ist, was der Iran nun wirklich effektiv bekommt.

Was das ins Ausland verschleppte Vermögen der Schah-Familie angeht, so hat Carter sich bereit erklärt, dieses Guthaben einzufrieren. Über die Rückgabe oder Nichtrückgabe an den Iran sollen allerdings erst amerikanische Gerichte oder eine internationale Schiedsstelle entscheiden. Damit dürften diese von der Schah-Sippe geraubten Reichtümer für den Iran wohl verloren sein, zumal diese Clique auch noch genügend Gelegenheit hatte, die fraglichen Gelder an einen sicheren Ort zu schaffen. Obwohl also längst nicht alle ursprünglichen Forderungen der iranischen Regierung erfüllt sind, hat Reagan schon am zweiten Tag seiner Präsidentschaft öffentlich angekündigt, er würde das von Carter unterzeichnete Abkommen nicht unbesehen übernehmen. Diese Ankündigung heißt natürlich, daß der Iran jetzt noch nachträglich um das betrogen werden soll, was Carter schon zugestanden hatte.



Hetzplakat bei der „Geisel"-Begrüßung: Der amerikanische Traum — Khomeiny unter dem amerikanischen Militärstiefel

Reagans Drohungen, die er in der letzten Zeit gegen den Iran ausgestoßen hat, bedeuten aber noch mehr: Er denkt nicht im Traum daran, sich an die von seinem Vorgänger unterzeichnete Nichteinmischungsverpflichtung zu halten. Wo immer sich die Gelegenheit ergibt, werden er und seine Leute den aggressiven Kurs gegen den Iran verschärfen. **Der amerikanische Imperialismus hat nach wie vor sein Ziel nicht aufgegeben, den Iran mit seinen Ölreichtümern wieder in die Klauen zu bekommen.** Und Reagan ist der richtige Mann für die Verwirklichung dieses Ziels. Die antiimperialistischen Kräfte in aller Welt dürfen sich darüber nicht täuschen lassen. Die sogenannten Geiseln sind stets nur ein Vorwand für den von der amerikanischen Supermacht betriebenen Aufmarsch im Persischen Golf gewesen. **Die Solidarität mit dem iranischen Volk, seine Verteidigung gegen den räuberischen Griff des amerikanischen Imperialismus ist auch heute noch eine aktuelle Aufgabe der antiimperialistischen Bewegung.**

Bonn will Türkeihilfe neu organisieren

Schmidt lobt erneut die Junta

Gegenwärtig bereitet die OECD, (der alle entwickelten kapitalistischen Länder des Westens angehören), die Weiterführung der sogenannten Türkeihilfe vor. Wie zu Beginn der letzten Woche bekannt wurde, will die Bundesregierung dabei nicht mehr die Rolle des internationalen Koordinators übernehmen.

Im vergangenen Jahr hatte Finanzminister Matthöfer im Auftrag der Bonner Regierung diese Funktion ausgeübt und in den verschiedenen Ländern der OECD insgesamt 1,1 Milliarden Dollar für die Türkeihilfe zusammengebracht. Die größten Einzelbeträge stammten dabei von der Bundesregierung und von Washington (je 650 Millionen Mark). Jetzt soll nach den Vorstellungen Bonns die in Paris sitzende OECD-Leitung selbst die Rolle des Koordinators übernehmen.

Der Rückzug Bonns wird mit ausschließlich finanziellen Argumenten begründet. Wegen der angespannten Haushaltslage könne man nicht mehr den Koordinator machen und damit die Verpflichtung zur Leistung des größten Beitrags im Rahmen der Türkeihilfe übernehmen. Tatsächlich aber dürften für den Rückzug vor allem politische Gründe eine Rolle gespielt haben. Dadurch, daß Bonn es unternahm, die Türkeihilfe zu organisieren, hatte es sich vor aller Welt als treibende Kraft innerhalb der imperialistischen Interessengemeinschaft bloßgestellt, die der Türkei mit der Finanzhilfe ihre wirtschaftlichen Bedingungen diktierte und die auch die Voraussetzungen für die Durchführung des faschistischen Putsches geschaffen hat.

Wenn Bonn sich jetzt von seiner Funktion als Koordinator zurückziehen will, so bedeutet das aber keineswegs, daß die Bundesregierung nun ihre Rolle als Finanzier und Waffenausstatter der faschistischen Diktatur in Ankara grundsätzlich überdenken wollte. Schmidt selbst hat am vergangenen Montag im französischen Fernsehen ein deutliches Bekenntnis zu den türkischen Mordgenerälen abgelegt. Er sagte, daß in der Türkei bei der Bekämpfung des Terrors „erhebliche Fortschritte gemacht worden" wären. Jedermann weiß heute, wie diese „Fortschritte" aussehen: Knebelung der Arbeiterklasse, Massenverhaftungen von Gewerkschaftern und systematische Liquidierung von Revolutionären. Man muß Schmidts unverschämte Äußerung einmal auf andere Verhältnisse übertragen und sich vorstellen, nach dem Reichstagsbrand, nach dem Sturm der deutschen Faschisten auf die Gewerkschaftshäuser und den ersten Morden an Funktionären von Arbeiterorganisationen hätte ein ausländischer sozialdemokratischer Regierungschef dem Hitler-Regime sein Kompliment gemacht und ihm „erhebliche Fortschritte" bei der Bekämpfung des Terrors bescheinigt.

Die profaschistische Äußerung Schmidts zeigt die Absicht der Bundesregierung, an der finanziellen und militärischen Unterstützung der türkischen Junta festzuhalten. Und diese Absicht ist durch die Ergebnisse des Besuchs von Turgut Özdal, dem stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten, in Bonn auch praktisch bestätigt worden (siehe RM 4/81). Zudem berichtete die „Frankfurter Rundschau" am letzten Dienstag, innerhalb der Bundesregierung gäbe es starke Kräfte, die „auf eine größere Betonung der Militärhilfe" Wert legten. Die massive Unterstützung für den Arbeitermord in der Türkei soll also nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch verstärkt werden!


Deutsche Panzer für die faschistische Junta in Ankara

Wieder Gewerkschafter verhaftet

Wieder sind in der Türkei Hunderte von Gewerkschaftern eingekerkert worden. Ein Militärgericht in Istanbul erließ Haftbefehle gegen 223 Angehörige der Gewerkschaft DISK unter der Anschuldigung, sie hätten ein „marxistisch-leninistisches Regime" in der Türkei errichten wollen. Damit wurde die Entscheidung eines untergeordneten Gerichts aufgehoben, das insgesamt 426 früher schon einmal verhaftete Gewerkschafter wieder auf freien Fuß gesetzt hatte.

Faschistischer Terror in der Türkei

Revolutionärer Gewerkschaftsführer ermordet

Der RM hat in der letzten Zeit wiederholt Berichte über die Lage in der Türkei gebracht, die eindeutig alle Lügen über den angeblich demokratischen Charakter der türkischen Militärjunta widerlegen. Auch der folgende Artikel belegt, daß es dieser Junta tatsächlich um die blutige Unterjochung der Arbeiterklasse geht.



Einer der zahlreichen Revolutionäre, die seit dem Putsch kaltblütig ermordet wurden, ist Yasar Okcuoglu. Er wurde 1954 in Elazig geboren und stammt aus einer Familie, die es ihm trotz ihrer Armut ermöglichte, eine Ingenieurschule zu besuchen. Yasar entschied sich aber nicht für eine berufliche Karriere, sondern für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. Er arbeitete in mehreren Betrieben der Hafenstadt Izmir, wo er viel zum Aufbau gewerkschaftsoppositioneller Gruppen beitrug. Auch in der Textilfabrik Sifas in Bursa war er sehr erfolgreich. Hier gelang es ihm, im Kampf gegen die Kapitalisten und die revisionistischen Gewerkschaftsbosse, die Hälfte der Arbeiter oppositionell zu organisieren. Die Bosse reagierten darauf mit dem Rausschmiß Yasars.

Am 4. Dezember des letzten Jahres wurde Yasar Okcuoglu von den Schergen der Junta verhaftet. Mehr als drei Wochen lang haben ihn die Faschisten ununterbrochen gefoltert. Dennoch hat er sich den Henkern nicht gebeugt. Um diesen tapferen Revolutionär loszuwerden, haben ihn die faschistischen Banditen hinterrücks erschossen. Und dieser heimtückische Mord der Junta ist kein Einzelfall. Nachdem sie alle gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse beseitigt haben, gehen die faschistischen Militärs nun daran, die klassenkämpferischen Arbeiterführer systematisch zu liquidieren, um die Arbeiterklasse führerlos zu lassen. Die Junta wird, solange sie an der Macht ist, diese barbarischen Mordpläne weiter verfolgen. Und sie hat dabei ja die uneingeschränkte Unterstützung der westlichen Imperialisten, vor allem der Herren aus Bonn, die den Arbeitermord in der Türkei mit Milliardensummen finanzieren.

Aber es wird der Tag kommen, an dem die Arbeiterklasse in der Türkei mit den faschistischen Henkern abrechnet. Yasar Okcuoglu und die anderen ermordeten Revolutionäre werden im Andenken des Volkes weiterleben.



Glückwunsch, Günter Wallraff!

„BILD" verliert im Prozeß gegen den „Aufmacher"

KARLSRUHE.— „Der Aufmacher", eines von Wallraffs Büchern mit Enthüllungen über die verbrecherischen Praktiken der „BILD"-Zeitung, ist endgültig freigegeben. Das entschied der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes in letzter Instanz. Der Springer-Verlag hatte Wallraff vor Gericht gebracht, weil der sich die Informationen durch „illegales Einschleichen" verschafft habe.

Der Verlag wollte die „Unterlassung" der Verbreitung dieser Informationen erreichen, an die Wallraff gekommen war, als er sich unter dem Namen Hans Esser bei der „BILD"-Zeitung hatte einstellen lassen. In einer „Rechtsgüterabwägung" erklärte das Gericht, in diesem Falle würden die vom Autor des „Aufmachers" enthüllten Methoden die Rechtsordnung stärker berühren als die an sich illegale Informationsbeschaffung. Das Buch „zeige Fehlentwicklungen eines Journalismus auf, an deren Erörterung die Allgemeinheit wegen der einschneidenden Folgen von Meinungsmanipulationen in hohem Maße interessiert sein müsse", heißt es in der Presseverlautbarung des BGH. Das Gericht hatte sogar einen Vergleich zum amerikanischen Watergate-Skandal gezogen! Damals hätten die Journalisten sogar „reden **müssen**"; Wallraff habe in diesem „etwas niedriger anzusetzenden Fall" jedenfalls „reden **dürfen**".

Zu seinem „Einschleichen" erklärte Wallraff selbst, diese „eigentlich abzulehnende" Methode dürfe nicht als Selbstzweck verstanden werden. Sie sei dann moralisch gerechtfertigt, wenn sich ein Schwacher gegen einen viel Mächtigeren auflehne, der die Macht mißbrauche und sich der öffentlichen Kontrolle entziehe. Während die „BILD"-Zeitung Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen will, erklärte der Schriftsteller weiter: „Jetzt kann ich so weitermachen wie bisher, dem Verlautbarungsjournalismus ist ein Riegel vorgeschoben worden". Er kündigte weitere Aktionen an.

Aber nicht nur für Wallraff ist das Urteil eine Ermutigung. Junge Kollegen, so der Schriftsteller, werden in den nächsten Tagen mit einer „Enthüllungsstory" über einen deutschen Industriekonzern an die Öffentlichkeit treten.

Mittel für Behinderte gestrichen

BREMEN.— Drastisch kürzen will der Bremer Senat 1981 — im „Jahr der Behinderten"! — die Mittel für den Fahrdienst für Behinderte. Die ursprünglich für drei Jahre gewährten Freifahrten für Rollstuhlfahrer in Taxis oder Fahrzeugen karitativer Verbände sollen gestrichen werden! Dagegen protestierten etwa 40 Behinderte am 21. Januar, indem sie mit aneinandergeketteten Rollstühlen die Schienen der Straßenbahn blockierten.



Behinderte demonstrieren für ihre Rechte.

Zu dem Skandal gehört auch, daß die Bremer Straßenbahn Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln erhält, um entsprechend dem Schwerbehindertengesetz Schwerbehinderte zum Nulltarif zu befördern, die Fahrzeuge aber so gebaut sind, daß Rollstuhlfahrer sie gar nicht benutzen können! Für den Bau behindertengerechter Wagen wurde kein Pfennig ausgegeben!

Hier zeigt sich die ganze Brutalität und Menschenfeindlichkeit des bundesweiten „Sparprogramms" besonders deutlich. Die Behinderten aber geben den Kampf nicht auf! Unter anderem wollen sie die Straßenbahngesellschaft verklagen.

„Mißachtung oder Nichtachtung"

Am 5. Mai vergangenen Jahres wurde ein Bankkaufmann in München, der mit dem Fahrrad unterwegs war, von einem Polizisten wegen einer angeblichen Ordnungswidrigkeit mit Festnahme bedroht. Der Fahrradfahrer nannte den Polizisten daraufhin einen „Witzbold". Das kostete ihn jetzt 600 Mark Geldstrafe.

Während der Bankkaufmann seines Weges radelte, ging plötzlich ein starker Gewitterregen nieder. Da der Fahrradweg infolgedessen total überschwemmt war, benutzte er diesen nicht mehr, sondern fuhr auf der Straße. Deshalb wurde er von dem Polizisten gestoppt.

Der Polizist ließ dem „Ordnungsbrecher" keine Gelegenheit, den Grund seiner Fahrweise zu erläutern. Er verlangte sofort die Personalien und drohte im Weigerungsfall mit Festnahme. Der Fahrradfahrer mochte wohl ziemlich geschockt sein. Jedenfalls nannte er den Polizisten einen Witzbold.

Das hätte er nicht tun sollen. Abgesehen davon, daß eine solche Benennung völlig aus der Luft gegriffen ist (seit wann hat der deutsche Polizist Witz?) wurde damit die Staatsautorität schwer beschädigt. Ein Bürger in diesem Lande hat schließlich der Polizei in jedem Fall untertänigst zu gehorchen und zwar ohne Widerrede! Wo kämen wir denn sonst hin?

Der Strafbefehl, den der Bankkaufmann als Quittung für sein an Meuterei grenzendes Verhalten vom Amtsgericht München erhielt, enthält folgende wertvolle Belehrung:

„Am 5.6.1980 (...) äußerten Sie als Radfahrer gegenüber dem Polizeibeamten (...), der Sie wegen von Ihnen begangener Ordnungswidrigkeiten beanstandete, er sei ein ‚Witzbold'. Diese Handlung erfüllt den Tatbestand eines Vergehens der Beleidigung gemäß §§ 185, 194 StGB. Hiernach ist strafbar, wer durch Kundgabe der Mißachtung oder Nichtachtung einen anderen in dessen Ehre kränkt."

Hat man jemals gehört, daß jemand vom Gericht verurteilt wurde, weil er zu einem normalen Bürger Witzbold sagte? Aber hier ging es eben um einen Vertreter der Staatsgewalt. Und da kann keinerlei „Mißachtung oder Nichtachtung" geduldet werden!

Gefährliche Cadmiumverseuchung

Sofortige Maßnahmen erforderlich

BONN.— „Gesetzliche Maßnahmen" hat Innenminister Baum angekündigt, um gegen die Verseuchung der Umwelt und die Gefährdung der Menschen durch Cadmium und Asbest vorzugehen. Das ist auch dringend nötig; viel zu lange haben die Politiker die Kapitalisten bei der Verarbeitung lebensgefährlicher Stoffe gewähren lassen, obwohl die Gefahr besonders beim Asbest längst bekannt war und viele Todesopfer gefordert hat — jährlich 5 000, wie aus dem vom Umweltbundesamt vorgelegten „Asbestbericht" hervorgeht.

Auf die besondere Gefährdung des Menschen durch Cadmium hat der entsprechende Bericht des Umweltamtes hingewiesen. Durch eine hohe Cadmiumbelastung litten „10 000 bis 100 000 Menschen über 50 Jahren" an Nierenfuktionsstörungen. Cadmium ist außerdem krebsauslösend und greift die Knochen an.

Dieses Schwermetall gelangt zum größten Teil über pflanzliche Nahrungsmittel in den Körper des Menschen, ist aber in fast allen Nahrungsmitteln nachweisbar. Sehr hohe Konzentrationen finden sich bei Kalb- und Rindfleisch, bei Fisch, Blattgemüse, Getreide und Kartoffeln. Insbesondere auch bei Innereien wie Leber und Niere und bei bestimmten Pilz- und Muschelarten.

Im Klärschlamm, der zur Düngung verwendet wird, ist oft besonders viel Cadmium enthalten. Durch ungereinigte Abgase besonders in großen Industriezentren fällt eine schwere Umweltbelastung mit diesem Schadstoff an.

Ebenfalls enthalten ist das Schwermetall wegen seiner günstigen Eigenschaften in Korrosionsschutzmitteln, hochhitzebeständigen Farben, vielen Kunststoffen und Batterien. Die Bundesrepublik verbraucht etwa 10 Prozent der Weltproduktion an Cadmium.

„Bis zum Sommer" soll ein Maßnahmekatalog vorgelgt werden. Man erweckt noch die Hoffnung, daß die Industrie freiwillige Beschränkungen trifft. Wir aber fordern aus jahrzehntelanger bitterer Erfahrung: Es müssen scharfe gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, und ihre Durchführung muß scharf kontrolliert werden! Und zwar sofort!

Zu der Frage der „Vernichtung von Arbeitsplätzen" durch Produktionsverbote haben wir am Beispiel Asbest schon mehrmals Stellung genommen. Es ist purer Zynismus, die Menschen zu einer sicheren Ruinierung ihrer Gesundheit, zu einem frühen Tod zwingen zu wollen mit der Drohung, sonst würden sie ja arbeitslos. Sowohl die Kapitalisten, die gerade in der heutigen Zeit eine wahnwitzige Arbeitsplatzvernichtungspolitik betreiben, als auch die Politiker müssen zum Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer, nicht gesundheitsschädlicher Arbeitsplätze gezwungen werden. Die Akzeptierung unserer gesundheitlichen Ruinierung sichert uns keine Arbeitsplätze. Der Kampf für Arbeitssicherungsmaßnahmen und das Verbot gefährlicher Stoffe muß von den Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen Organisationen geführt werden!

Zu schade!

Auf „große Schwierigkeiten", so verlautet aus Hannover, stößt die Durchsetzung der vom „Zweckverband Großraum Hannover" verkündeten und von der Bezirksregierung genehmigten Erhöhung der Nahverkehrstarife um durchschnittlich elf Prozent.

Die Bürger, die am Montag, dem 21. Januar, morgens zur Arbeit fahren wollten, sahen sich vor ein schweres Problem gestellt: Zahlreiche der Fahrscheinverkaufs- und Entwerterautomaten, die zu benutzen ihnen zur lieben Gewohnheit geworden war, waren einfach verschwunden! Bei anderen wieder fanden sie die Geld- und Fahrscheinschlitze durch „zementähnliche Füllmassen" verschlossen. (Die Polizei bezifferte den Schaden auf mindestens 200 000 Mark.)

„Tausende von zahlungswilligen Fahrgästen", so meldete die Presse, waren **zum Schwarzfahren gezwungen**, weil sie die Fahrscheine, sofern sie überhaupt welche hatten, nicht entwerten konnten!

Wir möchten Ihnen hiermit unser tiefempfundenes Mitleid ausdrücken. Liebe Hannoveraner Kollegen und Bürger! Wir können sehr wohl nachempfinden, mit welcher Gewissenspein ihr an diesem Tage zur Arbeit gefahren seid!

Ein Konto für Spenden zugunsten der Nahverkehrsbetriebe wurde uns leider nicht angegeben. (Bei Spenden, die auf **unser** Konto überwiesen werden, können wir für die Weiterleitung nicht garantieren!)

Kritik

Das Tribunal von Nürnberg, 22. Januar, 20.15 Uhr, ARD

Ein ausführlicher Bericht über den Nürnberger Prozeß gegen die Nazi-Kriegsverbrecher und das auch noch zur besten Sendezeit — das ist im Programm eines westdeutschen Fernsehsenders schon eine kleine Sensation. Die Chance zur umfassenden Aufklärung über den Prozeß und seine Ursachen jedoch wurden in diesem WDR-Film gründlich vertan, falls seine Autoren überhaupt Aufklärung im Sinn gehabt haben.

Das begann schon bei der Methode, mit der das reichhaltige Material (der ganze Prozeß ist gefilmt worden) ausgewählt wurde. Die Anklagevertreter aus der Sowjetunion, den USA, aus Britannien und Frankreich kamen immer nur mit kurzen Fragen zu Wort. Die Antworten der Angeklagten, all die unverschämten Lügen und Verdrehungen der Göring, Dönitz, Keitel und Co. dagegen wurden lang und breit ins Bild gesetzt.

Zwar konfrontierten die Autoren diese Antworten jeweils mit Bildern über die Greuel der faschistischen Diktatur. Das hatte aber deswegen wenig Beweiskraft, weil die angeklagten Verbrecher zumeist die Verbrechen selbst gar nicht bestritten, aber stets behaupteten, sie hätten keine unmittelbare Verantwortung dafür oder hätten gar überhaupt nichts davon gewußt. Und dieser Linie folgte der Kommentar des WDR-Films sogar selbst in weiten Teilen.

So wurden die angeklagten Generäle immer wieder hingestellt als angeblich völlig unpolitische Menschen, die nur ihrer Soldatenpflicht nachgekommen wären. Für Dönitz, nach Hitlers Selbstmord dessen Nachfolger als Staatsoberhaupt, wurde sogar noch eine richtige Ehrenerklärung abgegeben: Er hätte noch kurz vor dem Zusammenbruch des Hitler-Reichs unzählige Soldaten und Zivilpersonen im Osten vor der anrückenden Roten Armee gerettet. So als sei die Stalinsche Sowjetunion und nicht die Hitler-Diktatur der Todfeind der Menschheit gewesen! Aber genau das wollten die Autoren den Zuschauern auch an anderer Stelle einreden. So wurde wieder einmal die dreiste Lüge aufgetischt, die Sowjetunion hätte durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland den zweiten Weltkrieg provoziert.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/52 39 66

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Bundesweite Bauerndemonstrationen angekündigt

Für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern!

Aus Anlaß der für den 14. Februar angekündigten großen Bauerndemonstrationen bringt der RM eine dreiteilige Artikelfolge über die Lage der Landwirtschaft und die Notwendigkeit des Arbeiter-Bauern-Bündnisses. Die erste Folge im letzten RM hat sich vor allem mit den Gründen für die zunehmende Ruinierung der kleinen Bauern beschäftigt. Genannt wurden unter anderem die sinkenden Erzeugerpreise (ein Faktor, der nicht die großen automatisierten Betriebe, aber gerade die kleinen Wirtschaften trifft); steigenden Kosten für Betriebsmittel; zunehmende Verschuldung bei den Banken (denen heute schon über ein Viertel des bäuerlichen Vermögens gehört); Emporschnellen der Boden- und damit der Pachtpreise.

Wir müssen die Kämpfe der werktätigen Bauern unterstützen

Schon im Kommunistischen Manifest heißt es sinngemäß, daß nur das Proletariat ein fortschrittliches Programm vertritt, während alle anderen das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten. Vertreter solcher Schichten und Klassen können nur dann auf revolutionären Positionen kommen, wenn sie zukünftige und nicht heutige Interessen verteidigen. Für uns Genossinnen und Genossen der KPD bedeutet das heute, daß wir nicht alle Strömungen in der Landwirtschaft unterstützen dürfen. Wir treten nicht für die Interessen der Großbauern, Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer ein, sondern bekämpfen sie im Gegenteil sehr scharf.

Doch wie verhält es sich mit den kleineren und mittleren Bauern, mit den Zu- und Nebenerwerbsbauern? Viele ihrer heutigen Forderungen sind auch nicht auf den Fortschritt der Gesellschaft ausgerichtet, kaum eine Forderung, die den genossenschaftlichen Zusammenschluß und die Kollektivierung der Landwirtschaft fordert. **Dennoch gibt es in den Kämpfen der Bauern einen objektiv fortschrittlichen Kern, weil sie sich gegen die eben aufgezählten Feinde richtet. Also die gleichen Kreise, die auch die Feinde der Arbeiterklasse sind.**

Natürlich äußert sich diese Feindschaft der Bauern gegen das Kapital noch nicht sehr klar, noch lenken reaktionäre Verbandsführer von den tatsächlichen Ursachen der Ruinierung ab. Doch gerade, weil Klarheit und Zielstrebigkeit unter den werktätigen Bauern noch fehlt, müssen wir Kommunisten in die Kämpfe eingreifen und unsere Einsichten an die Bauern vermitteln. Warten wir auf den spontanen fortschrittlichen Wildwuchs unter den werktätigen Bauern, dann könnten wir eines Tages ein bitteres Erwachen erleben. Gerade die Faschisten auf dem Lande versuchen mit vordergründigen fortschrittlichen Losungen die Bauern für ihre finstere Sache zu gewinnen. Das Kleinbürgertum neigt zu Schwankungen; unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, diese Schwankungen einseitig zu Gunsten des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft zu stabilisieren.

Doch nicht nur die Erweiterung der Kampffront gegen den Kapitalismus ist das Argument für ein Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern. Nicht ganz unwichtig ist auch die Tatsache, daß befreundete Bauern eine Garantie für die Nahrungsmittelversorgung auch in revolutionären Zeiten sind. Es gibt eine Reihe von geschichtlichen Beispielen, wo die Bourgeoisie versucht hat, das kämpfende Proletariat aushungern zu lassen und somit die schwankenden Teile des Volkes für sich zu gewinnen.

Wir treten für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in der Bundesrepublik auch nicht nur pro forma ein, um nur Mitkämpfer zu gewinnen, die dann schnellstmöglich im Sozialismus enteignet werden. Heute befindet sich unser Land durch die menschenfeindliche Agrarpolitik in einer Situation, in der wir in Ernährungsfragen schon hochgradig abhängig vom Ausland sind. Die hohen Überschüsse in der Landwirtschaft entpuppen sich sehr schnell als reine Importüberschüsse. Würde eines Tages ein Stopp sämtlicher ausländischer, besonders amerikanischer Futtermittel eintreten, dann könnte die Landwirtschaft nur noch bis zu 64 Prozent den Tisch decken. Bis auf 78 Prozent könnte die sogenannte Selbstversorgungsrate klettern, würde die Veredelung von pflanzlichem Eiweiß in tierisches Eiweiß zu einem großen Teil unterbleiben. Doch würden auch die ausländischen Rohdüngerimporte unterbleiben, dann sinkt unsere Selbsversorgungsrate auf annähernd 50 Prozent.

Uns als Kommunisten darf der Verkauf unseres Landes in dieser Frage nicht gleichgültig bleiben. Wir wollen kein Land in den Sozialismus übernehmen, dessen Landwirtschaft völlig am Boden liegt und dessen Ernährung vom kapitalistischen Ausland erfolgt. Darum treten wir für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft ein, denn sie erzeugt zum größten Teil die Nahrungsmittel aus „eigener" Kraft. Die sogenannten Agrarfabriken produzieren ziemlich flächenunabhängig, sie setzen die ausländischen Getreide für ihre Produktion ein. Dieses Getreide ist billiger, weil der Anbau unter klimatisch günstigeren Bedingungen, durch die Großproduktion (USA) und mit billigen Arbeitslöhnen erfolgt. Den Boden benutzten die Agrarfabriken vorrangig zur Beseitigung der Produktionsabfälle an Kot und Harn.

Bauernfeindliche Agrarpolitik in Bonn und Brüssel

Schon bald nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Weichen zur Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Bundesrepublik gestellt. Als Direktor des Zwei-Zonen-Ernährungsamtes wurde von den Amerikanern Hans Schlange-Schöningen eingesetzt, der schon vor 1933 unter dem Reichskanzler Brüning das Landwirtschaftsressort geleitet hatte und damit Erfahrung bei der Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft mitbrachte. Zentrales Thema war schon damals, ob man den deutschen Bauern gerechte Erzeugerpreise zugesteht, die eine ausreichende Arbeitsentlohnung sichern. Dabei ging es nicht um die damals größeren Bauern, die mit Schwarzgeschäften die berühmten Teppiche sich in den Kuhstall legen konnten. Es ging um die über 1,5 Millionen kleinen und kleinsten Bauern, die sich nach dem Kriege eine neue Existenz aufbauen wollten. **Die Amerikaner hatten an gerechten Erzeugerpreisen kein Interesse, sie wollten die Ernährung der Bundesrepublik in ihre Hand bekommen.** Im Wirtschaftsrat bestanden die Amerikaner darauf, daß auf ihre Nahrungseinfuhren keine Zölle erhoben wurden. Geschah dies zunächst unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung der Ernährungslage, so hatte später die Margarineindustrie ein Interesse an der zollfreien Einfuhr von Fetten aus den USA. Die Einfuhren aus allen anderen Ländern wurden damals mit Zöllen belegt. Bezeichnend ist auch, daß Hans Schlange-Schönningen später beim Unilever-Konzern Unterschlupf fand.

Mit dem Amtsantritt Heinrich Lübkes 1953, begann die Einleitung des größten Bauernlegens in der deutschen Geschichte. Lübke bekam die Schützenhilfe von vielen Führern der Landesbauernverbände, die gleichzeitig als Bundestagsabgeordnete der CDU oder CSU in Bonn saßen. Sie bedachten auch Äußerungen von Lübke mit Beifall, wenn der erklärte, er habe noch nie von einem versteigerten Bauernhof gehört. Den führenden Kreisen im Bauernverband ging es schon frühzeitig um die Ruinierung der Masse von Bauern, in denen sie nur lästige Konkurrenten sahen und auch heute noch sehen.

Der Nachfolger von Lübke, Werner Schwarz, kam direkt aus dem Bauernverband, er war stellvertretender Präsident in Schleswig-Holstein gewesen. Schwarz betrieb das Bauernlegen so rabiat, daß selbst der bayerische Bauernverband nach nur kurzer Zeit ihn zu einer Gefahr für die deutsche Landwirtschaft erklärte.

Mit dem Eintritt in die EWG, bzw. heute EG, begann eine neue Qualität des Bauernsterbens in der Bundesrepublik und den anderen Mitgliedsstaaten. EWG-Kommissar Sicco Mansholt gab auch solche Bauernhöfe zum Abschuß frei, die noch zuvor als große Bauernhöfe galten. Die Technisierung und damit die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte machte aus ihnen Familienbetriebe, die heute vielfach am Rande des Existenzminimums stehen.

Mit Hilfe der EG soll heute die Landwirtschaft in der Gemeinschaft koordiniert werden. Der Bürokratismus spielt dabei allerdings einige böse Streiche. Abgesehen davon aber soll nur noch auf günstigen Böden eine Großlandwirtschaft betrieben werden, während ansonsten die Flächen nur extensiv ausgenutzt werden sollen. Dies setzt allerdings die vollständige Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft voraus. In der Verwirklichung der EG-Pläne sehen die Großbauern und Agrarkapitalisten ihre große Stunde kommen, und deshalb hat der von ihnen beherrschte Bauernverband auch noch nie prinzipiell gegen die EG Stellung bezogen.

Seit 1945 sind in der Bundesrepublik über 1,5 Millionen Höfe ruiniert und über 2,3 Millionen Arbeitskräfte abgezogen worden. Heute gibt es nur noch knapp 800000 Höfe, von denen über die Hälfte im Zu- oder Nebenerwerb bewirtschaftet werden. Nach Plänen, die in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen laut wurden und die auch in der EG abgesegnet sind, soll es als Endziel nur noch 80000 bis 100000 Bauern in der Bundesrepublik geben, von denen keiner unter 120 Hektar bewirtschaftet, bzw. durch Landarbeiter bewirtschaften läßt. Bei solchen Plänen ist natürlich kein Platz mehr für eine bäuerliche Landwirtschaft.



Lebensmittelvernichtung in der EG.

Bauernverband-Instrument des Agrarkapitals

Seit seiner Gründung ist der Deutsche Bauernverband (DBV) kein Instrument für die werktätigen Bauern gewesen. Der DBV wurde von den Amerikanern installiert, Andreas Hermes wurde als erster Präsident eingesetzt. Hermes war auch schon vor 1933 Präsident der Bauernvereine gewesen, die damals die Großbauernschaft repräsentierten. Von Anfang an beherrschten Großgrundbesitzer und Großbauern den DBV. Parteipolitisch war der DBV seit seiner Gründung mit der CDU und CSU verschmolzen. Einzige Ausnahme war der DBV-Präsident Rehwinkel, der parteilos war, wohl aber der gerade gegründeten NPD sehr nahe stand.

Der heutige DBV-Präsident dürfte wohl die Krönung darstellen. Freiherr von Heereman ist Besitzer großer Güter, 1000 Hektar Wald und 110 Hektar Ackerland läßt er selbst bewirtschaften, während weitere große Ländereien verpachtet sind. Heereman ist eng mit dem Finanzkapital verbunden und sitzt in über 20 Aufsichts- und Verwaltungsräten. Bei den letzten zwei Bundestagswahlen wurde er als Landwirtschaftsminister einer CDU/CSU-Regierung gehandelt.

Das Agrarkapital betrachtet die werktätigen Bauern als lästige Konkurrenten, allenfalls noch als Schachbrettfiguren zu mißbrauchen, um Ansprüche gegenüber dem Finanzkapital durchsetzen zu können. Darum ist von der jetzigen DBV-Führung auch kein ernsthafter Kampf gegen die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft zu erwarten. Ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ist diesen Herren ein verständliches Greuel, und so lassen sie in keiner Rede die Hetze gegen die angeblich zu hohen Löhne der Arbeiter aus.

Die Herrschaft des Agrarkapitals im DBV ist durch seine Statuten zementiert, die wohl zu den undemokratischsten in unserem Lande gehören. So besteht der Bauernverband an der Spitze aus einer Mitgliederversammlung, zu der die einzelnen Landesverbände Delegierte entsenden. Der Delegiertenschlüssel allerdings richtet sich nach der Höhe der Beiträge. Ein Großbauer oder Agrarkapitalist bekommt so ein Mehrfaches an Stimmengewicht wie ein werktätiger Bauer. Ähnliche Statuten gibt es auch in den Landesverbänden. Spezielle Wahlen von Delegierten gibt es ohnehin nicht, wer Vorsitzender eines Kreises oder Landesverbandes ist, kommt automatisch zur nächsthöheren Delegiertenversammlung. Eine Rechenschaftspflicht der DBV-Spitze gegenüber den einzelnen Mitgliedern gibt es nicht und wurde bisher auch noch nie durchgeführt.

Doch selbst als Delegierter darf man keine eigene Meinung haben, denn die einzelnen Landesverbände können nur geschlossen abstimmen. Vielfach sind solche Abstimmungen noch nicht einmal für das DBV-Präsidium verbindlich, sondern gelten mehr als eine „Entscheidungshilfe".

„Freies Landvolk", die Zeitung der freien Landvolkbewegung, hat darum vor einiger Zeit richtig festgestellt, daß es innerhalb des DBV zu einer starken fraktionellen Tätigkeit der fortschrittlichen Kräfte der Bauernschaft kommen muß. Solche Ansätze hat es schon mehrmals gegeben, so etwa die Nothilfegemeinschaften in den Jahren 1963/64. Sie haben vor allem im nördlichen Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine starke Opposition im DBV geschaffen, die Führung reagierte mit Ausschlüssen und Maßregelungen. Diese Opposition brach in sich zusammen, weil einige ihrer Führer gekauft wurden, und eine klare Zielrichtung fehlte. Diese klaren Ziele hätten die Kommunisten geben können, doch war zu diesem Zeitpunkt die illegale KPD politisch und ideologisch dazu nicht mehr in der Lage. Auch heute ist es sehr wichtig, daß wir Kommunisten führend auf dem Lande eingreifen und die fortschrittlichen Kräfte unterstützen.

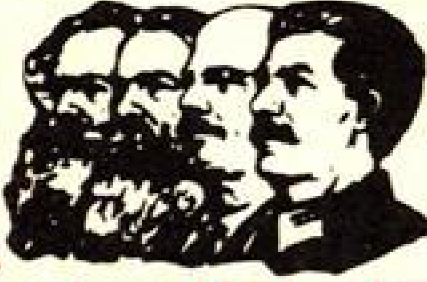
Gegenwärtig gibt es unter den Menschen, die sich einer freien Landvolkbewegung zugehörig fühlen, eine Diskussion um die Frage, ob es nicht besser sei, neue Verbände aufzubauen, statt den DBV revolutionieren zu wollen. Auch dazu hat die Zeitung „Freies Landvolk" vor einiger Zeit ausführlich Stellung genommen. Tatsache ist, daß der Organisierungsgrad in den einzelnen Landesverbänden sehr unterschiedlich ist. Während in Niedersachsen annähernd 90 Prozent aller Bauern im Niedersächsischen Landvolkverband organisiert sind, beträgt dieser Anteil im Bauernverband Württemberg-Baden nur 30 Prozent. Der politische Einfluß der Verbandsführer allerdings ist zur Zeit weit über die organisierten Bauern hinaus einzuschätzen. Schon öfters hat es Versuche von neuen Verbandsgründungen gegeben, die meist im Ansatz gescheitert sind. Momentan gibt es in Bayern und Baden-Württemberg Verbände der Bauern im Nebenberuf, in denen zweifelsohne zumeist Bauern organisiert sind, die auch zu der freien Landvolkbewegung zu rechnen sind. Aber auch diese Verbände bemerken immer die regionale Begrenztheit ihrer Kräfte.

Daraus folgert „Freies Landvolk", daß es jetzt darauf ankommt, innerhalb des Deutschen Bauernverbandes diese Opposition aufzubauen. „Freies Landvolk" versteht sich als das Sprachrohr dieser freien Landvolkbewegung, die natürlich nicht nur auf die Bauern beschränkt ist. Eine Reihe von Aktivitäten von Kräften, die die Zeitung „Freies Landvolk" unterstützen, zeigt einen lohnenden Weg. Einberufene Versammlungen waren in der Regel ein voller Erfolg. Auf der Landwirtschaftsausstellung in Hannover war „Freies Landvolk" mit einem Stand vertreten. Viele Bauern lernten so zum ersten Mal die Opposition im Bauernverband kennen und über 60 neue Abonennten der Zeitung sind ein ermutigendes Ergebnis.

Im nächsten RM setzen wir uns mit der Frage auseinander, um welche Forderungen der Kampf organisiert werden muß, um den Ruin der bäuerlichen Landwirtschaft aufzuhalten. Dabei wird sich zeigen, daß es weniger die Erzeugerpreise sind, als vielmehr die Frage der gezielten staatlichen Förderung der kleinen Betriebe, auf die es ankommt.

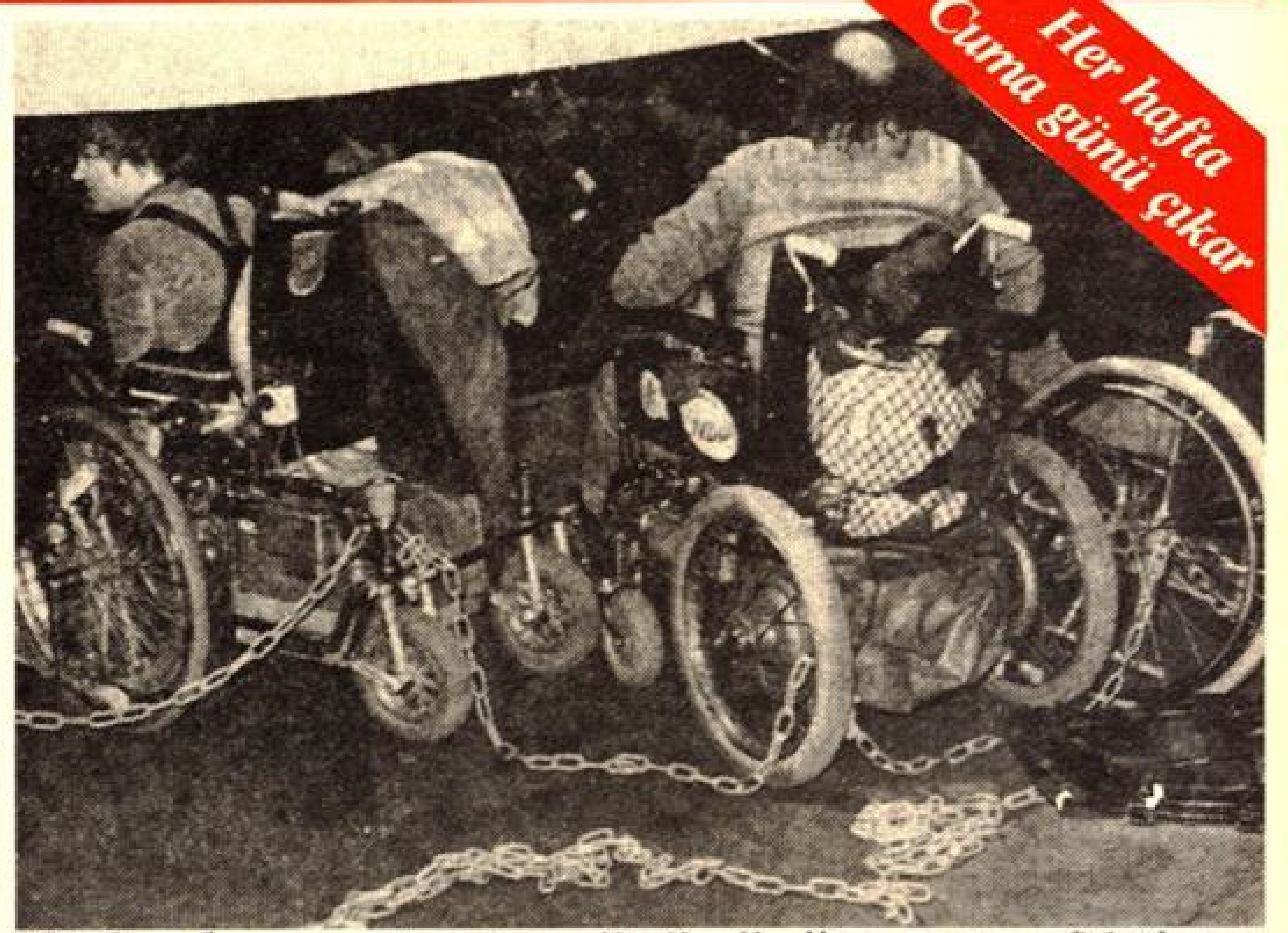
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 5 30 Ocak 1981 Yıl: 15 1 DM



Sakatlar protesto yürüyüşü yaptı

Sakatlar arabalarıyla Dortmund Westfalenhalle'de yapılan "Sakatlar Yılı" açılış toplantısında protesto gösterisi yaptılar. Gösteriye katılan sakatlar, sahnenin önünü kapatarak Federal Devlet Başkanı Cartsen'ın konuşmasını engellediler. Daha önceden sakatlara yardım oyarak düşünülen 700 milyon Mark, şimdi uçak donanması "Tarnado" için harcanacak. Sakat göstericiler, politikacıların kendilerini boş vaadlerle aldattığını vurgulayarak, şu sloganları haykırıyorlardı: "Büyük kutlama, küçük söz-sakatlar aldatılmaktadır", "Carsten, konuşmanı çöpe at, boş sözlerin faydası yok-en iyisi gezmeye git". Sakatlar bu yıl kendi insiyatiflerinde eylemler düzenleyecek.

Yeni bütçe parlamentoya sunuldu

Silahlanma ve sosyal hakların yokedilmesi hızlandırılıyor

BONN. — Onaylanması için parlementoya gönderilen Federal Hükümet'in bütçe tasarısı, emekçilere karanlık günler vaadetmektedir. Silahlanmanın gittikçe hızlandırılmasına 61,5 milyar Mark ayrıldı (bütün devlet giderlerinin dörtte birinden fazla). Buna karşın emekçilerin uzun mücadeleler sonucu elde ettiği sosyal haklar acımasız bir biçimde kısıtlanmaktadırlar. İşte Federal Bütçe'nin ana özellikleri bunlar.

Geçmiş dönemdeki bütçelerin, ülkenin büyük kapitalistlerinin yararına para dağıtımı olduğu yıldan yıla daha açık bir şekilde ortaya çıkmıştı. Ama bu yılki gibi, o kadar kaba ve açık bir dille açıklanmamıştı.

Maliye Bakanı Matthöfer, Bütçeye gerekçeler göstermek amacıyla yaptığı konuşmada, artık "başka düşünmek" zorundayiz diyordu. Bugün gelirlerin yükselmesi ve işyerilerinin güvence altına alınması artık mümkün değilmiş. Ekonomik krizin çözümü için, örneğin sendikaların talep ettiği konjüktür programları (devletçe alınan önlemler ile ekonomiyi yeniden istikrara kavuşturma programları) gibi devlet yardımları da bir çare değillermiş. Ve sadece işverenlerin kendi insiyatifleriyle alacağı önlemler, ekonomik krizin çözülmesine katkıda bulunurmuş.

Artık "işyerlerinin güvence altına alınması" ve "gelirlerin güvencesi" diye birşey sözkonusu değildir, bütün vaadlerin üzerine bir çizgi çekildi. Ve bu tehdit dünyanın içinde bulunduğu durumla maskelenmek istenmektedir. "Deutsche Bank"ın 1980'deki kazancının rekor dereceye çıktığını hatırlarsak, bunun neyi ifade ettiğini daha iyi anlamış oluruz.

Ama, emekçiler için sürekli bir kısıtlanma var: Konut sorunu için yapılan harcamalar 1,5 milyar Mark düşürüldü; kiralar daha da yükselecek, sakatlar için yardım olarak düşünülen 700 milyon DM, şimdi Savaş Bakanı Apel'in uçak donanması "Tarnado" için harcanacak. Eğitim giderleri ise tamamen kısıtlandılar.

Savaş Bakanı Apel'in silahlanma giderleri için resmi olarak açıklanan 42 milyar Mark'a, çeşitli bakanlıklar arasında savunma giderleri için ayrılan 19,5 milyar Mark daha eklenmektedir. Bu 19,5 milyar Mark'ın diğer bakanlıklar arasında bölüştürülmesindeki amaç, silahlanma için yapılan harcamaların düşük gösterilmek istenmesidir.

Savunma giderlerinin sağlanması için bankalardan alınan borçlara ödenen 13,5 milyar faiz de bu 61,5 milyara eklendiğinde, silahlanma için bu yıl 75 milyar Mark harcanmış olacaktır.

Maliye Bakanı Mathöfer'in "başka düşünmeliyiz" dediği şey;tekellerin kârları ve savaş hazırlıkları için, emekçilerin kurban olarak talep edilmesidir. Emperyalist burjuvazi ve onun temsilcisi Bonn Hükümeti, emekçilerden topladıkları yüzmilyarlarca Marklık vergileri silah tekellerine yatırarak, yeni bir felakete hazırlanmaktadırlar.

(„Matthöfer beschleunigt Aufrüstung und Sozialabbau"; RM, Nr. 5/Seite 1)

Demir-Çelik sanayiinde ücret turları

Yüzde 7 gerçek ücretlerin güvencesi değil

ESSEN. — IGM sendikası, Nordrhein-Westfalen Eyaletin'de demir-çelik sanayiinde çalışan işçiler için sadece yüzde 7 ücret zammı talep etmektedir. Bu talebi geçen hafta Cuma günü toplu sözleşme komisyonu kararlaştırmıştı. Yüzde 7 olduğu gibi kabul edilsede bile, bu demir-çelik işçileri için ücretlerin düşürüldüğü anlamına gelmektedir.

Komisyonun aldığı bu kararla ilgili İşverenler Birliği şöyle diyordu: Gerçi bu, demir-çelik sanayiinin ekonomik durumunun iyileşmesine yeteri kadar bir katkıda bulunmuyor. Ama buna rağmen doğru yönde atılmış ileri bir adımdır.

Sırf burjuva kurumlarının yaptığı istastiklere baktığımızda; yüzde yedi ücret zammının artan hayat pahalılığı karşısında çok düşük kaldığı çok açık bir biçimde görülmektedir. "Arbeiterkammer Bremen" kısa süre önce şöyle bir model hesaplaması yapmıştı: Hayat pahalılığının yüzde beş artmasına karşın, ücretler yüzde beş yükseltilse bile, bu gerçek ücretleri güvence altına almamaktadır. Çünkü, brüt ücretlerden yapılan kesintilerin yükselmesi sonucu gerçek ücretler yüzde 1,6 düşecektir.

Yapılan hesaplamarda, 1980 yılında gerçek ücretlerin yüzde birin üzerinde düşürüldükleri ortaya çıkmaktadır. (Arbeiterkammer Bremen, bunu yüzde 1,1 olarak tespit etmektedir). Bu durumda, fiat artışlarına ve brüt ücretlerden yapılan kesintilerin artırılmasına karşın, en azından yüzde 8 ücret zammı gerçek ücretleri güvence altına alabilir.

Burjuva istatistikleri dahi, IGM sendika ağalarının talep ettikleri yüzde 7 ücret zammının gerçek ücretlerin düşürülmesi olduğunu ortaya çıkarmaktadırlar.

(Sieber prozent ist zu wenig, RM/Nr.5, S.1)

Anti-Militaristlerin zaferi

Halka açık askeri yemin törenleri ertelendi

BONN. — Savunma Bakanı Apel ve Generalinspekteur (genel müfettiş) Wust, ordu subaylarına gönderdikleri bir emirle, önümüzdeki dönemde halka açık olarak yapılan yemin törenlerinin ertelendiğini bildirdiler.

Militarizm, halka göz dağı vermek için geçen yıl, göreve yeni başlayan subaylar için düzenlenen yemin törenlerini kamuoyuna açık olarak yapmaya başlamıştı. Geçen yıla kadar sadece ordu içinde yapılan bu törenler, gövde gösterisi biçiminde açık olarak yapılmaya başlanmasıyla, geniş halk kitlelerinin tepkisiyle karşılandılar.

Militarizmin halk içinde etkinlik sağlaması için yapılan bu gövde gösterilerine karşı, özellikle gençlik kesimlerinin içinde yer aldığı bir dizi protesto eylemleri yapıldı. Militarist gösterilerin yapıldığı her yerde polis ile göstericiler arasında çatışmalar çıktı ve pek çok kişi yaralandı. Bugün bu gövde gösterilerinin engellenmiş olması, ülkemizdeki anti-faşistlerin büyük bir başarısıdır.

Ve bu, ordunun gönderdiği talimatta da açığa çıkıyor, "kamuoyunda Federal Ordu'nun askeri gelenekleri üzerindeki tartışmalar dikkate alınarak" önümüzdeki dönemde geçici olarak bu törenlerden uzak durulması subaylardan rica ediliyor.

Ordu yönetiminin, bu tartışmalar eyleme dönüşmeden, sadece tartışmalar olarak dikkate alamayacağını, ordunun "gelenek anlayışını" tanıyan herkes tarafından bilinmektedir. Generalinspekteur Harald Wust'tun Hitler faşisti Donitz'in cenaze merasimine diğer generallerle katılması da bu geleneğin bir sonucu olmalı.

Erteleme kararı CDU/CSU gericileri, çeşitli ordu örgütlerine mensup bazı militaristler ve gelenek birlikleri tarafından protesto edildi. CDU/CSU sözcüsü bunu "toplanan solculara teslimiyet" olarak tanımlandı.

(öffentliche Vereidigungen vorerst abgesetzt, RM/Nr. 5, S. 1)

Polonya'da işçiler yeniden greve gitti

Revizyonist parti işçileri tehdit ediyor

WARSZAVA. — Geçen hafta Cuma ve Cumartesi günleri polonya'da "Dayanışma" sendikası tarafından örgütlenen yeni bir grev daha yapıldı. Greve en yoğun biçimde katılan, geçen yılın Sonbaharında meydana gelen grev dalgasında en büyük faaliyeti gösteren Warszawa ve Gdansk işçileri oldu.

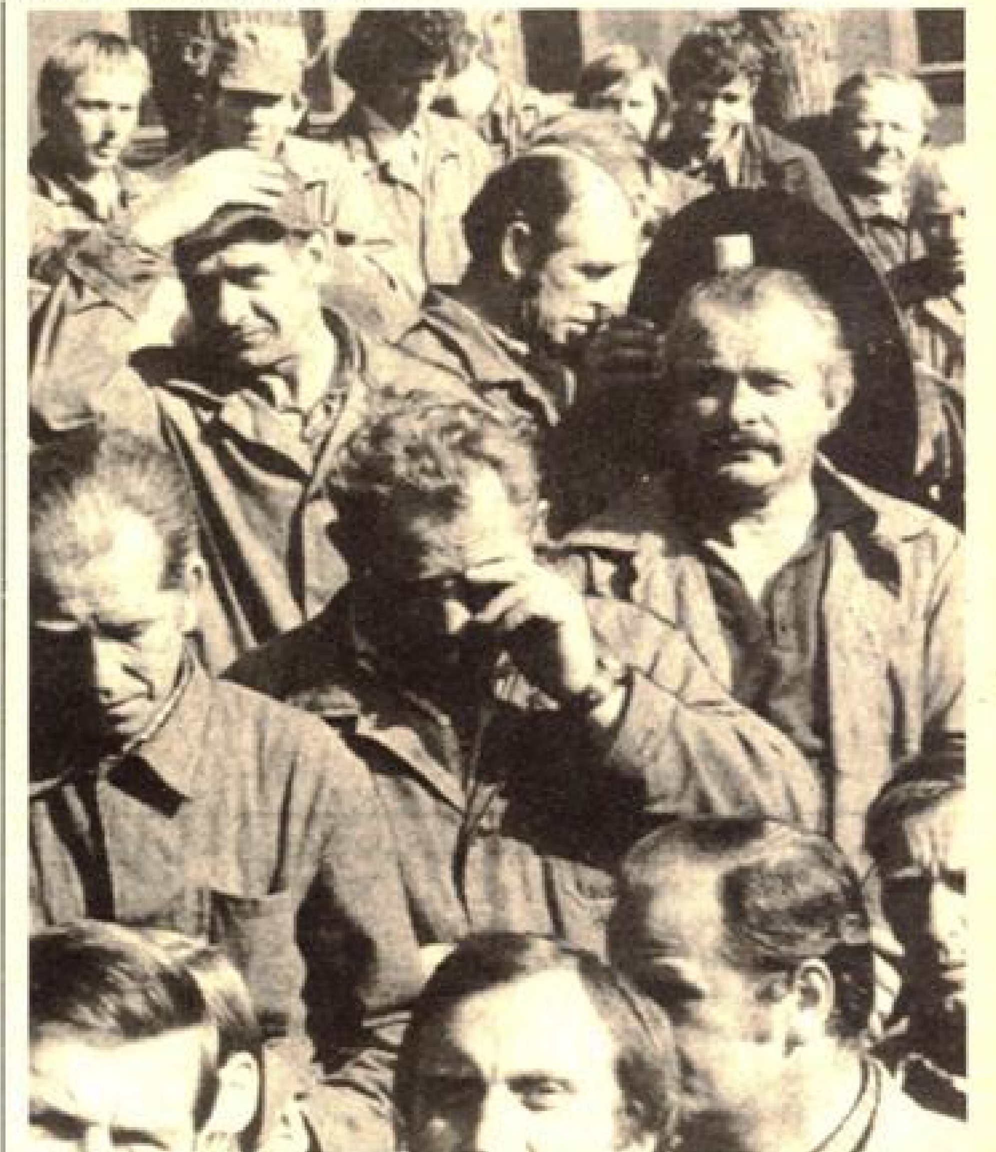
Bilindiği gibi geçen yılın Sonbahar'ında Polonya'da işçiler genel greve gitmiş ve grevin sonunda "Dayanışma" sendikası ile hükümet arasında 21 maddelik "Gdansk Anlaşması" imzalanmıştı. Ama bu anlaşmanın çoğu maddeleri bugüne kadar uygulamaya girmediler. Ve bugün işçiler bu anlaşma içinde yer alan maddelerin uygulamaya sokulması için mücadele etmektedirler. Şimdi işçilerin en önemli talebi; 21. maddenin hayata geçirilmesidir. 21. maddeye göre, iş saati kısaltılmak zorundadır.

İşçiler bundan iki hafta önce de greve giderek, Cumartesi ve Pazar günlerinin tatil olmasını talep etmişlerdi. Hükümet ise, işçilerin bu talebine karşı çıkıp, iki haftada ancak bir Cumartesi gününün tatil olabileceğini söylemişti.

İşçiler, geçen Cuma ve Cumartesi yaptığı grevle ileri sürdükleri haftada beş gün çalışma talebini bir defa daha vurguladılar. Bundan iki hafta öncekine oranla, geçen haftaki grev daha da geniş kapsamlıdı ve işçiler taleplerini kabul ettirmekte kararlıydı.

Diğer taraftan revizyonist hükümet, greve katılan bütün işçileri tehdit etmektedir ve greve katılan işçilerin ücretlerinin kesileceğini ileri sürmektedir. "Dayanışma" sendikası içinde ki sürtüşmelerde Leh Valesa'nın yaptığı gibi, papanın mesajına uyarak "sakin" görümek isteyen sendika kesimlerinin üzerine hükümet daha fazla etki yapmak istemektedir.

(Erneute Streiks in Polen, RM-Nr.5, S.1)



Beş günlük iş haftasi için mücadele eden Polonya işçileri.

Hamburg'dan Halk Muhabiri:

Hamburg'da işkenceleri protesto yürüyüşü yapıldı

Yürüyüşe yaklaşık 2000 kişi katıldı

17 Ocak Cumartesi günü Hamburg'da işkencelere karşı açlık grevine giden Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerinin taleplerini desteklemek amacıyla bir yürüyüş yapıldı.

Bu yürüyüş, Türkiye'deki katliamlara ve işkencelere karşı verilen mücadelenin ileri bir aşaması ve aynı zamanda faşist askeri rejimi silah ve parayla destekleyen Federal Hükümet'in kitleler önünde teşhir edilmesi idi.

Yürüyüşe yaklaşık 2000 Türkiyeli ve Alman anti-faşist, demokrat katıldı. Katılanların büyük çoğunluğunu Türkiyeli arkadaşlar oluşturmaktaydı. Ama, Alman arkadaşlarda pek o kadar azınlıkta değillerdi. Yürüşe çağrıyı "açlık grevine gidenler", Türkiyeli işçi dernekleri ve KPD, Halk Cephesi'nin içinde yer oldığı Hamburg'dan çeşitli Alman sol örgütler yapmıştı. SPD ve FDP taraftarlarından kimsenin pek katılmamasına rağmen, megafon arabalarını yürüyüşçülere vererek. bu sekilde eylemi desteklediler. SPD'nin çeşitli bölge örgütleri "açlık grevine gidenler" ile dayanışma içinde olduğunu ve taleplerini desteklediklerini belirttiler.

Türkiyeli arkadaşların en önde yürüdüğü yürüyüş konvoyu, şehirin içinden geçerek Türk konsoloğuna kadar ilerledi. Konsolosluğun yanına vardığımızda bütün sokaklar polisler tarafından kapatılmıştı. DKP revizyonistleri çarşı içinde yapılan ara mitingden sonra konsolosluğa kadar yürünmesini reddederek, yürüyüşü terkettiler. Onlar bu tavırlarıyla ne derece bir dayanışma içinde olduklarını göstermiş oldular.

Yürüyüş sırasında "Türkiye'de Faşizme Ölüm", "NATO" Türkiye'den Defol", "Askeriye Türkiye'de katletmekte, Federal Hükümet buna yardımcı olmakta", Yaşasın Enternasyonal Dayanışma" gibi bir çok mücadeleci sloganlar atıldı ve cuntaya yapılan yardımlar teşhir edildi.

Partimiz KPD, Almanca ve Türkçe bir bildiri çıkararak, yürüyüşe çağrı yaptı. Bu bildiri yürüyüşten önce istasyonlarda ve fabrika önlerinde geniş bir biçimde dağıtıldı. Yoldaşlar yürüyüş esnasında "Roter Morgen sattılar ve geri kalan bildirileri dağıttılar.

Gerek yürüyüşün hazılanmasında, gerekse de bildirilerin basılıp dağıtılmasında partimiz, kardeş Türkiye Devrimci Komünist Partisi taraftarları ile beraber sıkı bir çalışma sürdürdü. Ve yürüyüşte de yoldaşlarla beraber bir blokta yürüdük.

Halk Cephesi de bir bildiri dağıtarak, yürüyüşe cağrı yaptı ve kendi pankartları, yazılamaları ile bulunduğumuz blokta yürüdü.

("2000 demonstrierten für die Hungerstreikende" RM/Nr. 5, S. 8)



İşkencelere karşı yapılan açlık grevlerini desteklemek amacıyla Hamburg'da yapılan yürüyüş.

Bonn "Türkiye-Yardımı"nı yeniden örgütleyecek

SCHMİDT FAŞİST CUNTAYI YENİDEN ÖVDÜ

OECD, bugünlerde "Türkiye-Yardımı"nın sürdürülmesi ve artırılması için çalışmalar yapmaktadır. Geçen haftanın başında yapılan açıklamalara göre, Federal Hükümet bundan böyle "Türkiye-Yardımı"nın uluslararası koordinatörlük rolünden geri çekilmek istemektedir.

Maliye Bakanı Matthöfer, Bonn Hükümeti'nin emri üzerine bu görevi başarıyla yerine getirmişti ve çeşitli OECD ülkelerinden faşist rejim için toplam 2,2 milyar Mark "Türkiye-Yardımı" topladı. Bu yardımın en büyük miktarı Federal Hükümet'ten ve Washington'dan gelmişti. Her biri 650 milyon Marklık katkıda bulunmuştu. Bonn'un planlarına göre, şimdi Paris'te oturmakta olan OECD yönetimi bu koordünatörlük görevini üzerine almak zorundadır.

Federal Hükümet'in bu rolü oynamaktan geri çekilmesi, sadece ekonomik nedenlere bağlanmaktadır. Sözde, devlet bütçesinin daralması yüzünden koordünatörlük görevi yapılamıyormuş ve bunun bir sonucu olarak da, "Türkiye-Yardımı"nı artıramıyormuş ve ona büyük bir katkıda bulunamıyormuş.

Gerçekten ise durum daha farklı. Federal Hükümet'in yardımı organize rolünden geri çekilmesine, özellikle politik gelişmeler neden olmaktadır. Bonn'**un "Türkiye-Yardımı"nın örgütlenmesini üzerine alması ve bunu iki yıl boyunca devam ettirmesi onu, emperyalistlerin ortak çıkarlarının esas yürütücüsü olarak dünya halkları önünde teşhir etti ve gerçek yüzünü ortaya çıkardı.** Emperyalistler, özellikle Federal Hükümet eliyle "Türkiye-Yardımı"nı bir araç olarak kullanıp, ülkede çıkarlarını garanti altına almak için gerekli olan önlemleri faşist rejimin başındakilerine dikte ettirdiler ve faşist cuntanın gelmesinde ön koşulları hazırladılar. Şimdi ise cuntayı ayakta tutabilmek için değişik manevralara baş vurmaktadırlar.



„Türk askeri diktatörlüğüne yapılan yardımlara son, Halk Cephesi"

Eğer Bonn şimdi bu fonksiyonundan vazgeçmek istiyorsa bu, Federal Hükümet'in Türkiye'deki faşist diktatörlüğe yaptığı ekonomik ve askeri yardımların kısıtlanması üzerine düşündüğü anlamına asla gelmemektedir. Schmidt'in kendisi daha geçen günlerde Fransız televizyonuna verdiği bir demeçte, faşist generaller çetesine duyduğu hayranlığı belirtiyordu ve şöyle diyordu: Türkiye terörizme karşı mücadelede "çok büyük ileri adımlar kaydedilmiştir". Ama, herkes bu "ilerlemelerin" ne biçim ilerlemeler olduğunu çok iyi bilmektedir. İşçi sınıfı ve emekçi halkın var olan bütün haklarının gaspedilmesi, sendikaların kapatılması ve yöneticilerinin toplu halde tutuklanması devrimci ve demokrat örgütlerin yokedilmesi çabaları vb...

Schmidt'in bu utanmazca açıklamalarını, Hitler dönemindeki vahşetle karşılaştıralım ve şöyle bir örnek düşünelim: Alman parlemento binasının yakılmasından ve Hitler faşistlerinin sendika binalarına saldırıp işçi önderlerini katletmesinden sonra; bir başka ülkenin sosyal demokrat hükümetinin buna hayranlığını belirtip, bunu terörizme karşı mücadelede "büyük ilerlemeler" olarak göstermesi ne kadar çirkin ise, şimdi Schmidt'in yaptığı açıklamalarda o kadar adicedir.

Schmidt'in bu açıklamaları, Federal Hükümet'in faşist Türk cuntasına yaptığı askeri ve ekonomik yardımların sürdürülmesi ile ilgili görüşlerini belirtmektedir. Ve bu görüşler, faşist Başbakan Yardımcısı Turgut Özal'ın Bonn'u ziyaret etmesi sonucunda da bir defa daha onaylandılar. (bak. RM, Sayı 4/s. 1) Bunun ile ilgili olarak "Frankfurter Rundschau" gazetesi Salı günü şöyle yazıyordu: Federal Hükümet içinde Türkiye'ye "askeri yardımı büyükçe vurgulayan" ve buna büyük bir değer biçen güçler vardır. **Türkiye'de emekçilerin ve devrimcilerin katledilmesine yapılan yardımlar sadece sürdürülmekle kalmamakta, aynı zamanda gittikçe artırılmaktadır.**

("Schmidt lobt erneut die Junta" RM/Nr. 5, S. 11)

HABERLER

Ev işgalleri yaygınlaşıyor

Boşaltılan evleri işgal etme eylemleri aralıksız devam ediyor. Batı Berlin'deki eylemlerden sonra, geçen birkaç hafta içinde Nürnberg, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Aachen, Detmold, Göttingen, Erlangen ve Fürth'de de boş duran evler işgal edildiler.


B. Berlin'de polis yürüyüşçülere saldırıyor.

Bugün Batı Almanya'da yaşayan emekçiler büyük bir konut sorunuyla karşı karşıyadırlar. Buna rağmen eski yapılı evler yıkılmakta ve bunların yerine emekçilerin ödeyebileceği kiralık evler yapılacağına, işyerleri için bürolar veya emekçilerin ödeyemeyeceği kadar yüksek kirali evler yapılmaktadır. Bu durum karşısında evsiz kalan halk boşaltılan evleri işgal etmekte ve onları yeniden oturabilecek hale getirip, içinde oturmak istemektedirler. Gençlik grupları bu gibi evleri işgal edip, toplanma yerlerinin olmamasından ötürü gençlik evleri haline getirmek istemektedirler.

Ama, bu eylemlere karşı burjuva devleti şiddete baş vurmaktadır. Burjuva yayın organları buna karşı büyük bir kışkırtma kampanyası içine girdiler. Devlet işgalcilerin üç-dört misli polis devreye sokarak, savunmasız ve evsiz insanları coplamakta, suçsuz yere tutuklamaktadır. Polisin işgalcilere saldırısı bir iç savaşı andırmaktadır.

Bütün bunlara rağmen, özellikle büyük şehirlerde eski evlerin yıkılmasına devam edilmekte ve spekülatörlerin milyonlarına milyonlar katılmaktadır. Ama büyük çoğunluğu gençlik kesiminden oluşan bu eylemler devam etmektedir.

"Türkiye-Yardımı" protesto ediliyor

Batı Alman devletinin, faşist cunta ve onun başındaki generallerin Türkiye'de emekçileri katletmesine yaptığı ekonomik ve askeri yardımlar bütün ülke çapında protesto edilmektedir. Bu "yardımlarda" baş rolü oynayan SPD, kendi üyeleri ve taraftarları içinde de direnişle karşılaşmaktadır.

SPD Federal Parlemento milletvekili Manfred Coppik, SPD Parlemento grubu içinde de "Türkiye-Yardımı"na karşı bir muhalefet oluşturmak istemektedir. "Alternative Türkeihilfe"nin yaptığı bir basın toplantısında konuşan Coppik, Türkiye'de askeri faşist cuntanın estirdiği terörü sert bir dille eleştirerek, "Türkiye'ye askeri ve ekonomik hiçbir yardım verilmemelidir, herhangibir bahane de kabul etmiyoruz" şeklinde konuştu.

Geçen yıl 27 SPD parlementerinin "Türkiye-Yardımı"nın kesilmesi için parlementoya sundukları karar tasarısı reddedilmişti. Bu yıl ise daha çok parlementerin böyle bir protesto içinde yer alacağı bilinmektedir. Bu arada FDP parlementeri Helga Schuchhardt da "Türkiye-Yardımı"na karşı çıkmaktadır.

Bunların yanısıra, faşist cuntanın işkencelerine ve Batı Alman Devleti'nin onu desteklemesine karşı açlık grevleri devam etmektedir. Hamburg'da açlık grevine gidenleri desteklemek amacıyla yapılan yürüyüşe katılan 2000 kişi, cuntaya yapılan yardımları da protesto ettiler. Frankfurt'ta500, Ulm'da 350 kişi ve Köln'de "Eylem Konferansı"na katılan 100 örgüt temsilcisi bu "yardımı"ı protesto ettiler.

31 Ocak'ta Köln'de buna karşı bir yürüyüş yapılması gerekiyor. Biz Alman devrimcileri ve anti-faşistleri, "Türkiye-Yardımı"na son verilinceye kadar, Türkiye bağımsız ve demokratik bir ülke oluncaya kadar Türkiyeli emekçiler ile beraber cuntaya ve onun destekçilerine karşı mücadele vereceğiz.

Ücret mücadelesi

Kapitalistlerin önerdiği yüzde 2,5 ücret zammını, burjuva kurumlarının kendisi bile, ücretlerin acımasız bir biçimde düşürülmesi olarak tanımlıyorlar. Bir burjuva kurumu olan "Arbeiterkammer Bremen"nin yaptığı bir araştırmanın sonunda, yüzde 5 ücret artışının dahi gerçek ücretleri güvence altına almadığı ve yüzde beşe rağmen ücretlerin 1,6 düşeceği ileri sürülmektedir. "Arbeiterkammer" 1980 yılında gerçek ücretlerin düşürüldüğünü de açığa çıkarmaktadır.

"Roter Morgen"de sürekli olarak yayınladığımız yazılarda, sendikaların ileri sürdüğü yüzde 8 ücret zammının gerçek ücretlerin yükseltilmesini ifade etmediğini defalarca vurgulamıştık ve belgelerle açıklamıştık. "Arbeiterkammer Bremen"nin verileri göz önüne alındığında, yüzde 8'in altında ücret zammının ücretlerin düşürülmesi amlamına geldiği her işçi tarafından iyice kavranmalıdır.

En azından gerçek ücretlerin güvence altına alınabilmesi için kararlı bir mücadele vermeliyiz. Mücadelesiz ve grevsiz elbette bu talebi hayata geçiremeyiz. Sendika ağaları geçmiş dönemlerde olduğu gibi, işçileri dolandırmaya ve onları kapalı kapılar arkasında satmaya çalışaçaktır. Biz işçiler onların bu çabalarını boşa çıkarmalıyız. Yüzde 8'in altında zammın kabul edilmeyeceği, kapitalistlere ve onların işçi sınıfı içindeki ajanlarına gösterilmelidir.

1981 işyeri işçi temsilcileri seçiminde

Sınıf mücadeleci işçilerin seçilmesi için mücadele edelim

Bu yıl Federal Cumhuriyet'te ve Batı Berlin'de 1 Mart ile 31 Mayıs tarihleri arasında işyeri işçi temsilcileri seçimleri yapılacaktır. İşyeri işçi temsilcileri yasal olarak üç yılda bir seçilir. Bu temsilciliklere, korkusuzca mücadele eden ve patronların çıkarlarına karşı işçi sınıfının çıkarlarını savunan mümkün olduğu kadar çok sayıda işçi arkadaşın seçilmesi, işçi sınıfının mücadelesi için oldukça önemlidir.

Bugün büyük işletmelerin çoğunda işyeri işçi temsilcileri işçi düşmanı rol oynamaktadırlar. Çünkü sendika ağaları ve patronlar, gerici, sınıf bilincine sahip olmayan, hatta patronlara rahatlıkla satılabilen ve onların çıkarlarını savunan işçileri ve sendika görevlilerinin işyeri işçi temsilciliklerine gelebilmeleri için, sahip oldukları iktidarın bütün araçlarını işçilere karşı kullanmaktadırlar. Devrimci sendikacıları destekleyen işçileri işten atmakla tehdit etmektedirler.

Sınıf bilincine sahip olmayan ve işçi sınıfının çıkarlarını savunmayan üyelerden oluşan bir işyeri işçi temsilciliği; işletmelerde işçileri baskı altına almak, onları bölmek ve sömürüye karşı verdikleri mücadeleyi engellemek için kapitalistlerin arayıp da bulamadığı çok iyi bir araçtır.

Ama böyle bir işyeri temsilciliğinde sınıf bilinçli işçi arkadaşlar azınlıkta olsa bile, kapitalistlerin bunu bir araç olarak kullanmaları o kadar basit olmayacaktır. Bu, özellikle sınıf bilinçli bu arkadaşların Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) üyesi olmakla geçerli bir durumdur. Başarabildiğimiz her işletmede devrimci ve ilerici arkadaşların işyeri işçi temsilciliğinde çoğunluğu sağlamaları için mücadele etmeliyiz. Ancak bu şekilde işyeri işçi temsilciliği, fabrikada çalışan arkadaşların mücadelesinde kapitalistlere karşı bir silah olarak kullanılabilinir. Ama böyle bir silah olabilmesi için de, işçilere sıkı sıkıya dayanmak zorundadır. Çünkü gerici işyeri yasasına göre, işyeri işçi temsilciliği işletmede çalışan işçilerin mücadelesini engellemek ve güya "işyeri barışını" sağlamak ile görevlidir. Bu gerici işyeri yasasına karşı çıkan ve işçilerin mücadelesini açıkça destekleyen işyeri işçi temsilcileri kapitalistler tarafından süresiz işten atılabilmektedirler.

Federal Cumhuriyet'te ve Batı Berlin'de çalışan yabancı işçi arkadaşlar için bir diğer önemli nokta: işyeri işçi temsilciliklerinde yabancı işçi arkadaşların çok az sayıda temsil edilmeleridir. Bu durum değiştirilmek zorundadır. İşçi sınıfının çıkarlarını savunan aktif yabancı işçi arkadaşların işyeri işçi temsilciliklerine daha çok sayıda seçilebilmeleri için mücadele etmek zorundayız. Bu, yabancı işçi arkadaşların olduğu gibi, Alman işçi arkadaşların da önemli bir görevidir. Bu konu üzerinde Alman işçi arkadaşlarla tartışıp, bu sorunu çözmek zorundayız. Alman ve yabancı işçi arkadaşların bir mücadele cephesinde yeralmalarını güçlendirmek için mücadele etmeli ve kapitalistlerin, sendika ağalarının işçileri bölmesine izin vermemeliyiz. Ancak bu şekilde işçi sınıfının ortak düşmanına karşı doğru bir mücadele verilebilir ve haklarımızı elde edebiliriz.

Bugün önemli olan, sınıf bilinçli ve devrimci işyeri işçi temsilcilerinin sendikalar içinde gerici sendika ağalarına karşı güçlü bir muhalefet oluşturmalarıdır. Bu şekilde işçi sınıfının mücadele gücü ve birliği de ilerletilmiş olur.

KPD, mümkün olduğu kadar çok sayıda ilerici ve devrimci işçinin işyeri işçi temsilciliğine seçilebilmesi için, bütün yabancı işçi arkadaşları mücadeleye çağırmaktadır. İşçi sınıfının çıkarlarını savunan ilerici ve devrimci adayları, özellikle de RGO adaylarını desteklemek için ileri!

Grundig'in iki işletmesinin kapatılmasına karşı

LANDAU'DA 3000 KİŞİ YÜRÜDÜ

Ascha ve Landau'da 1000 işyeri tehdit ediliyor

LANDAU. — Aşağı Bavyera bölgesinin Landau ve Ascha kasabalarında Grundig tekeli 31 Temmuz'a kadar bölgedeki iki işletmesini kapatıp, yurtdışında inşa etmek istemektedir. İki işletmenin kapatılmasına karşı bir önceki Cumartesi günü Landau'da yapılan protesto yürüyüşüne 3000 kişi katıldı

Grundig kapitalistleri, işsizlik oranının oldukça yüksek olduğu bu bölgede iki işletmeyi kapatmakla 1000'nin üzerinde işyerini tahrip etmiş olacaklar. Bundan bir yıl önce de Landau'da bir traktör firmasının kapatılmasıyla 400 işçi işsiz kalmıştı. Landau ve Ascha'da işyerlerinin tahrip edilmesini önlemek ve buna karşı mücadele vermek için bir halk komitesi (Bürgerkomitee) kuruldu. Bu komite geçen günlerde yapılan yürüyüş için IGM ile birlikte çağrı yaptı ve işletmelerin kapatılmasına karşı halktan 47 000 imza topladı.

17 Ocak Cumartesi günü yapılan protesto yürüyüşü; Grundig kapitalistlerinin kâr hırslarını kursağında bırakmak ve işletmelerin kapatılması sonucu işsiz kalan veya bundan etkilenen bölge emekçilerinin çıkarlarını korumak için atılmış ileri bir adımdır.

Şayet iki işletmede de çalışan işçiler asıl belirleyici olan silahına sarılacak olurlarsa; greve gidecek olurlarsa, eğer Aachen'de Pongs ve Kassel'de ENKA işçilerinin mücadelesini kendilerine örnek alıp, işletmeleri işgal edecek olurlarsa; ancak o zaman Grundig kapitalistlerinin kirli hesaplarını boşa çıkarabilir ve hedeflerine ulaşabilirler.

Diğer birçok işletmede olduğu gibi Landau ve Ascha'da da mücadele; sendika ağalarına güvenerek değil, işçilerin insiyatifi ellerine almasıyla ancak başarıya ulaşabilir.

(„3000 marschierten durch Landau"; RM, Nr. 5/Seite 5)

Faşist bozkurtlara karşı yürüyüş yapıldı

Mannheim'den halk muhabiri

MANNHEİM'da 10 Ocak Cumartesi günü faşist bozkurtların düzenledikleri kültür toplantısına karşı güçlü bir yürüyüş yapıldı. Faşistlerin sinema salonunda yapmak istedikleri toplantının haberini ancak birkaç gün öncesinden alabildik. Bu haber duyulduktan hemen sonra, faşistlere karşı eylem koymak için bir komite oluşturuldu.

Cumartesi akşamı Mannheim'daki Marktplatz'da çeşitli Türkiyeli ve Alman örgütlerden yaklaşık 600 anti-faşist toplandı. O sırada faşistlerin toplantı yaptığı bira polisler tarafından kordon altına alınmıştı. 100 kadar polis de kenar sokaklarda beklemekteydi. Her yerde faşistlerin yardımına koşan polis, burada da görevini yapıyordu.

Oldukça disiplinli ve mücadeleci bir hava içinde geçen yürüyüş ve mitingde, anti-faşistler, bütün yerli ve yabancı faşist örgütlerin yasaklanmasını ve "Türkiye-Yardımı"na son verilmesini talep ettiler.

Kapanış mitinginde HALKA CEPHESİ bölge başkanı da bir konuşma yaparak, yukarıda belirtilen talepleri daha açık bir biçimde vurguladı. Yürüyüşe katılan örgütlerin temsilcileri, yaptıkları konuşmalarda, böyle geniş bir eylem birliğinin önemli bir başarı olduğunu ve bunun, dünya görüşü gözönüne alınmadan Mannheim'da oluşturulacak bir birlişik cephe için başlangıç olduğunu söylüyorlardı.

Yürüyüş esnasında Mannheimli anarşistlerin yapmak istedikleri provakasyonlar boşa çıkartıldı.

Son olarak söylemek istediğim; bu geniş çaplı eylemin, faşizme ve gericiliğe karşı anti-faşist birleşik cephe için bir başlangıç olduğudur. Biz KPD'li devrimciler, yürüyüşte Halkın Kurtuluşu'ndan yoldaşlarla beraber bir blokta yer aldık. Partimiz KPD, Mannheim'de bir birleşik cephenin oluşturulması için çaba harcamaktadır.

(„Demonstration gegen Graue Wölfe"; RM, Nr. 4/Seite 8)



KPD/ML ve IKP/ML'in 1970 yılında Franko faşizmine karşı Frankfurt'ta ortaklaşa düzenledikleri yürüyüş.

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi (1919 - 1980)

III. BÖLÜM

Yazımızın 1. ve 2. bölümlerinde, KPD'nin modern revizyonistler tarafından yozlaştırılmasına ve partinin yeniden kuruluşu mücadelesine kadar olan sınıf mücadelesinin gelişimini öz olarak anlatmıştık. Marksist-Leninist ilkelerden oluşan bir kuruluş bildirgesi ve bolşevik bir tüzükle donatılmış partimizin, 1969 yılı başında kuruluşu ülkemiz ve dünya komünistleri için büyük bir başarıydı. Parti, kuruluşundan itibaren sınıf mücadelesi içinde ve kitle eylemlerinde bütün gücüyle aktif bir biçimde yer aldı.

KPD/ML Batı Almanya çapında inşa edildi

1969 yılı İlkbaharında parti, bütün Federal Almanya çapında ve Batı Berlin'de örgütlendi. Partinin yeni bölge örgütleri, yerel grupları ve işyeri hücreleri oluşturuldu. Aynı dönemlerde yine KPD/ML'in gençlik örgütü "Roten Garde" grupları bir çok bölgede örgütlendi. Parti, kuruluşundan kısa bir zaman sonra Merkez Yayın Organı "Roter Morgen"ın yanısıra, teorik yayını organı "Revolutionären Weg" (Devrimci Yol—KPD-ML'in ilk teorik yayın organının adı) de çıkarmaya başladı.

KPD/ML'in kurulduğu yıl 1970 İlkbaharında, özellikle anti-faşist ve anti-emperyalist bir dizi kitle eylemleri oldu. Bu eylemlere en çok katılan gençlik kitleleriydi. İşçi gençlik de bu eylemler içinde gün geçtikçe daha fazla yer alıyordu. KPD-ML ve "Roten Garde" grupları diğer anti-faşist ve anti-emperyalist politik örgütlerle beraber eylem birliğine gidiyorlardı. Onlarla beraber ortak mücadele veriyorlardı ve güncel sorunlarla ilgili komünist görüşleri yaygınlaştırıyorlardı.

Esas belirleyici gelişme 1969 yılı Sonbahar'ında meydana geldi. KPD/ML, kuruluşuyla beraber işçi sınıfının öncü gücü olduğunu savundu ve bunu pratiğe uyguladı. Parti, diğer bir taraftan da küçük burjuva ideologlarının etkisine karşı mücadele etti. Bu sırada demir-çelik sanayiinde çalışan işçilerin kendiliğinden grevi başladı. 1963 yılındaki demir-çelik işçilerinin grevinden sonra meydana gelen grevlerin en büyüğü olan ve demir, çelik, maden ve otomobil sanayiinde çalışan işçileri kapsayan bu büyük grev dalgası; Ruhr bölgesinden başlayarak, Batı Almanya'nın bütün eyaletlerine yayıldı. Bu grevlerin en önemli yönü, işçilerin sendika ağalarının isteklerine karşı çıkışı ve hayat pahalılığına karşın, ücretlerin gerçekten artırılması idi.

Komünistler ve onların henüz genç olan partisi, grevler devam ettiği sırada işçilerle dayanışmayı örgütlemek için bütün güçlerini seferber ettiler ve büyük bir faaliyeti yaygınlaştırdılar

Bu yaygın grevlerin sona ermesinden sonra Federal Parlemento Seçimleri yapıldı. Partimiz, bu fırsattan yararlanarak, mücadele içinde edinmis olduğu tecrübeleri ile devrim ve sosyalizm için, seçimleri boykot için büyük bir propagandaya girişti. Bu propaganda partiyi örgütsel ve ideolojik olarak daha da geliştirdi, güçlendirdi.

Bu şekilde KPD/ML, ilk bir yıllık mücadele tarihinde bir bütün olarak büyük ve önemli bir gelişme kaydetti.

Sağ oportunizme karşı mücadele

Bu ve aynı zaman içinde gelişen üniversiteli gençliğin mücadelesi sonucu; bu eyleme önderlik etmiş pek çok kişi partiye girmek istiyordu. Ama bir başka amaçla; KPD/ML'i proleter devrimci bir parti olmaktan çıkarıp Marksizm-Leninizm'in "teorisinin yapıldığı" küçük bir burjuva kulübüne dönüştürmek istiyorlardı. Daha doğrusu, kendi küçük burjuva düşüncelerini parti içinde hakim kılmak için partiye girmişlerdi.

Ekonomizmi savunan sağ oportunist güçler, bu anti-marksist akıma karşı parti içinde yaygınlaşan mücadeleyi; Marksizm-Leninizm'e saldırmak için bir araç olarak kullandılar. Partili ve Roten Garde'li yoldaşlar üzerine polisin saldırısının yoğunlaştığı bu sıralarda, 1970 yılı başında, KPD/ML içinde böyle zor ve mücadeleci bir durum yaşanmaktaydı. Bir taraftan karşı devrimin saldırılarına karşı mücadele ve diğer taraftan parti içinde oportunistlere karşı mücadele. Ama, uzun süreli ve kararlı bir mücadele sonunda Parti içindeki bu anti-Marksist akımlar tecrit edildi ve parti içindeki birlik yeniden sağlanmış oldu. Sağ oportunistlerin partiden atılmasından sonra da, bunlara karşı mücadele durmadı. İki yıl süren bir mücadele sonunda oportunist şefler tecrit edildi ve onların peşinden giden iyi niyetli devrimciler yeniden mücadele saflarına; partiye kazanıldı.

KPD/ML, 1970 yılı boyunca emekçileri sosyal ve ekonomik alanda, işçi mahallelerinde gelişen mücadelelerine katıldı. Batı Berlin'de bir hastahanenin kapatılmasına karşı başarılı bir kampanya örgütledi ve aynı zamanda DGB sendikaları içinde işçi sınıfının çıkarları için sendika ağalarına karşı mücadeleyi yaygınlaştırdı.

Parti, ayrıca 1970 yılının son yarısında Parlemento'da yapılan üçkâğıtçılığa karşı; parlementerlerin alınıp satılmasına karşı geniş bir kampanya yürüttü, diğer ülkelerin komünistleri ve anti-faşistleri ile beraber ortak eylemler örgütledi. Ekim 1970'de Franko faşistlerinin Basklı emekçileri katletme planlarına karşı Frankfurt'ta büyük bir protesto yürüyüşü yapıldı. Bu eylem KPD/ML ve İspanya Komünist Partisi/Marksist-Leninist (PCE/ML) tarafından düzenlenmişti.